

BUNDESFÖRDERUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Zukunft der Bundesförderung gegen Rechtsextremismus

Dokumentation des Fachgesprächs
vom 10. Mai 2010 in Berlin

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION
www.gruene-bundestag.de



Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin www.gruene-bundestag.de
Verantwortlich	Monika Lazar MdB Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: monika.lazar@bundestag.de
Redaktion	Salma Karachouli, Nina Lippmann
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: versand@gruene-bundestag.de
Schutzgebühr	€ 1,50
Redaktionsschluss	08.07.2010

Inhalt

Was ist die Demokratie dem Staat wert?

Zukunft der Bundesförderung gegen Rechtsextremismus

Vorwort Monika Lazar MdB.....	3
Grußwort der SPD-Fraktion	5
Grußwort der Fraktion DIE LINKE	7
Themenblock 1: Stärkung der Demokratie.....	11
Demokratieentfremdung – was tun?.....	11
Bildung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	18
Brennpunkt Integration.....	26
Rechtsextreme Strukturen in Europa.....	31
Themenblock 2: Bundesprogramme auf dem Prüfstand.....	43
Was hat sich bewährt für die Anti-Nazi-Arbeit?.....	43
Was behindert die Anti-Nazi-Arbeit?	49
Was tun bei kommunaler Blindheit?.....	54
Gleichmacherei bei den Extremismusformen und ihre Folgen.....	58
Themenblock 3: Wie weiter mit der Bundesförderung?.....	63
Förderung aktuell: Fakten und Zahlen	63
Was kommt nach den LAPs?.....	66
Gemeinsame Pressemitteilung nach dem Fachgespräch	71
Antrag Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	73

Vorwort Monika Lazar MdB

Monika Lazar MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Liebe Leserinnen und Leser,

das Engagement in der Zivilgesellschaft ist sehr wichtig. Es entbindet die Politik aber nicht von ihrer Verantwortung, sich auch selbst aktiv mit Rechtsextremismus und Demokratiedefiziten auseinanderzusetzen. Die Bundesprogramme zur Förderung von Anti-Nazi-Initiativen sind dabei ein Prüfstein. Die grüne Forderung nach einer soliden, dauerhaften Unterstützung der Qualitätsarbeit gegen Rechtsextremismus wirft eine grundsätzliche politische Frage auf: Wie viel Einsatz – inhaltlich, personell und finanziell – ist die Demokratie dem Staat wert?

Immer wieder gibt es in unserem Land Übergriffe aus extrem rechter Motivation. Seit 1990 ermordeten Neonazis 149 Menschen und verletzten Unzählige. Doch auch subtilere Angriffe finden statt, z.B. rassistische Diskriminierung oder öffentliche Diffamierung von anders Aussehenden, Lebenden und Liebenden. Wir brauchen eine Debatte über Menschenrechtsbedrohungen aller Art in Deutschland. Politik muss jenseits aktueller Vorfälle rassistische, antisemitische, homophobe und gewaltbereite Haltungen ächten.

Schuldzuweisungen genügen jedoch nicht. Die Parteien müssen sich auch selbst unbequemen Fragestellungen nähern: Was hat demokratische Politik versäumt, dass viele Menschen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit übereinstimmen? Warum driften Jugendliche in extrem rechte Gruppen ab? Welche sozialen und kulturellen Probleme müssen ernsthaft diskutiert und angegangen werden, damit die Bevölkerung sich mit der Demokratie identifiziert und sie mitgestaltet? Dabei sind neue Wege zu beschreiten. Ängste und Unsicherheiten, die durch die Pluralität unseres Einwanderungslandes wachsen, dürfen nicht tabuisiert werden. Es ist falsch und gefährlich, dieses Feld Neonazis zu überlassen. Prävention gegen Rechtsextremismus und differenzierte Konzepte für gelingende Integration sind nicht voneinander zu trennen. Auch soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut müssen verstärkt in den Fokus genommen werden. Politik ist zudem in der Pflicht, offensiv Missstände und Versäumnisse in staatlichen Strukturen zu diskutieren. Dazu gehören institutioneller Rassismus, Kriminalisierung linker Anti-Nazi-Gruppen, Menschenrechtsverletzungen bei Polizeieinsätzen oder Aktivitäten von Neonazis in der Bundeswehr.

Neben inhaltlichen Beiträgen muss der Bund angemessene und solide finanzielle Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Strukturen schaffen. Die Bekämpfung extrem rechter Tendenzen kann nur als politische Querschnittsaufgabe gelingen. Um auf breiter Basis ein Signal gegen Rechtsextremismus zu setzen, bezog die grüne Bundestagsfraktion bei ihrem Fachgespräch am 10. Mai 2010 auch Abgeordnete der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE ein. Insgesamt tauschten sich dort 13 Referierende und rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber aus, was unserer Demokratie fehlt, so dass Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz darin einen Nährboden finden.

In der vorliegenden Broschüre finden Sie die Vorträge des Fachgesprächs, eine danach herausgegebene Pressemitteilung und grüne Überlegungen zur Zukunft der Bundesprogramme.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und anregende Lektüre!

Monika Lazar

Biographische Daten Monika Lazar MdB:

geboren 1967 in Leipzig, Sachsen

Berufe: Bäckerin und Betriebswirtin

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Mitglied im Rechtsausschuss

stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss

Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen seit 1993

Bundestagsabgeordnete seit 2005

Sprecherin für Frauenpolitik und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der grünen Bundestagsfraktion

Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung

Mitglied des Beirates des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

Sönke Rix MdB

Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus

Im Durchschnitt ereignen sich laut dem jüngsten Verfassungsschutzbericht in Deutschland drei rechtsextrem motivierte Gewalttaten pro Tag. Jeder dieser Angriffe richtet sich gegen Menschen, die nicht in das Weltbild der extremen Rechten passen. Die Opfer sind vor allem linksorientierte Jugendliche, MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose sowie engagierte KommunalpolitikerInnen demokratischer Parteien oder GewerkschafterInnen. Sie werden an Körper und Seele verletzt, ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt – oftmals verändert ein solcher Angriff ihr Leben für lange Zeit. Nach offiziellen Behördenangaben sind über 40 Menschen seit der Wiedervereinigung durch rechtsextreme Gewalttäter zu Tode gekommen – zivilgesellschaftliche Opferberatungsstellen sprechen hingegen sogar von mehr als 140 Todesopfern rechter Gewalt.

Angesichts dieser Situation brauchen wir eine auf Dauer angelegte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die Stärkung der demokratischen Kultur in unserem Land. In den letzten zehn Jahren sind viele der erfolgreichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Gewalt zeitlich begrenzt projekt- und programmabhängig gefördert worden. Mit den Bundesprogrammen „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (beide BMFSFJ) sowie dem „XENOS“-Programm mit Mitteln des ESF und des Bundes (BMAS) ist es gelungen, auf Dauer angelegte Programme zur Stärkung der Demokratie zu etablieren. Die erste Programmphase endet jedoch am 31.12.2010. Für die künftige Förderperiode hat die Bundesregierung noch keine Eckpunkte der Förderkriterien vorgelegt. Aus diesem Grund ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um mit den engagierten Akteuren über die Weiterentwicklung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu diskutieren und sie den aktuellen Entwicklungen anzupassen und bundesweit besser auszustatten.

Die neue CDU/CSU/FDP-geführte Bundesregierung betont, in Zukunft „Extremismus“ statt wie bisher angeblich ausschließlich „Rechtsextremismus“ bekämpfen zu wollen. Tatsache ist: Schon jetzt richten sich die entsprechenden Programme gegen alle Formen von Antisemitismus und Rassismus – wobei ein sinnvoller Schwerpunkt auf den Einsatz gegen Rechtsextremismus als dem in Art und Umfang gefährlichsten Problembereich gelegt wurde. Rechts- und Linksextremismus gleichzusetzen und damit eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Extremismuspotentiale zu unterstellen, zeigt, dass die Koalition aus ideologischen Gründen den Kontakt zur Realität verloren hat. In einer Situation, in der unsere Demokratie in unverändert starker Weise durch den Rechtsextremismus herausgefordert ist, ist vielmehr die Verstärkung von bewährten Projekten durch eine langfristige und verlässliche Förderung auf Bundesebene wichtig. Wir brauchen eine institutionelle Förderung der Arbeit für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus, um demokratische Alltagskulturen und Konfliktlösungskompetenzen in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und staatlichen Institutionen zu stärken.

Wir stehen für eine gesellschaftliche Demokratieoffensive. In den vergangenen zehn Jahren haben wir auf diesem Weg wichtige Meilensteine gesetzt. Unsere Demokratie kann sich gerade in diesem Themenfeld keine Rückschritte leisten!

Biographische Daten Sönke Rix MdB:

Erzieher

Geboren am 3. Dezember 1975 in Eckernförde; evangelisch; verheiratet.

1993 Realschulabschluss. 1994 bis 1996 Fachschule für Sozialpädagogik.
1996 bis 1997 Zivildienst.

1997 bis 2005 tätig als staatlich anerkannter Erzieher bzw. als Fachkraft für Berufs- und Arbeitsförderung beim Diakonie-Hilfswerk Schleswig-Holstein, 2002 bis 2005 auch als Mitarbeitervertreter. Seit 2000 ehrenamtlicher Betreuer beim Amtsgericht Eckernförde.

Mitglied bei Greenpeace, ver.di und AWO.

Seit 1992 Mitglied der SPD, 1992 bis 1998 Juso-Ortsvorsitzender in Eckernförde, seit 1998 Mitglied im SPD-Kreisvorstand Rendsburg-Eckernförde, seit 2002 Vorsitzender der SPD Rendsburg-Eckernförde, 2002 bis 2003 Mitglied im SPD-Landesvorstand Schleswig-Holstein, seit 2003 Mitglied im SPD-Landesparteirat. 1994 bis 2005 Rats- herr in Eckernförde, 2003 bis 2005 Vorsitzender des städtischen Sozialausschusses.

Mitglied des Bundestages seit 2005. Von 2005 bis 2009 Obmann der SPD-Fraktion. Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Beratender Ausschuss Dänische Minderheit, Beratender Ausschuss Friesische Volksgruppe, Gremien für Fragen der Deutschen Minderheit in Nordschleswig und der Friesischen Volksgruppe im Lande Schleswig-Holstein und Mitglied im Unterausschuss Bürger- schaftliches Engagement. Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss und der Kinderkommission. Sprecher der AG Rechtsextremismus.

Grußwort der Fraktion DIE LINKE

Ulla Jelpke MdB Innenpolitische Sprecherin

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, hier die Gelegenheit zu haben, die Position der Fraktion DIE LINKE zur Weiterentwicklung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus vorzutragen, sodass wir wenigstens so dokumentieren können, dass die Oppositionsparteien in dieser Frage grundlegende Übereinstimmungen haben. Ich möchte unsere Position in drei Schritten skizzieren:

1. Bilanz der bisherigen Programme

Ganz allgemein und pauschal gesprochen haben die seit 2001 geförderten Programme zur Auseinandersetzung mit der extremen Rechten die öffentliche Debatte zum Problem Rechtsextremismus enorm befördert. Sie haben zu einer Sensibilisierung bei diesem Thema geführt, die vor allem auch auf die kontinuierliche und langfristig angelegte Arbeit von zahlreichen Projekten vor Ort zurückzuführen ist. Die Förderung und Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ihrer Kommune, ihrer Stadt gegen rechtsextreme Umtriebe engagieren war und ist ein enorm wichtiger Beitrag, um der extremen Rechten dauerhaft und wirksam zu begegnen. Wichtig war hier vor allem der Wechsel der Perspektive gegenüber den 90er Jahren: die Unterstützung und Förderung von Menschen, die sich gegen die extreme Rechte engagieren und nicht ein Hauptaugenmerk auf die Nazis oder rechte Jugendliche, was nur allzu oft in der viel zitierten „staatlich geförderten Glatzenpflege“ endete.

Modellprojekte, lokale Netzwerke und Mobile Beratungen bzw. Opferberatungen sind wichtige inhaltliche und organisatorische Stützen für die alltägliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Sie haben das Wissen über die lokalen Szenen enorm erweitert und die Vernetzung der Akteure vor Ort vorangetrieben. Sie haben das Engagement von vielen Bürgerinnen und Bürgern erst sichtbar gemacht, ihnen damit öffentliche Anerkennung verschafft und damit auch ihr inhaltliches Anliegen für eine größere Öffentlichkeit publik gemacht.

Insbesondere die Professionalisierung der Arbeit gegen Rechts, vor allem durch die Mobilen Beratungen und die Opferberatungen, hat einen enormen Schub bewirkt. Die Kenntnisse über lokale Szenen, Kameradschaftsstrukturen, rechte Netzwerke, Musikveranstaltungen, Aufmärsche etc. ist vor allem durch die Arbeit der Projekte befördert worden und wird heute selbstverständlich für zahlreiche Gegenaktionen gegen Nazis genutzt. Erst die unabhängige Dokumentation und Begleitung der Opfer rechter Gewalt hat der Öffentlichkeit einen Eindruck von der alltäglichen rechten Gewalt gegeben. Politisch waren und sind gerade diese Formen der Aufmerksamkeit für das Thema oft umstritten, weil sie den Finger in die Wunde legen und sich den früher häufigeren aber auch heute noch vorhandenen Schweigekartellen in Kommunen oder auf höheren politischen Ebenen entgegenstellen. Deshalb wurden und werden diese Projekte von der konservativen Seite oft angegriffen und man würde sie am liebsten loswerden.

Wichtig für die Beurteilung der Erfolge der Programme ist die Berücksichtigung ihrer Möglichkeiten. Die Programme gegen Rechtsextremismus konnten und können weder die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Anwachsen des Rechtsextremismus beeinflussen, noch haben oder hatten sie Einfluss auf rechte und rassistische Einstellungsmuster in der Bevölkerung, die erst den Nährboden für Rechtsextremismus abgeben. Die Einflussmöglichkeiten der Programme liegen also im Wesentlichen auf der lokalen Ebene, in der Stärkung und Unterstützung der konkreten Arbeit vor Ort. Hier lässt sich die Frage nach Erfolg oder Misserfolg beantworten und nicht bei der Frage, ob etwa die Wahlergebnisse der NPD in bestimmten Regionen gesunken oder gestiegen sind.

2. Inhaltliche Ausrichtung und Unabhängigkeit der Programme

Nach Ansicht der LINKEN können die Programme gegen die extreme Rechte nur dann erfolgreich sein, wenn sie in einer möglichst großen politischen Unabhängigkeit arbeiten. Deshalb war der zu Beginn der Bundesprogramme gewählte zivilgesellschaftliche Ansatz richtig, wenngleich es eine Illusion wäre zu glauben, dass es hier keine politischen Einflussnahmen gegeben hätte. Allein die von Rot-Grün vorgegebene Kofinanzierung durch die Bundesländer hat die Projekte teilweise in eine ungute Abhängigkeit vom Wohlwollen konservativer Landesregierungen gebracht.

Die von der großen Koalition ab 2007 (maßgeblich von der Union) gewollten Veränderungen, d.h. eine stärkere Anbindung der lokalen Projekte an die Kommunen, waren aus unserer Sicht insofern überwiegend kontraproduktiv, weil sie – nach allem was man bisher weiß – zu einer stärkeren Entpolitisierung der Projekte beigetragen haben. Das war, so meine Vermutung, übrigens von Anfang an das Ziel der Union. Um aber erfolgreich zu sein, müssen die Projekte weiterhin unbequem sein, sie müssen z.B. der Stachel im Fleisch der kommunalen Politik sein und auch unangenehme Seiten kommunaler Politik ansprechen können. Wenn sie dabei jedoch vom Wohl und Wehe eben dieser Kommunen abhängig sind, haben wir es mit einem Konstruktionsfehler zu tun.

Weiterhin dürfen die Bundesprogramme nach Ansicht der LINKEN nicht zum verlängerten Arm des Verfassungsschutzes werden. Wenn die Familienministerin sagt, der „Pro-Ansatz“, das „wofür“ der Programme müsse gestärkt werden, dann geht es eben gerade nicht um formale Bekenntnisse zur Verfassung. Ein solches „Pro“ kann nach unserer Ansicht nur eine Gesellschaft ohne Rassismus und Ausgrenzung sein, eine Gesellschaft, in der das solidarische Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft und die Solidarität mit Minderheiten gefördert werden. Gegen eine solche, an unteilbaren Menschenrechten orientierte Gesellschaft stehen aber leider nicht nur die Nazis. Nicht zuletzt die Heitmeyer-Studie „Deutsche Zustände“ belegt Jahr für Jahr, dass ein solches Ziel gerade durch Teile der Mitte der Gesellschaft gefährdet wird. Diese Themen und Problemlagen müssen aber auch von den Projekten benannt werden können – auch gegen Mehrheitsstimmungen in der Bevölkerung. Nur möglichst unabhängige Projekte sind in der Lage, auch solche brisanten Fragen in der Kommune zu thematisieren.

3. Finanzierung und Rolle der Politik

Die Landesprogramme gegen Rechtsextremismus in zahlreichen Bundesländern sind ein richtiger Schritt. Es muss zukünftig darum gehen, die Arbeit der Projekte zu verstetigen und sie aus der Unsicherheit zeitlich befristeter Programme zu befreien. Dennoch, das wurde uns von Seiten zahlreicher Projekte immer wieder gesagt, sollte der Bund hier nicht gänzlich aus der (auch finanziellen) Verantwortung entlassen werden. Sinnvoll wäre es aus unserer Sicht, den realen Bedarf in einzelnen Ländern und Regionen zumindest annäherungsweise zu ermitteln und nicht mit abstrakten Vorgaben (z.B. 10 LAPs pro Ostbundesland und 3 pro Westbundesland) zu arbeiten. Die Finanzierung des Bundes sollte sich nach diesen realen Bedarfen nach Rücksprache mit den Ländern richten.

Auf der inhaltlichen Ebene sollten mit Hilfe der erfolgreichen Projekte Mindeststandards formuliert und mit den Ländern abgestimmt werden. So hätte man z.B. die unsinnige Diskussion um die Frage der so genannten zeitlich befristeten Kriseninterventionen schnell erledigen können. Zu fördern ist nach unserer Ansicht der intensive Austausch der Projekte untereinander. Gerade der Erfahrungsaustausch scheint mir besonders wichtig und aktuell oft zu fehlen bzw. für die Projekte schwer zu bewerkstelligen.

Die zukünftige Finanzierung der Bundesprogramme sollte eine größere Unabhängigkeit von politischen Wechsellern ermöglichen. Ob die von der SPD favorisierte Stiftungsidee zukunftsweisend ist, sollte mit allen gemeinsam diskutiert werden.

DIE LINKE lehnt die Ausweitung der Programme auf den so genannten Extremismus ab. Schon das dahinter stehende Konzept von guter demokratischer Mitte und den extremen Rändern halten wir für falsch. Die Welt ist etwas komplizierter als solche Verfassungsschutzkonzepte. Die hilflosen Versuche von Ministerin Schröder, zivilgesellschaftliche Projekte im Bereich des so genannten Linksextremismus zu finden, zeigen, dass es hier keinen realen Bedarf vor Ort, in den Kommunen und Ländern gibt. Beim letzten Wettbewerb des Bündnisses für Demokratie und Toleranz waren von 115 vorgeschlagenen Projekten ganze drei aus dem Bereich „Linksextremismus“ und diese arbeiteten zur DDR-Vergangenheit. Es gibt keine Bürgerbündnisse, runden Tische, Initiativen und Projekte gegen Links – eben weil es kein reales Problem in der Fläche mit diesem Thema gibt. Was hier von politischer Seite versucht wird, ist die Inszenierung eines Themas, mit dem von den realen Problemlagen abgelenkt wird.

Natürlich ist es wichtig, sich mit einer steigenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft zu befassen. Aber dafür müssen auch die Ursachen in den Blick genommen werden. Darum geht es dem Extremismusansatz aber in keiner Weise, weshalb wir in ihm ein untaugliches Instrument sehen.

Biographische Daten Ulla Jelpke MdB:

Journalistin, Diplom-Soziologin, Volkswirtin
Geboren am 9. Juni 1951 in Hamburg.

Gelernte Friseurin, Kontoristin und Buchhändlerin. Über den Zweiten Bildungsweg 1993 Abschluss als Diplom-Soziologin und Volkswirtin.

Als Linke aktiv in den 68ern, vor allem in der autonomen Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung. 1981 bis 2000 aktiv als Strafvollzugshelferin. 2002 bis 2005 Ressortleiterin Innenpolitik bei der linken Tageszeitung "junge Welt". Mitherausgeberin und Autorin der Zwei-Wochen-Zeitschrift „Ossietzky“.

1981 bis 1989 zweimal zur Abgeordneten für die Grün-Alternative Liste (GAL) in die Bürgerschaft Hamburg gewählt, dort schwerpunktmäßig im Innen-, Rechts-, Frauen- und Sozialausschuss gearbeitet; zwischenzeitlich wegen Rotation drei Jahre als Frauenreferentin bei der GAL-Fraktion tätig.

Schwerpunkte: Migrations- und Flüchtlingspolitik, Sicherheitsgesetze und Verteidigung von Grundrechten, Antifaschismus und Menschenrechtsfragen.

Mitglied des Bundestages 1990 bis 2002 und seit 2005; innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Themenblock 1: Stärkung der Demokratie

Demokratieentfremdung – was tun?

Prof. Dr. Roland Roth
Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)

„Demokratien sind keine dauerhaften Ordnungen, sondern sollten besser als Experimente verstanden werden, die einen Prozess permanenter Veränderung institutionalisieren“

(James Bohman 2007)

I. Was ist unter Demokratieentfremdung zu verstehen?

1. Die Diagnose „Demokratieentfremdung“ beschreibt die wachsende Distanz von Bürgerinnen und Bürgern zur repräsentativen Demokratie und ihren tragenden Institutionen. Sie hat viele Erscheinungsformen (sinkende Wahlbeteiligung, nachlassendes Vertrauen in politische Institutionen, geringer werdende Erwartung, durch Wahlen etwas bewirken zu können, fehlender Nachwuchs etc.), aber zwei zentrale Ausprägungen:

- Politische Gleichheit: Fehlender Einfluss auf politische Entscheidungen/wachsende Zweifel, dass diese Entscheidungen im Interesse der Bevölkerung getroffen werden (politischer Einfluss, Wahl- und Legitimationsfunktion)
- Fehlende Leistungsfähigkeit von Politik, nachlassende Gestaltungsfähigkeit im Angesicht der Macht der Finanzmärkte, Ratingagenturen. Zweidrittel der Jugendlichen, die in der letzten Shell-Studie befragt wurden, glauben nicht daran, dass Politik dazu in der Lage ist, die großen Zeitprobleme ökologischer, sozialer, globaler Art zu lösen.

Wenn wir etwas gegen Demokratieentfremdung/Demokratieentleerung tun wollen, geht es um Lösungen in beiden Dimensionen: Legitimation *und* Leistungsfähigkeit zu steigern.

Oft wird über mehr Bürgerbeteiligung nachgedacht, von Formen direkter Demokratie bis zu Bürgerhaushalten, weltweit werden gegenwärtig zwischen 60 und 100 Modelle praktiziert, die repräsentative Formen nicht ersetzen, sondern erweitern und damit potentiell stärken.

Mehr demokratisches Vertrauen entsteht aber nur, wenn die Handlungsfähigkeit mitwächst, Beteiligung erfolgreich und folgenreich ist. Wenn sie als Aufforderung erlebt wird, aus einer Glatze Locken zu drehen, dürfte die Demokratieentfremdung eher zunehmen. Ein Großteil des kommunalen Bürgerengagements steht angesichts der kommunalen Finanzkrise und der systematisch eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der lokalen Ebene just vor diesem Dilemma.

Die kommunale Ebene ist aber zu einem wichtigen Aktionsraum von unterschiedlichen rechtsextremen Gruppierungen geworden. Diese versuchen, mit populistischen

schen Methoden lokale Probleme und Konflikte, Befürchtungen und Sorgen, aber auch Vorurteile und Ressentiments von Bürgerinnen und Bürgern aufzugreifen und für die eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Auf Resonanz treffen sie vor allem dort, wo die kommunale Politik lokale Probleme, Wünsche und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nicht angemessen aufgreift und bearbeitet: „Die Zunahme von Vorbehalten und Feindseligkeiten gegenüber benachteiligten Minderheiten in der Gesellschaft sollte deshalb auch als eine Art Seismograph gesehen werden, der auf die dahinter liegenden Ursachen verweist: tatsächlich existierende Verteilungskonflikte, Ängste vor sozialem Abstieg, Gefühle der Machtlosigkeit und damit einhergehende Politikverdrossenheit bei einem zunehmenden Teil der Bevölkerung sowie Vertrauensverluste gegenüber den politisch Verantwortlichen und deren Lösungskompetenzen für aktuelle Probleme“ (Schmitz/Häusler 2008: 242; siehe auch Klein/Hüpping 2008: 73ff).

2. Demokratieentfremdung ist überwiegend Ausdruck einer größer werdenden Kluft zwischen realen Einflussmöglichkeiten und gewachsenen demokratischen Ansprüchen, Partizipationsbereitschaft und Kompetenzbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, die in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen sind und sich in den meisten westlichen Demokratien jenseits der klassischen politisch-repräsentativen Institutionen zum Ausdruck bringen (Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, Proteste etc.). Bisher ist es den „alten“, aber auch den „neuen“ Parteien nicht dauerhaft gelungen, dieses Potential einzubinden. Es deutet nichts darauf hin, dass nach all den Parteireformdiskussionen dies künftig in der Weise gelingen könnte, dass sich wieder das gesamte politische Geschehen auf die repräsentativen Institutionen konzentrieren wird.

3. Die beschriebene Demokratieentfremdung, die den Wunsch nach mehr Demokratie beinhaltet, müssen wir sehr genau von jener *Demokratiefeindschaft* unterscheiden, die zum Selbstverständnis der rechtsextremen Szenen gehört und ein klassisches Element rechtsextremer Bewegungen ist. Wir können vermuten, dass Rechtsextremismus ein Angebot für jene ist, die sich als politisch entfremdet ansehen und sich in diesem Gefühl radikalisieren. Ein Großteil der linken Szene, die in den Linksextremismus-Topf gesteckt wird, dürfte ein gerüttelt Maß an Demokratieentfremdung zum Ausdruck bringen. Was sie grundsätzlich von Rechtsextremen unterscheidet, ist das generell positive Verhältnis zur Demokratie – darauf weisen alle empirischen Studien in diesem Feld hin. Schon aus diesem Grunde erscheint es abwegig, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in einem großen Extremismus-Topf verschwinden zu lassen.

II. Die demokratischen Impulse der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

4. Die 2000/2001 aufgelegten Bundesprogramme setzen zentral auf eine Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft. Sie knüpfen an zentrale Erfahrungen der frühen 1990er an:

- Bürgerbewegungen gegen Rechtsextremismus, die zumindest im Westen um ein vielfaches stärker waren als die agierende fremdenfeindliche Szene. Ziel: Selbstheilungskräfte stärken, Zivilität festigen, indem unzivile Tendenzen thematisiert und mit sozialer und politischer Ächtung belegt wurden.

- Demokratietheoretische Debatte und empirische Forschung, die besagte, dass die Stärke der Zivilgesellschaft darüber mitentscheidet, wie es um die demokratische

Qualität einer Gesellschaft und ihrer politischen Institutionen bestellt ist. Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten ist aus dieser Perspektive angemessen und richtig.

5. Mit den Programmen haben sich neue Institutionen entwickelt, die dazu beitragen können und sollen:

- Beratungsnetzwerke, mobile Beratungen, die spezialisiert sind auf lokale Problemlagen
- Opferberatungen
- Lokale und regionale Netzwerke, die durch dauerhafte Kooperation ihre Handlungsfähigkeit und Wirksamkeit stärken
- Direkte Förderung von lokalen Initiativen, Entwicklung von angemessenen Formaten, die sich dem Demokratielernen verschrieben haben

Wenn über die Zukunft der Bundesprogramme gestritten wird, geht es um den Erhalt dieser Infrastruktur, die sich vielfach zu Kompetenzzentren in Sachen Demokratieentwicklung in ihrer Region entwickelt hat.

6. Nach fast zehn Jahren zivilgesellschaftlich orientierten Programmen sind auch einige Herausforderungen deutlich geworden, vor denen die weitere Arbeit in diesem Feld steht:

- Zivilgesellschaft gilt es erst selbst demokratiefähig zu machen, sie ist es nicht unbedingt von sich aus. Eine aktive Bürgerschaft hat nur Gestaltungsmöglichkeit, wo ein Minimum an zivilen Organisationen und öffentlicher Infrastruktur existiert. Daran mangelt es z.B. in ländlichen Abwanderungsregionen, wo Feuerwehr und Fußballverein die letzten zivilen Organisationen sind. Jugendverbände, kirchliche Jugendgruppen, die Feuerwehrjugend etc. haben den Ball aufgenommen und gehen intensiv der Frage nach, wie sie innerverbandliche Demokratie weiterentwickeln und selbst zu Lernorten für Demokratie werden können. Die Deutsche Sportjugend hat hierzu kürzlich eine wegweisende Schrift vorgelegt.

- Es genügt nicht, gute Projekte zu machen. Ihre Wirkungen müssen verpuffen, wenn sie nicht dazu beitragen, Alltagsinstitutionen in Richtung Demokratiefähigkeit und Zivilität zu verändern (Kindereinrichtungen, Schulen, Kommunalpolitik). Es geht darum, eine alltägliche Beteiligungskultur auszubauen, die als wirksamste Primärprävention gegen Rechtsextremismus anzusehen ist. Neue Vernetzungsgremien, wie sie z.B. im Kontext lokaler Aktionspläne entstanden sind, können dazu ein Impuls sein, aber sie können auch als zeitlich befristete Vergabegremien funktionieren, die ihre Arbeit einstellen, wenn der letzte Bundeseuro verteilt ist. Die entscheidende Frage ist, welche Transferperspektiven Modellprogramme in Richtung Regelinstitutionen entwickeln können.

- Zivilgesellschaften sind keine Inseln, sondern beeinflusst und eingebettet in Staat, Wirtschaft und Gemeinschaften. Bislang scheint es an politischen Passungen noch weitgehend zu fehlen. Die Debatten über Bürgerkommune und aktive Bürgergesellschaft haben zwar eine Reihe innovativer Ideen und Modelle hervorgebracht, aber der Wiederhall in Gestalt von erweiterter kommunaler Demokratie und bürgerschaft-

lichen Gestaltungsmöglichkeiten ist weitgehend ausgeblieben. Gerne werden die bürgerschaftlichen Gestaltungsansprüche in den Bereich „sozialer Kitt“ abgedrängt. Genügen –so die dominierende konservative Perspektive – für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen nicht Polizei und Verfassungsschutz? Bietet die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen mit dem Einsatz von Demokratie-Lotsen des Verfassungsschutzes ein Zukunftsmodell?

- Unabhängig davon fehlt es häufig an einer Abstimmung der repressiven Praxis mit den zivilgesellschaftlichen Zielsetzungen der Programme. Dabei lassen sich zwei Extreme finden: Polizei/Verfassungsschutz als zentraler Akteur, der die Zivilgesellschaft entlastet (westdeutsche Unionslösung), Polizei und Justiz als Institutionen, die zivilgesellschaftlichen Initiativen skeptisch gegenüber stehen und eine erstaunliche Duldsamkeit gegenüber der rechtsextremen Szene an den Tag legen – und damit die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus obstruiert (wie im Land Sachsen-Anhalt).

- Auch die Passungen zum Wirtschaftsbereich sind unentwickelt. Das XENOS-Programm ist zwar auf diese Schnittstelle konzentriert, bedient jedoch vorrangig die Schnittstellen zur beruflichen Bildung und Integration. Aber es gibt einige Beispiele von Unternehmen, die sich als „gute Bürger“ ihrer Verantwortung in Sachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bewusst sind (z.B. ArcelorMittal, Freudenberg), innerbetrieblich auf Antidiskriminierung und Vielfalt setzen und sich dafür in der Region einsetzen. Die positive Zuarbeit aus der Wirtschaft (bis hin zum lokalen Gewerbe) ist ein wichtiger Faktor, um die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken.

III. Zwei politische Kulturen und Wege zur demokratischen Bürgergesellschaft

7. Aktuelle Kontroversen: Es geht um zwei konkurrierende Demokratievorstellungen, die oft hinter vielen Formelkompromissen versteckt sind:

- „schlanke“, status quo-fixierte und durch die jeweiligen Innenminister verfügte fdGO-Versionen von Demokratie ohne Beteiligungsorientierung vs. starke Bürgerdemokratie mit offenen Gestaltungsspielräumen,

- Bürgerschaftliches Engagement (BE) als sozialer Kitt vs. Anspruch auf demokratische Mitgestaltung im BE,

- Extremismus/Verfassungsschutz (verfassungswidrige, willkürliche Ausspähungs- und Verbotspraxis des VS – erinnert sei an den Gentrifizierungs-Fall in Berlin oder aktuell „Recht auf die Stadt“ in Hamburg, halbierte Legalität mit einer Grauzone des Verdachts entlang der Partei, die den Innenminister stellt – Verstaatlichungsforderung, die durch das GG Art. 14 & 15 gedeckt sind, als Beleg für Linksradikalismus) vs. starke selbstbewusste Zivilgesellschaft,

- Staatsbürger, der sich als „demokratischer Untertan“ vom Staat vorgeben zu lassen hat, was er tun darf vs. selbstbewusste Bürgerschaft, die z.B. zivilen Ungehorsam gegen Naziaufmärsche praktiziert, wenn polizeiliche und gerichtliche Möglichkeiten ausgeschöpft wurden (s. Mutlangen-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verlangt die Würdigung der Fernziele, Wunsiedel-Entscheidung betont den besonderen Stellenwert des Nationalsozialismus),

- Polizeilich-repressive „Problemlösungen“ in der Tradition der „wehrhaften Demokratie“ vs. bürgerschaftliche, präventive Strategien. Ein gravierendes Problem der Konzeption der „wehrhaften Demokratie“ liegt darin, dass sie politische Probleme weitgehend staatlichen Instanzen und repressiven Praktiken überantwortet (Minkenberg).

Was dies für die Praxis gegen Rechtsextremismus bedeutet, verdeutlicht das „Baye-rische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ vom Januar 2009:

Angekündigt wird dort ein verstärkter Schutz von Polizeibeamten (Rechtsschutz, Prozesskostenübernahme), erwogen werden Strafverschärfungen bei Angriffen auf Polizisten und ein verbesserter Informationsaustausch zwischen Justizvollzugsan-stalten, Polizei und Justiz nach Haftentlassungen von Rechtsextremisten werden angekündigt. Musikgruppen der Szene und ihre Veranstaltungen sollen mit Verbo-ten belegt, Kommunen über ihre Möglichkeiten ordnungs- und verfahrensrechtli-chen Möglichkeiten aufgeklärt werden. Auch die Ankündigung, polizeiliche Präven-tivmaßnahmen wie Gefährderansprachen, Meldeauflagen, Ortsverbote und Ge-wahrsammaßnahmen intensiver zu nutzen, liest sich wie eine Referenz an die Pra-xis der Passauer Polizeipräsidenten. Ergänzend gibt es Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote.

Neben der starken kriminalpräventiven und repressiven Ausrichtung fällt auf, dass weder die Opfer rechtsextremer Gewalt noch zivilgesellschaftliche Akteure in die-sem Programm eine hervorgehobene Rolle spielen. In diesem Sinne handelt es sich um ein etatistisches, durch die Landespolitik definiertes und staatlich kontrolliertes Programm. Dies wird auch von den Oppositionsparteien kritisiert, die über man-gelnde Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und den Versuch klagen, ein „staatliches Monopol“ zu errichten (vgl. Pressemitteilung der Grünen im Bayeri-schen Landtag vom 20.11.2009).

Wenn sich das reaktionäre Projekt durchsetzt, wird auch die Demokratieentfrem-dung zunehmen, vielleicht auch mit mehr Protest und Gegenwehr (s. Dresden 13.02., Berlin am 1. Mai).

Hier sehe ich eine gemeinsame Aufgabe der Oppositionsparteien des Bundestages. Die Debatten über das Verhalten von Wolfgang Thierse haben deutlich gemacht, dass es auch innerhalb dieser Parteien Diskussionsbedarf gibt.

8. Wie steht es um eine demokratische Alltagskultur?

Die beschriebenen Herausforderungen gilt es anzupacken – gemeinsames Leitbild sollte eine starke, handlungsfähige Bürgerdemokratie sein, in der sich auch die Par-teien neu definieren müssen.

Auf individueller Ebene ist die Antwort einfach und unumstritten: **Demokratie im Alltag leben und damit erfahrbar machen – von Anfang an und in allen Lebensbe-reichen.**

Wie steht es damit? Über die Sicht der Erwachsenen wissen wir wenig (Demokratie-Audits fehlen für Deutschland). Immerhin wissen wir etwas mehr über die Erfahrun-gen von Kindern und Jugendlichen. Zwei solide repräsentative Studien, an denen ich mitarbeiten konnte, seien beispielhaft genannt:

- Die Mitwirkungsstudie von Bertelsmann befragte Zwölf- bis 18-jährige über Beteiligungserfahrungen und -wünsche

- Die ZDF-Logo-Studie vom letzten Sommer über Acht- bis Zwölfjährige, Fazit: Nur eine Minderheit von zehn bis 15 Prozent macht Beteiligungserfahrungen in Schulen und Kommunen, aber Dreiviertel möchte gerne. Zwei Drittel machen positive Beteiligungserfahrungen in den Familien.

Hier kann und sollte also viel geschehen, um Demokratieleben zu einer Erfahrung für Viele bzw. für Alle werden zu lassen.

9. Was muss getan werden? Beteiligung stärken, heißt Bürgerdemokratie auch als professionelles Aufgabenfeld zu begreifen, in das investiert werden muss. Wir lassen uns unsere repräsentative Demokratie sehr viel kosten, in die Bürgerdemokratie – in die 60-100 Modelle weltweit – investieren wir bislang zu wenig.

Das Streiten für die Programme gegen Rechtsextremismus kann und darf diese weitergehende Herausforderung nicht ersetzen. Sonst droht es, Symbolpolitik in Sachen Demokratiestärkung zu werden. Aber es geht bei den Programmen auch um einen wichtigen Treiber in Richtung Bürgerdemokratie, der jede Unterstützung verdient.

10. Wichtig ist es, Themenfelder zu bearbeiten, die eine Ausbreitung des Rechtsextremismus blockieren können:

- Demokratieoffensive

- Aktive Integrationspolitik

Es gibt bereits gute Beispiele, nicht nur in Berlin. Als Ziele des Lokalen Aktionsplans im Rems-Murr-Kreis (Träger ist der Kreisjugendring) werden z.B. auf dem Projektflyer ausgewiesen: „Die Offenheit der Aufnahmegesellschaft erhöhen. Die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Fremdenfeindlichkeit abbauen und die Zivilgesellschaft stärken. Politische Beteiligung besonders von jungen MigrantInnen fördern.“

- Antidiskriminierungsgesetz praktisch umsetzen

- UN- und EU-Verpflichtungen einklagen (ein Rassismus-Aktionsplan, der seinen Namen verdient, Aufbau von Beobachtungs- und Analysekapazitäten für Defizite im Bereich der Antidiskriminierung, Umsetzung der Beteiligungsrechte der UN-Kinderrechtskonvention etc.

Biographische Daten Prof. Dr. Roland Roth:

Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH). Er arbeitete als Research Fellow an der University of California in Santa Cruz (UCSC) und am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sowie als Gastprofessor an der Universität Wien.

Sein wissenschaftliches und politisches Interesse gilt vor allem den Themenfeldern Demokratie, soziale Bewegungen, Bürger- und Menschenrechte – u. a. als Mitbegründer des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ (Köln), als sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten von Stiftungen zu den Themen Kinder- und Jugendbeteiligung, Integration und Rechtsextremismus.

Bildung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Rabbiner Dr. Walter Rothschild Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig- Holstein

Zu meinen Anliegen gehört es, die Nazi-Zeit 1933 bis 1939 nicht als einen Konflikt zwischen Deutschen und Juden, sondern zwischen Deutschen und Deutschen zu zeigen.

Damals richteten sich Deutsche gegen andere Deutsche, die abweichende politische Meinungen hatten – sie waren sozialdemokratisch oder kommunistisch oder gehörten zu Gewerkschaften.

Da gingen Deutsche gegen Deutsche vor, die sich zu anderen Religionen bekannten – als Christen, Zeugen Jehovas(und natürlich auch Juden).

Deutsche hassten Deutsche, weil sie einen anderen Geschmack hatten, Jazz-Musik, moderne Kunst oder Literatur mochten oder sich nicht akzeptierten (wegen Rasse oder Geschlecht) Liebespartnern zuwandten.

Kurzum, in den Fokus deutscher Nazis gerieten „normale deutsche Menschen“. Sie wurden plötzlich zu Staatsfeinden deklariert und sahen sich als Opfer eines Staates, der sie tief in ihrer privaten, intimen Sphäre angriff.

Ich halte es für wichtig, diese Idee an die Jugendlichen weiterzugeben, bevor sie alt genug sind, selbst Täter oder Opfer solcher Intoleranz zu werden. Deshalb möchte ich hier eine „Parabel“ präsentieren, ganz bewusst fiktiv und geschichtlich neutral, die Geschichte „Die Schmidts“. Darin werden normale, unschuldige Menschen nur wegen ihres Familiennamens oder ihrer Haarfarbe als „unerwünscht“ und sogar als „Staatsfeinde“ behandelt.

Selbstverständlich handelt es sich nicht um eine Problematik, die nur während der Nazi-Zeit vorhanden war. So erschossen später auch an der innerdeutschen Grenze Deutsche andere Deutsche, weil diese von einem Teil Deutschlands in den anderen gelangen wollten.

Mit meiner Geschichte „Die Schmidts“ möchte ich zeigen, wie absurd, irrational und folgenschwer Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind. Diese Geschichte habe ich 2003 in englischer Sprache verfasst, die Übersetzung aus dem Englischen erfolgte durch den Deutschen Bundestag. Meine Hoffnung ist, gerade junge Menschen durch einen etwas anderen Blick auf die Dinge zum Nachdenken anzuregen und ihnen vor Augen zu führen, wie destruktiv eine solche Teilung der Gesellschaft sein kann.

Der Text könnte zur politischen Aufklärung und Anregung von Dialogen, z.B. in Projekten oder Schulen, hilfreich sein. Bei Interesse an einer weitergehenden Verwendung gibt das Büro von Monika Lazar Auskunft.

DIE SCHMIDTS

EINE KINDERGESCHICHTE

Es war einmal ein Land, in dem ein schrecklich böser König lebte. In jungen Jahren hatte er sich in ein Mädchen namens Karoline Schmidt verliebt, doch sie hatte ihn abgewiesen und gesagt, dass sie ihn nicht liebe. Schlimmer noch: Ihr Vater Wilfried Schmidt hatte freiheraus erklärt, dass dieser junge Mann für seine Tochter nicht der Richtige sei! Das hatte dem König furchtbar wehgetan, und seit jener Zeit hasste er alle, die Schmidt hießen.

Als er König wurde (denn zu der Zeit, die ich gerade beschrieben habe, war er noch nicht einmal Prinz – bekanntlich hängt eine Menge von der Politik ab, und davon, wer zuerst stirbt und wie), beschloss er, etwas gegen diesen Hass zu unternehmen. Und weil er es tun konnte, gab er eine Deklaration heraus. Von nun an, verkündete er, dürften in seinem Land keine Schmidts mehr leben! Nur Sozialistische Nationalisten dürften es!

Nun ja, das alles verursachte einen ziemlichen Wirbel, wie ihr euch denken könnt! Zunächst wusste keiner so recht, was um alles in der Welt da vor sich ging, oder man dachte, das alles sei nur ein Jux. Doch bald wurde klar, dass der König meinte, was er sagte. Eine Flut von Deklarationen aus dem Palast wurde über den königlichen Haushofmeister (den neuen – sein Vorgänger hatte Schmidtke geheißen und war seines Amtes enthoben worden) in Umlauf gebracht. Als Erstes durften alle Kinder, die Schmidt hießen, nicht mehr zur Schule gehen (was sich eigentlich nach einer prima Sache anhörte, bis die Kinder merkten, dass sie sich auch nicht mehr mit ihren Freunden treffen und nicht mehr in ihren Sportverein gehen konnten). Dann verloren alle Leute namens Schmidt ihren Job – und sie bekamen kein Arbeitslosengeld, obwohl es nicht ihre Schuld war, dass sie arbeitslos waren! Doch der König sagte, es SEI ihre Schuld, weil sie (oder ihre Eltern) Schmidt hießen. Das bedeutete, dass sie keine Arbeitslosenunterstützung beantragen konnten, obwohl sie pünktlich ihre Steuern bezahlt hatten.

Die Vorschriften wurden immer komplizierter. "Es gibt zu viele Schmidts!" tönte der König im Fernsehen. "Seht euch nur das Telefonbuch an – da gibt es sie seitenweise! Wir müssen etwas dagegen tun!" Mit "wir" meinte er natürlich all die Menschen im Land, die nicht Schmidt hießen. Aber das war gar nicht so einfach. Zuerst wurde die Vorschrift auf die Bürger ausgedehnt, die vor ihrer Heirat Schmidt hießen oder die ihren Namen aus irgendeinem anderen Grund geändert hatten, und sogar auf Menschen, die einen Großvater oder eine Großmutter namens Schmidt hatten. Dann waren da noch die Leute, die Schmitt hießen oder Schmied oder Smith, Schmidtke oder Schmiedler, die ebenfalls unter diese Regelung fielen. So kam es, dass eine Menge Leute, die Meier, Müller, Lehmann, Braun oder Schneider hießen, plötzlich feststellten, dass sie nur wegen ihres Großvaters als "Halbschmidt" eingestuft wurden. Und was war mit den Leuten, deren Brüder oder Schwestern jemanden namens Schmidt geheiratet hatten? Alle möglichen Leute hatten Vettern und Cousinen oder Onkel oder Freunde – ja sogar Stiefväter – namens Schmidt, und sie ALLE bekamen es mit dem Problem zu tun, dass man sie vor die Tür setzte und ihnen vorschrieb, wohin sie gehen und was sie tun durften. Sie durften keinen Fernseher und keinen Führerschein besitzen – sie mussten ihn abgeben –, und es war ihnen nicht erlaubt, ihre Scheck- oder Kreditkarten zu behalten, und vieles andere mehr. In manchen Ortschaften waren fast fünfzig Prozent der Einwohner auf irgendeine Art und Weise

betroffen – ohne zu wissen, was sie getan hatten und warum sie plötzlich auf diese Weise ausgegrenzt wurden.

Granny-Smith-Äpfel wurden vom Speisezettel gestrichen, und ihre Einfuhr wurde verboten. Die im ganzen Land beliebte Marke "Schmidt's Schokolade" wurde für unhygienisch erklärt, und Bürger, die nicht Schmidt hießen, durften die Schokolade nicht essen – weil ihr, wie es hieß, wegen des besonderen Aromas Blut beigemischt war. An den Ortseingängen standen Schilder mit "Zutritt für Schmidts verboten!", und in den Bussen hingen Schilder mit der Aufschrift "Sitzen für Schmidts verboten!". Sogar in den Geschäften und Kneipen und in Parks tauchten plötzlich Schilder mit "Kein Zutritt für Schmidts!" auf. Das Leben wurde sehr, sehr hart für die armen Schmidts, die nicht wussten, womit um alles in der Welt sie diese Behandlung verdienten. Und sogar ihre Familien und Freunde wandten sich allmählich ab, weil sie befürchteten, dass es irgendwie ansteckend war, "ein Schmidt zu sein". Sogar in den Kirchen gaben die Besucher nach dem Gottesdienst anderen Teilnehmern, die Schmidt hießen, nicht mehr die Hand. Wenn einer der Geistlichen im Gottesdienst predigte, dass das, was da geschah, falsch sei, beschwerten sich die Leute beim Bischof (natürlich nicht bei Bischof Jean-Pierre Schmieder – er war zwangsweise in den vorzeitigen Ruhestand geschickt worden), oder sie raunten sich gegenseitig zu: "Bestimmt hat er einen Schmidt bei sich zu Hause versteckt!", oder: "Ich frage mich, warum er so ein Schmidt-Freund ist?" Also gaben es die Geistlichen nach und nach auf, dagegen zu predigen.

Man entließ alle Schmidts aus der Armee (eine schlimme Sache für General Herbert von Schmidt, der den vorherigen König in allen seinen Kriegen zum Sieg geführt hatte) sowie aus dem Postdienst, dem öffentlichen Dienst und der Polizei (was für ein Pech für den Polizeipräsidenten Jeremias Fünfschmidt, der sich in dreiundvierzig Dienstjahren vom einfachen Polizisten bis zum Präsidenten hochgearbeitet hatte) und aus den Gemeinderäten und den öffentlichen Busunternehmen. Und obwohl sich zunächst einige Leute beschwerten und das alles nicht für richtig hielten und manche Bedenken wegen all dieser Dinge hatten, ging das Leben irgendwie weiter, auch ohne diese Arbeitskräfte. Es gab auch mehr Stellenangebote, da die frei gewordenen Stellen besetzt werden mussten. Es war also gar nicht so schlimm!

Und die Schmidts, die nicht mehr unterrichten durften, mussten Schmidt-Schulen für die Kinder gründen, die nicht mehr zum regulären Schulbesuch zugelassen waren. Die Ärzte, die nicht mehr in den großen Krankenhäusern arbeiten durften, richteten Schmidt-Praxen ein, in denen sie die Patienten behandeln konnten, die keinen Zutritt zu den normalen Arztpraxen hatten. Und die Schmidts, die nicht mehr in Orchestern spielen oder im Theater auftreten durften, gründeten ihre eigenen Schmidt-Kulturgesellschaften, in denen sie sich gegenseitig etwas vorspielen und sich einreden konnten, nichts werde so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird.

Der König ernannte einen Gehilfen namens Josef Plapper, der die Aufgabe hatte, Tatsachen zu verdrehen und Lügen zu verbreiten – und dieser nutzte jede Gelegenheit, die Schmidts zu verunglimpfen und sie als noch viel gemeiner und gefährlicher hinzustellen, damit ihre Mitmenschen sie nicht mochten. "Sie sind Ränkeschmieder!", sagte er, weil die Schmidts ursprünglich in Schmieden arbeiteten. "Sie stahlen schon immer!", sagte er, weil sie früher einmal mit Stahl gearbeitet hatten. "Sie arbeiten raffiniert!", ohne zu merken, wie dumm sich das anhörte, denn eigentlich wollte er sagen, dass sie raffiniertes Eisen verwendeten, um verschiedene Gebrauchswerkzeuge für den menschlichen Bedarf herzustellen. Doch obwohl das,

was er sagte, total absurd und völlig falsch und verworren war, begannen die Leute ihm zu glauben, denn sie sagten sich, "Er IST der Gehilfe des Königs, und der König würde bestimmt niemand zum Gehilfen ernennen, der dumm ist, und wenn der König ihm keinen Tadel erteilt, könnte das, was er sagt, doch wahr sein?" Und mit der Zeit begannen trotz anfänglicher Zweifel immer mehr Menschen zu nicken, wenn Josef Plapper schrie (übrigens schrie er immer, das hatte etwas mit seinem Temperament zu tun), dass die Schmidts das ganze Gold und Silber an sich bringen wollten – deshalb seien sie Goldschmiede und Silberschmiede –, oder dass Grobschmiede grob und schmutzig und verschwitzt seien und dass sie Pferde durch Einschlagen von Nägeln in ihre Hufe rituell quälten. "Gewiss", sagten sie, "ist da was dran."

Übrigens wurden Leute, die wirklich Goldschmidt oder Silberschmidt oder so ähnlich hießen oder die einen Bindestrich in ihrem Namen trugen wie etwa "Brucker-Schmidt" oder "Schmidt-Weber", ebenfalls als "Halbschmidts" bezeichnet; sie wurden zwar nicht ganz so schlecht behandelt wie die anderen, aber trotzdem schlecht genug.

Dann erklärte der König, dass alle Schmidts (womit er ALLE diese Leute meinte, egal ob ihr Nachname Schmidt war oder nicht) auf ihrer Oberbekleidung ein besonderes Zeichen tragen müssten, damit man erkennen könne, wer sie waren. Da Grobschmiede bekanntlich auch Hufeisen schmiedeten, ordnete er an, dass alle von nun an ein gelbes Hufeisen tragen sollten (kein echtes, sondern eines aus Stoff), das auf ihren Mänteln aufgenäht wurde (die gelbe Farbe war im Dunkeln nämlich gut zu erkennen).

Es passierten auch einige verrückte Dinge – sie waren schon fast zum Lachen, wäre das Ganze nicht so traurig gewesen. So zum Beispiel die Sache mit Oberst Heinrich Kupferberg, der den ganzen Ort abklapperte (er war der örtliche Polizeichef) und sich persönlich vergewisserte, dass alle Leute auf seiner Liste ihre Hufeisen trugen und abends ab 20.00 Uhr zu Hause blieben (das war nämlich eine weitere Vorschrift – Hufeisenträger mussten von 20.00 Uhr bis zur Frühstückszeit zu Hause bleiben, was bedeutete, dass sie weder ins Kino noch in ein Konzert oder in die Diskothek gehen konnten), und wenn er Leute erwischte, die sich nicht an diese Vorschrift hielten, nahm er sie fest und steckte sie ins Gefängnis, und ließ sie erst wieder frei, nachdem er ihnen das Versprechen abgenommen hatte, nie mehr gegen die Vorschriften zu verstoßen. Sie mussten ein Dokument unterzeichnen, das bestätigte, dass er sie nicht geschlagen hatte (manche von ihnen hatte Probleme beim Unterschreiben, weil ihre Finger gebrochen waren, und in diesem Fall mussten sie im Gefängnis bleiben, bis ihre Finger wieder so gut verheilt waren, dass sie einen Schreibstift halten konnten). Auch mussten sie die Rechnung für all das Essen bezahlen, das sie während der Haft verzehrt hatten (obwohl sie das meiste von dem, was auf der Rechnung stand, nie zu Gesicht bekommen hatten), und sie mussten eine Geldstrafe für das Vergeuden der Zeit der Polizei zahlen, und so weiter Ich bin sicher, ihr versteht, was ich meine. Kupferberg war im ganzen Bezirk gefürchtet, denn er erschien überall mit seiner Liste, die jede Woche auf den neuesten Stand gebracht wurde, wenn die Beamten des königlichen Meldeamts auf neue Unterlagen und neue Schmidts gestoßen waren. Bis eines Tages eine neue aktualisierte Liste des Meldeamts eintraf, auf der ganz oben der Name "Kupferberg, Heinrich" mit seiner Anschrift stand! Es stellte sich heraus, dass sein Vater (Johann) von einer Familie namens Kupferberg adoptiert worden war (was Heinrich bekannt war) und

dass der Grund dafür war, dass die Mutter seines Vaters (die Johanna Leinenweber hieß) nicht verheiratet war (was er ebenfalls wusste – um in der Polizei so weit nach oben zu kommen, musste er seine gesamte Familiengeschichte offen legen, sogar die peinlichen Details, und ein Formular unterschreiben, in dem er bestätigte, dass es nirgendwo einen Schmidt gab). Doch was er bisher NICHT gewusst hatte, war die Tatsache, dass der Mann, von dem die Mutter seines Vaters schwanger wurde, ein Seemann namens Hein Schmitters war, der während einer 'Befragung' im Hauptgefängnis des Palastes ein entsprechendes Geständnis abgelegt hatte..... Und plötzlich musste Heinrich Kupferberg sich selbst festnehmen! Und sich selbst foltern! Und sich selbst eine Geldstrafe auferlegen! Er konnte diese plötzliche Schande und persönliche Schmach nicht verkraften und stieg die 243 Stufen bis zur Spitze des höchsten Turms im Polizeipräsidium empor und stürzte sich in die Tiefe.....

Inzwischen schauten die Menschen in den Nachbarländern verwundert zu. Schließlich braucht man in jedem Dorf einen Schmied, um die Werkzeuge, die Pflüge, die Tore und dergleichen herzustellen und zu reparieren. Es ging inzwischen sogar so weit, dass Leute namens Schmidt oder Schmied oder sogar Amboss an der Landesgrenze abgewiesen wurden und gesagt bekamen, dass sie kein Visum (d. h. eine Einreisegenehmigung) erhalten würden. Oder dass Leute zusammengeschlagen wurden, nur weil sie groß und muskulös waren und wie Schmiede aussahen – natürlich waren an diesen Schlägereien immer größere Personengruppen beteiligt, die "rein zufällig" zur gleichen Zeit an einer Straßenecke waren, denn nur ein Schwachkopf würde einen großen, muskelbepackten Mann allein angreifen! Der Internationale Verband der Grobschmiede versuchte, eine Protestnote einzureichen, doch der König ließ das Schreiben nicht in den Palast, da auf dem Umschlag das Wort "Schmied" stand. Allerdings waren die meisten der Betroffenen, denen so übel mitgespielt wurde, in Wirklichkeit sowieso keine Grobschmiede; die Mehrzahl hatte noch nie eine Schmiede gesehen oder einen Schmiedehammer gehalten. Sie waren Ladenbesitzer oder Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Bauern, Krankenschwestern, Büroangestellte, Busfahrer, Studenten, Wissenschaftler oder Soldaten oder ... also alles Mögliche. Die meisten von ihnen hätten nie gedacht, dass das Tragen des Namens Schmidt – was, wie bereits erwähnt, bei vielen nicht einmal zutraf – überhaupt etwas Besonderes sein sollte.

So beschlossen ziemlich bald viele dieser Leute, das Land zu verlassen und sich woanders ein neues Leben aufzubauen. Das kam dem König sehr zupass. Er wollte sie loswerden. Doch nun wurden die Vorschriften noch komplizierter und widersprachen sich sogar. Zunächst einmal hatten die meisten kein Geld mehr, weil sie schon eine ganze Weile nicht mehr arbeiten durften und ihre Ersparnisse auf der Bank beschlagnahmt worden waren. Und wer in ein anderes Land reisen will, muss für die Dokumente – Pässe, Visa und Genehmigungen – und für die Fahrkarten bezahlen und, was noch wichtiger ist, er muss nachweisen, dass er genügend Geld besitzt, um nach der Ankunft seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Das war bei den meisten nicht der Fall!

Und dann, wenn all die Formulare ausgefüllt waren, trieben die Sachbearbeiter und die Beamten ihr böses Spiel. Zum Beispiel sagten sie, dass ihre Dienststellen nur zu ganz bestimmten, schwierig einzuhaltenden Zeiten geöffnet seien, wie etwa nur dienstags von 11.30 bis 12.00 Uhr. Oder sie zerrissen ein Formular, wenn der Name "Schmidt" darauf geschrieben stand, und verlangten anschließend, dass man seinen Namen nochmals auf einem neuen Formular eintrug! Und teilten einem dann mit,

dass zuerst ein anderes Formular in einer anderen Dienststelle auszufüllen sei! Die Pässe und Personalausweise aller dieser Personen waren mit einem großen aufgedruckten "S" versehen, und wenn sie ihre Papiere vorzeigen mussten, sagten die Sachbearbeiter "Alle Wartenden mit einem "S" müssen sich zu der Schlange dort drüben begeben!" und deuteten auf die längste und langsamste Schlange in dem ganzen Gebäude. Es war wirklich nicht leicht.

Und dann erließen die anderen Länder rundherum Gesetze, in denen es hieß, "Wir wollen nicht, dass so viele Menschen hierher kommen, lauter Ausländer. Sie beherrschen unsere Sprache nicht, wir können mit ihren Qualifikationen nichts anfangen, und sie bringen weder das große Geld noch neue Industrien ins Land – nein, alles in allem wäre es uns lieber, sie blieben da, wo sie sind." Und das, obwohl die Menschen mit eigenen Augen und in ihren Zeitungen und ihren Fernsehnachrichten verfolgen konnten, was mit diesen Menschen da, wo sie waren, geschah! Also warteten die Schmidts in einer der vielen Schlangen und füllten Formulare aus und bekamen dann trotzdem gesagt "Nein, ihr könnt nicht kommen!". Das bedeutete, dass sie da bleiben mussten, wo sie waren.

Nun, nach einigen Jahren wurde der König ungeduldig. Überall im Land sah man in den Straßen bettelnde oder Schlange stehende Schmidts, die im Weg standen. Er trug sich mit Kriegsplänen und wollte nicht, dass all diese vielen Schmidts das System in Unordnung brachten und wertvolle Nahrungsmittel wegaßen. Und deshalb beschloss er, dass etwas getan werden müsse. Er schaute in der Bibel nach und sah, dass irgendwann einmal ein ägyptischer Pharao dasselbe Problem mit einer Gruppe von Leuten hatte, die er nicht mochte. Dieser Pharao – das ägyptische Wort für König – versuchte zu erreichen, dass diese Menschen sich zu Tode arbeiteten, und er versuchte sogar, alle ihre Kinder zu töten! Also sagte sich der König: "Nun gut, wenn sonst nichts funktioniert, versuchen wir es eben auf die härtere Tour. Wenn es in der Bibel so steht, muss es ja schließlich in Ordnung sein." Er besprach sich heimlich mit seinen Ministern und Beratern, und er beauftragte sie, spezielle Orte zur Aufnahme aller der vielen Schmidts einzurichten. Zuerst würden sie gezwungen, alle in derselben Straße bzw. denselben Straßen in ihren Städten zu wohnen, und dann würden sie gesammelt und zu diesen speziellen Orten transportiert, und wenn sie nie zurückkamen, würde – dessen war er sich sicher – niemand etwas bemerken, und selbst wenn es manche bemerkten, würden sie nichts unternehmen oder sich nicht beschweren. Und wenn sie sich dennoch beschwerten, dann könnten sie ebenfalls weggebracht werden, und man würde zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen – erstens würden sich diese Leute nie mehr beklagen, und zweitens würden alle anderen daraus lernen, sich genauso wenig zu beklagen!

Genau das taten die Leute des Königs auch. Sie bauten spezielle 'Ferienlager' auf dem Lande, mit Baracken und Häusern und Drahtzäunen darum herum. Dann schickte der König seine Soldaten aus, um alle Schmidts zu zwingen, in bestimmte Straßen in ihren Städten oder Dörfern zu ziehen – sie mussten also ihre Wohnungen verlassen und in andere Häuser umziehen, die man ihnen zuwies, auch wenn es dort eigentlich nicht genug Platz für alle gab und auch wenn sie in einem ganz anderen Stadtteil als demjenigen lagen, in dem sie bisher gewohnt hatten. So verloren sie jeden Kontakt zu ihren Nachbarn und den verbliebenen Freunden. Doch dann, als die Menschen schon ziemlich verzweifelt waren, wurde auf einem Aushang mitgeteilt, dass alle Schmidts vom König in die Ferien geschickt würden! Da die Schmidts alle in Schmieden gearbeitet hätten, hieß es in dem Aushang (obwohl das

nicht auf jeden zutraf), und in Schmieden stets hohe Temperaturen herrschten, würden sie sicherlich gern in den Süden verschickt werden, wo es viel wärmer sei; sie müssten sich einfach nur mit ein bisschen Gepäck am Bahnhof oder an der Busstation einfinden, und dann würde man sie (zu verbilligten Fahrpreisen) in ein Durchgangslager bringen, wo sie sich auf einen Ort vorbereiten konnten, an dem es wirklich warm sei. Obwohl es dem König gar nicht ähnlich sah, ihnen eine solche Freundlichkeit zu erweisen, glaubten viele Leute das, weil sie einfach glauben wollten, dass sich die Dinge zum Besseren wenden würden. Schließlich war seit dem Erlass der ersten Verordnungen durch diesen neuen König ihre Lage immer schlimmer geworden! Und es hatte nichts gegeben, was sie dagegen hätten tun oder wohin sie hätten gehen können! Also meldeten sie sich rechtzeitig mit ihren Familien an der Busstation oder am Bahnhof, verstaute ihr Gepäck und stiegen ein und machten sich auf den Weg in eine Welt, die nicht schlimmer sein konnte als die, in der sie bereits waren.

Und sie kehrten nicht wieder zurück. Manchmal bekamen die Nachbarn und ihre Familien zu Hause in ihrer Heimatstadt eine Postkarte, auf der stand "Wir haben viel Spaß und hoffen, ihr kommt bald nach!", doch das war alles. Und wenn ihre Nachbarn und ihre Familie beschlossen, es ihnen gleich zu tun, als die nächste Sonderfahrt organisiert wurde, verschwanden auch sie auf Nimmerwiedersehen.

Manchmal klopfte die Polizei des Königs an ihre Türen und fragte: "Warum sind Sie noch nicht weg? Ein so vernünftiges und großzügiges Angebot dürfen Sie unsere Meinung nach nicht ausschlagen, denn im Grunde genommen gehören Sie gar nicht mehr hierher; kommen Sie doch einfach mit, und wir bringen Sie jetzt sofort zur Station." Nachdem genügend Menschen gegangen waren, begann der König TATSÄCHLICH seinen Krieg (obwohl er seinen Nachbarn versichert hatte, es gar nicht darauf anzulegen). Und als er dann andere Länder eroberte, stellten all die Smiths und Smids und Smits in diesen Ländern fest, dass mit ihnen genau dasselbe passierte – nur dass der König ungeduldiger geworden war, da er sich im Krieg befand und eine Menge Schlachtpläne machen musste. Alles ging schneller vonstatten, weil alle Vorschriften gleichzeitig erlassen wurden, um Zeit, Mühe und Papier zu sparen.

Als der König schließlich einige Jahre später selber starb, gab es in all den Ländern, in denen er geherrscht hatte, so gut wie keine Schmidts und auch keine Halbschmidts mehr. Und als die Menschen sich allmählich fragten, warum das so war – denn seit der König tot war, durfte man wieder Fragen stellen –, schien es darauf überhaupt keine Antworten zu geben. Es war sogar schwierig, Listen mit den Namen der Leute zu finden, die verschwunden waren, was komisch war, denn die meisten von ihnen hatten ja sowieso ein 'S' am Anfang. Sie konnten auch niemanden finden, der wusste, was wirklich passiert war oder wer Aufsicht über die Züge oder die Lager geführt hatte oder wer einen der Busse gefahren oder all die Formulare gestempelt hatte. Nach einer Weile waren sie sich nicht einmal mehr sicher, ob es in ihren Städten und Dörfern jemals irgendwelche Schmidts gegeben hatte oder ob die Häuser, die sie inzwischen bewohnten, oder die Geschäfte, die sie inzwischen führten, jemals Leuten namens Schmidt gehört hatten. Es war alles so merkwürdig, so schwierig, so kompliziert – und es gab andere Probleme, mit denen sie sich befassen mussten. Zunächst einmal konnte man einfach nirgendwo Hufeisen bekommen.

Natürlich ist all das nur ein Märchen. Im Grunde bin ich überzeugt, dass etwas so Absurdes und Grausames weder in Europa noch im Zwanzigsten Jahrhundert passieren könnte, oder? Aber ich habe Euch noch gar nicht von dem König in dem Nachbarland erzählt. ER beschloss nämlich eines Tages, dass er Leute mit roten Haaren nicht ausstehen konnte. Zunächst nahmen die Leute das ebenfalls nicht ernst, oder sie dachten: "Meine Haare sind inzwischen weiß geworden" oder "Ich bekomme sowieso eine Glatze" oder "Ich könnte sie mir allemal färben oder abrasiieren". Doch dann wurde klar, dass der König es todernst meinte. Wenn seine Polizisten jemandem nachweisen konnten, dass auch nur ein Großelternanteil rote Haare hatte (sie hatten sämtliche Farbfotos aus den Personalausweisen und Führerscheinen in ihren Akten), konnte er als ein "Roter" eingestuft werden. Wenn jemand ursprünglich rote Haare hatte und sie inzwischen blond oder braun färbte, kam die Polizei und nahm ihn fest, und er wurde sogar noch HÄRTER bestraft, weil es hieß, er habe seine Haarfarbe zu verbergen versucht, während er vielleicht meinte, besonders gehorsam und gesetzestreu zu sein! Selbst Leute, die in jungen Jahren nur aus Jux ihre Haare rot gefärbt hatten, konnten im Gefängnis landen, wenn sie auf einem alten Schulfoto oder in ihrem Fahrradpass oder Ähnlichem mit roten Haaren zu sehen waren. Und natürlich konnte abgesehen von denen, die rotes Färbemittel verwendet hatten, niemand etwas dagegen tun, denn rote Haare sind etwas, was einem in die Wiege gelegt wird, d. h., es liegt in unseren Genen! Genau wie die Farbe unserer Haut oder unserer Augen! Doch das war kein Entschuldigungsgrund. Und es wurde darüber diskutiert, welche Rotschattierung in rotbraunem oder kastanienbraunem Haar als ausreichend gelten sollte, um einen Menschen als „Roten“ einzustufen. Oder was wäre, wenn der eigene Vater rote Haare und man selbst schwarze hätte. Und so weiter.

Doch das ist eine andere Geschichte.....

Rabbi Walter Rothschild. 19. September 2003

Biographische Daten Dr. Walter Rothschild:

Geboren am 20. März 1954, Bradford, England. Studierte Theologie und Pädagogik, University of Cambridge, war Religionslehrer, danach Rabbinerstudium, Leo Baeck College, London. Rabbiner seit 1984, in Nord-England bis 1994, danach Wien, Aruba (Karibik), Berlin, und seit 2001 liberaler Rabbiner für mehrere Gemeinden in Deutschland und in Wien. Landesrabbiner von Schleswig-Holstein. Promotion in Geschichte Palästinas 1945-1948, Kings College, London. Theologe, Schriftsteller, Dichter, Liedermacher, Eisenbahnhistoriker.

Günter Piening

Beauftragter für Integration und Migration in Berlin

Was hat die Bekämpfung des Rechtsextremismus, des Rassismus oder des Antisemitismus mit „Integration“ zu tun? Vordergründig scheint es nur einen geringen Zusammenhang zu geben, denn „Bekämpfung von Rechtsextremismus“ zielt scheinbar auf die deutsche Ursprungsbevölkerung und vor allem der Imperativ „Integration“ zielt in der Perspektive einiger Betrachter/innen vor allem auf Menschen mit Migrationshintergrund.

These 1: Rechtsextremismus zielt auf Ablehnung der Einwanderungsgesellschaft und der Einwanderer/innen und ist damit eines der größten integrationspolitischen Hindernisse.

Die Ideologie des Rechtsextremismus ist eine Ideologie der Ungleichheit, der Abwertung und Verächtlichmachung anderer. Daraus folgen zwangsläufig Freund-Feind-Haltungen und Intoleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft, die schließlich in rechtsextremen Weltbildern als Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit wirksam sind und teilweise in entsprechend motivierte Handlungen münden können. Die jährlichen Berichte von Nichtregierungsorganisationen wie der Opferberatungsstelle *ReachOut* oder der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* in Berlin (MBR) über rechtsextreme Gewalttaten und nicht zuletzt die polizeiliche Kriminalstatistik geben ein beredtes Zeugnis darüber.

Rechtsextreme wollen ein Klima der Angst erzeugen, sie wollen öffentliche Räume besetzen und dominieren. Dadurch wollen sie die Bewegungsfreiheit von Bürgern mit Migrationshintergrund einschränken, wollen ihnen signalisieren, dass sie nicht willkommen sind. Dies konterkariert alle unsere Bemühungen um Verbesserung der Teilhabe, um Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund. Die rechtsextreme Ideologie ist deshalb ein ernstzunehmendes Integrationshindernis. Nicht nur das. Wenn wir davon ausgehen, dass Integration angesichts der demographischen Entwicklung längst keine Minderheitenfrage mehr ist und Deutschland in den nächsten Jahrzehnten dringend auf Zuwanderung angewiesen ist, da nur eine kulturell offene und vielfältige Gesellschaft erfolgreich ist, zielen die rechtsextremen Ausgrenzungs- bzw. Gewaltstrategien direkt auf eine Reduzierung der Entwicklungschancen ganzer Regionen. Hier muss weiterhin – auch im Interesse des ganzen Landes und einer vielfältigen Gesellschaft – kräftig gegengesteuert werden. Ein positives Signal in die richtige Richtung wäre, wenn die Bundesregierung die zivilgesellschaftlichen, demokratischen Initiativen und Netzwerke, die im Kontext der Förderprogramme entstanden sind, weiter angemessen finanziell unterstützen würde.

Gleichzeitig wäre es nicht angemessen, den "Brennpunkt Integration" ausschließlich auf Rechtsextremismus zu reduzieren. Die allseits bekannten Untersuchungen zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) von W. Heitmeyer oder die Untersuchungen der Bundesantidiskriminierungsstelle zeigen, dass MigrantInnen, wenn sie als ethnisch „anders“ wahrgenommen werden, immer noch auf Vorbehalte, Stereotype und schlichten Rassismus in großen Teilen der Bevölkerung treffen. Zugespitzt: Die Ablehnung von Einwanderung und die Ablehnung der Idee der Ein-

wanderungsgesellschaft bleibt die große Schnittmenge extrem rechter Akteure und Diskurse mit den gruppenbezogenen Feindschaften der Mehrheitsgesellschaft. Die Dämonisierung der Einwanderungsgesellschaft und ihrer Begleiterscheinungen ist eines der zentralen Themen, mit denen der Rechtsextremismus an die Mitte der Gesellschaft andockt.

These 2: Ablehnung der Einwanderer und der Einwanderungsgesellschaft und Rassismus sind die vorrangigen Themenfelder, in denen der Rechtsextremismus seine Anschlussfähigkeit in die Mitte der Gesellschaft herstellt.

Zwei aktuelle Entwicklungen zeigen, wie rechtsextremen Akteuren und Diskursen auch neue Zugänge in die Mitte geebnet werden:

Besonders gefährlich ist Rassismus, wenn er von den Eliten des Landes vorgetragen wird, bzw. wenn die entsprechenden (Medien-)Diskurse fremdenfeindliche Stereotype aufgreifen, ohne die Perspektive der Betroffenen einzunehmen. In den Äußerungen von Thilo Sarrazin, noch mehr aber in der Zustimmung, die er im bürgerlich-liberalen Milieu gefunden hat, sehe ich eine gefährliche Aufweichung von Grenzziehungen gegenüber rassistischen und rechtsextremistischen Positionen. Die Grenze zwischen Wohlstandschauvinismus und Rassismus ist durchlässig geworden. Das bestärkt die Rechtsextremen in ihren Positionen und bietet neue Andockungspunkte in die Mitte der Gesellschaft hinein. Bei den EinwanderInnen hinterlassen sie noch tiefere Ausgrenzungserfahrungen als die Ausländer-Raus Parolen der Rechtsextremen, viele schütteln resignierend den Kopf: „So sehr man sich als Einwanderer in Deutschland anstrengt, es wird uns nie gelingen, eine gleichwertige Anerkennung unter den Deutschen zu erringen.“ So scheint mir der Tenor vieler dieser Stimmen zu sein.

Der zweite Themenkreis betrifft den Islam. Wie kaum ein anderes Themenfeld wird die neue Präsenz des Islam in Europa für die Verbreitung rassistischer und rechtsextremistischer Positionen genutzt. Moschee, Kopftuch, Minarett stehen dabei stellvertretend für das Einsickern des gefährlichen Fremden.

Der neue Elitenrassismus à la Sarrazin und die Inszenierung des Islam als Feindbild sind neue Dimensionen, die nicht unerwähnt bleiben sollten. Beide Themen sind nicht nur in klassisch konservativen Milieus anschlussfähig, sondern auch im liberalen Milieu, ja selbst im alternativ-grünen Milieu. Feministinnen müssten inzwischen auch mit den Rechten koalieren, so argumentierte kürzlich die Publizistin Halina Bendkowski, die Anfang der 90er für die Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus war, in einer Radiodiskussion im rbb, da die Linken sich aus Angst vor den Muslimen nicht mehr trauten, sich für die Gleichberechtigung der Frauen einzusetzen. (Zitiert nach Birgit Rommelspacher, Wie kommt es, dass Feministinnen mit den Rechten koalieren, taz v. 18.1.2010.)

Diese Beispiele zeigen einmal mehr, dass Programme „gegen Extremismus“ die aktuellen Entwicklungen und Gefährdungen unserer Gesellschaft nicht in den Blick nehmen. Auch eine ausschließliche Konzentration auf den manifesten Rechtsextremismus greift zu kurz. Mit Blick auf die Schweiz oder die Niederlande müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass neue populistische Anfeindungen gegenüber dem Modell der Einwanderungsgesellschaft eine zentrale Herausforderung darstellen. Bestimmte (religiöse) Minderheiten werden dabei massiven Ausgrenzungsversuchen ausgesetzt. Wir müssen diesen Entwicklungen deutliche Signale entgegense-

zen, ohne Probleme wie Homophobie und Antisemitismus in eingewanderten Gruppen zu verschweigen.

These 3: Ohne ein klares Bekenntnis zu Einwanderung und zur Einwanderungsgesellschaft ist der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht zu gewinnen. Prävention und Intervention gegen den (Alltags-) Rassismus müssen stärker in den Fokus der Programme rücken.

Die Eliten unseres Landes können die Integration fördern, wenn sie in den Debatten um Integration auch die Perspektive der EinwandererInnen wahrnehmen. Wir brauchen eine deutliche Ächtung von Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus durch die Norm setzenden Kräfte dieser Gesellschaft. Es bedarf einer Reformulierung der Normen, die verdeutlicht, dass Anerkennung und Respekt gegenüber anderen eine demokratische Selbstverständlichkeit sind und dass unsere Gesellschaft nur durch die Solidarisierung mit den Minderheiten zukunftsfähig ist. Begleitet werden sollte ein solcher Diskurs durch eine politische Initiative, die die positiven Aspekte von Einwanderung und Einwanderungsgesellschaften thematisiert: Es ist gut, wenn die kritischen Seiten von Migration beleuchtet werden, wenn wir aber rechtsextremen Argumentationen den Wind aus den Segeln nehmen wollen, müssen wir in der Öffentlichkeit auch die Erfolgsgeschichten eingewanderter Bürgerinnen und Bürger und ihre Leistungen in den Vordergrund stellen.

These 4: Eine erfolgreiche Integrationspolitik und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus wirken gleichzeitig auf einem Handlungsfeld: der Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Überfällig ist darum eine stärkere Einbeziehung der Migranten(-organisationen) in die Strukturen der Programme gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Eine stärkere Aktivierung setzt auch eine gerechtere Teilhabe an den Fördermitteln voraus.

Zur Beleuchtung dieser Thesen ein Blick auf Berlin:

Berlin hat 2006 die Zuständigkeit für die strategische Steuerung beider Prozesse in der Institution des Integrationsbeauftragten zusammengeführt. Es liegen inzwischen zwei Konzeptionen in mittelfristiger Perspektive vor:

1. Das Berliner Integrationskonzept „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“: Das Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft und das Werben und eine Kultur der Akzeptanz sowie die Bekämpfung von Rassismus sind integraler Bestandteil dieses Konzeptes. Das unterscheidet Berlin vom Nationalen Integrationsplan (NIP), in dem dieses nur ein Randthema bildet. Denn ohne eine nachhaltige Prävention gegen Diskriminierung, den Schutz vor Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden auf Dauer weder Chancengleichheit noch Integration gelingen. Dieser Schutz vor Diskriminierung gehört zum Kernbestand einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Akzeptanz und gegenseitiger Respekt sind Grundbedingungen demokratischer Konfliktaustragung, die nur möglich ist, wenn sich die Konfliktparteien auf der Basis von Gleichwertigkeit begegnen.

2. Die Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ ist das zentrale Konzept des Berliner Senats für Demokratie und gegen Rechtsextremismus das – bei Querschnittsverantwortung der einzelnen Ressorts – die in unterschiedlicher Verantwortung realisierten Maßnahmen bündelt, aufeinander bezieht und zu einer Gesamtstrategie verdichtet. Die Landeskonzption un-

terstützt und stärkt zivilgesellschaftliche Initiativen und setzt mit polizeilichen Maßnahmen gegen jegliche demokratiefeindliche Aktivitäten und gewalttätige Übergriffe deutliche Grenzen.

Zentrale Handlungsfelder der Landeskonzeption sind „Bildung und Jugend für Demokratie“, „Soziale Integration und Arbeitswelt“, „Stadt und Sozialraum“, „Demokratie und Rechtsstaat verteidigen“.

Untersetzt werden die beiden Konzeptionen durch zwei mit jeweils ca. zwei Mio. € ausgestatteten Förderprogramme: einem Förderprogramm mit dem Schwerpunkt Integration, vor allem Förderung der Migrantenselbstorganisationen (MSO), und dem "Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus".

2009 wurde eine umfangreiche Evaluation beider Programme begonnen. Diese wurde inzwischen abgeschlossen. Eine der wesentlichen Anregungen ist, die Programme für Integration und das Programm gegen Rechtsextremismus stärker aufeinander zu beziehen und zu einem Gesamtprogramm "Demokratie, Menschenrechte, Vielfalt, Respekt" zusammenzuführen.

(Vgl. <http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20100607.1000.298339.html>)

Abschließende Bewertung und Fazit

Wir haben die Empfehlung aufgegriffen und arbeiten derzeit an einer systematischen Verknüpfung der beiden Programme. In der Zusammenarbeit soll verstärkt an den Interessen der MSO angesetzt werden. Der Berliner Senat hat beispielsweise bei der Erarbeitung eines *Landesaktionsplans gegen Rassismus*, der sich insbesondere auf Maßnahmen im Verwaltungsbereich konzentrieren soll, den *Migrationsrat Berlin-Brandenburg* und damit eine Vielzahl von NGOs über ein Konsultationsverfahren in den Erstellungsprozess einbezogen.

Darüber hinaus müssen wir auch über Verknüpfungen im Alltag nachdenken: Schulen und Kieztreffs, aber auch Betriebe und Vereine könnten viel stärker als Zentren für Integration und Demokratie genutzt werden. Wir brauchen dringend eine gemeinsame Strategie des Bundes und der Länder, um diese guten Modelle in ein langfristiges Fördersystem zu überführen.

Eine ähnliche Anforderung sollte an die Weiterentwicklung der Bundesprogramme gestellt werden. Dabei sollten Fragen der Bekämpfung von Rassismus, der Akzeptanz der Einwanderungsgesellschaft und der Aktivierung der Einwanderer mehr Bedeutung bekommen. Es bedarf einer veränderten Perspektive: Maßnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus sind notwendige Instrumente zur Gestaltung zukunftsfähiger (Einwanderungs-)Gesellschaften. Für eine gelingende Integrationspolitik und für das Modell der demokratischen Einwanderungsgesellschaft muss die gesamte Gesellschaft einen Beitrag leisten. Der Bund hat diesen Aspekt bislang unzureichend berücksichtigt. Die Themen Integration, Antidiskriminierung und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus laufen parallel zueinander. Eine Verknüpfung ist nicht erkennbar. Die Programme gegen Rechtsextremismus müssen verzahnt werden mit einer Veränderung der grundlegenden Parameter der Einwanderungspolitik, bzw. der Politik gegenüber Einwanderern/innen. Eine stärkere Berück-

sichtigung von Trägern aus dem Migrationskontext ist dabei unbedingt sicherzustellen.

Biographische Daten Günter Piening:

Geboren 1950 in Nordrhein-Westfalen. Nach dem Soziologiestudium mit dem Schwerpunkt "Entwicklungsplanung und Entwicklungspolitik" arbeitete Günter Piening zunächst als Journalist. 1991 wurde er Pressesprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt. Er ist Mitbegründer eines Flüchtlingshilfevereins in Magdeburg und setzte einen Schwerpunkt seiner Arbeit bei der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. 1996 wurde er zum Ausländerbeauftragten der Landesregierung Sachsen-Anhalt berufen. Seit dem 1. Juni 2003 ist Günter Piening Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration.

Rechtsextreme Strukturen in Europa

Tobias Peter

Büro Jan Philipp Albrecht MdEP

1. Einleitung

Rechtsextremismus in all seinen verschiedenen Facetten und Schattierungen bedroht die europäischen Demokratien. Dabei dient die Bezeichnung Rechtsextremismus für eine ganze Gruppe von Ideologien und Aktivitäten, welche sich gegen die Demokratie, Pluralität und Menschenrechte wenden. Vor allem innerhalb einer „rechtsextremen Grauzone“¹ sind Rechtspopulisten in vielen Ländern auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene erfolgreich. Ihr Gesellschaftsentwurf ist geprägt von autoritären und antipluralistischen Vorstellungen, welche von Feindbildern abhängen. Aber auch im Europaparlament sind rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien vertreten und arbeiten aktiv an einem „Europa der Vaterländer“. Nicht auf der Ebene von Parteien, sondern in Bewegungen und im subkulturellen Milieu arbeiten gut vernetzte, eine gemeinsame Identität teilende Gruppen an der Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologien und ziehen durch Musik und ihren Lifestyle vor allem junge Menschen an. Doch was ist der Grund für das Erstarren der Rechtsextremen im europäischen Kontext und welche Gegenstrategien lassen sich benennen?

Bevor wir uns diesen Fragen zuwenden, ist es jedoch nötig, die Begrifflichkeiten zu differenzieren, zumindest soweit es für diesen Beitrag sinnvoll erscheint. Der Rechtsextremismus – ob parteilich organisiert oder auf Bewegungsebene – verortet sich aggressiv-kämpferisch als Systemopposition mit offen rassistischen Ideologien und spricht dabei ein bestimmtes (subkulturelles) Milieu an. Rechtspopulistische Parteien bemühen sich hingegen, von der Öffentlichkeit nicht mit den Rechtsextremisten identifiziert zu werden, ihre Sprache und Codes sind weicher und nur unterschwellig rassistisch. Sie sind nicht an ein bestimmtes Milieu gebunden und begeben sich stets in eine scharfe Frontstellung „Wir“ gegen „die da oben“ bzw. „Wir das Volk“ gegen „die Fremden“. Meist handelt es sich bei den rechtspopulistischen Parteien um „one leader – one issue“ Parteien, die in ihrer Programmatik und Ideologie zumindest in gewissen Grenzen flexibel sind. Gemeinsam ist den Rechtsextremisten und Rechtspopulisten die Idee einer homogenen, „naturwüchsigen“ Gemeinschaft in Form des „Volkes“, welches durch die herrschende politische Elite verraten und ausgebeutet wird. Dessen ungeachtet ist es von besonderer Bedeutung, auf die Problematik des Begriffes „Extremismus“ hinzuweisen, in Ermangelung adäquater Alternativen wird jedoch auch in diesem Beitrag darauf zurückgegriffen.²

¹ Vgl. Schellenberg, Dispersion and Differentiation: The Structures and Trends of the Radical Right in Europe, 2009a, S. 540

² Zur Extremismusdebatte siehe Heinrich-Böll-Stiftung, Gibt es Extremismus?, 2010

2. Rechtsextreme und rechtspopulistische Erfolge in Europa

Rechtsextreme Parteien, Bewegungen und subkulturelle Milieus sind in gesamt-europäischer Perspektive seit den späten 1980er Jahren zunehmend erstarkt. Dies drückt sich zum einen in Wahlerfolgen auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene aus, aber zum anderen auch in den Mitgliedschaften in rechtsextremen Bewegungen und der Attraktivität subkultureller Milieus vor allem für junge Menschen. Für eine ausführliche Darstellung der verschiedenen nationalen Akteure und Strukturen bei rechtsextremen Parteien, Bewegungen und Milieus sei an dieser Stelle auf die Studie der Bertelsmann Stiftung „Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe“ mit elf ausführlichen Länderberichten verwiesen.

Europaweit kann zwischen verschiedenen Formen des Rechtsextremismus unterschieden werden. Ideologisch vereinfacht existiert neben der extremistischen Rechten auch die populistische Rechte. Organisatorisch kann ferner zwischen Parteien, sozialen Bewegungen und subkulturellen Milieus unterschieden werden.³ Mit einigen wenigen Ausnahmen haben sich die erfolgreichen rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien weitgehend vom historischen Faschismus gelöst. „Diejenigen Bewegungen, welche sich heutzutage bewusst von Mussolinis Italien, dem Dritten Reich oder auch dem Faschismus Francos oder Salazars herleiten, sind ohne Einfluss auf die soziale und politische Wirklichkeit.“⁴ Offen in der Tradition des Faschismus stehende Parteien sind deshalb nicht ungefährlicher, setzen sie doch vermehrt Gewalt als politisches Mittel ein. Eine Ausnahme bildet hier bspw. die deutsche NPD oder die „British National Party“, die trotz eindeutiger Bezüge zu faschistischen Ideologien durchaus erfolgreich auf lokaler und regionaler Ebene agieren. Dessen ungeachtet sind die modernen rechtspopulistischen Parteien als rechtsextrem einzustufen, mit den Kennzeichen einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, anti-pluralistischen, autoritären Ideologien und in einer eben doch noch häufig fortlebenden Affinität zum Faschismus. Rechtspopulisten verorten sich jedoch nicht als fundamentale Opposition zum bestehenden System und befürworten nicht offen die Anwendung von Gewalt. Erfolgreich auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sind unter ihnen die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), die belgische „Vlaams Belang“ (VB), die französische „Front National“ (FN), die ungarische Jobbik und „Partei für ungarisches Recht und Leben“ (MIÉP), die italienische „Lega Nord“, das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ), die dänische „Volkspartei“, die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP), das italienische „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) und die niederländische „Partei für die Freiheit“. Daneben existieren noch Parteien, die bisher nur auf lokaler und regionaler Ebene erfolgreich waren, wie die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die „British National Party“ (BNP) oder die „Schwedendemokraten“ (SD). Die extremistische Rechte ist vor allem auf Bewegungs- und subkultureller Ebene erfolgreich.⁵ Im subkulturellen Milieu ist eine starke transnationale Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten aus verschiedenen Ländern zu beobachten. Auslandskontakte zwischen den Rechtsextre-

³ Vgl. Schellenberg 2009a, S. 531f. Schellenberg unterscheidet zwischen der „extreme right (including fascist-autocratic right“ and the “National Socialist Right“), „ethnocentric right“ und „populist right“.

⁴ Camus, Die europäische Rechte: ein populistisches und ultraliberales Projekt, 2006, S. 35; vgl. auch Schellenberg, Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa, 2009b, S. 5

⁵ Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 532ff.

men haben sich intensiviert, die Kommunikationswege verbessert, ein permanenter Informationsaustausch hat sich etabliert und es herrscht ein reger Veranstaltungstourismus.⁶ Das Internet spielt eine zentrale Rolle bei der Kommunikation und Verbreitung von Propagandamaterialien.

Auffällig auf gesamteuropäischer Ebene ist das Erstarben der rechtspopulistischen Parteien bei Wahlen. Diese versuchen, sich einerseits in der Öffentlichkeit immer wieder von den rechtsextremen Parteien abzugrenzen, andererseits existieren klare strukturelle und personelle Verbindungen zwischen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Akteuren. Dies beinhaltet gemeinsame Mobilisierung und gegenseitige Unterstützung bei Wahlen, aber auch die Bereitstellung von Nachwuchskräften durch die extreme Rechte für populistische Parteien.⁷ Vor allem für junge Menschen ist der Einstieg in rechtsextreme Milieus durch subkulturelle Netzwerke attraktiver als ein direktes parteipolitisches Engagement. Durch Musik, Mode und Freizeitangebote werden die Jugendlichen früh an rechtsextreme Weltbilder herangeführt und durch den Kauf bestimmter Kleidungsmarken, Tonträger und durch den Besuch von Konzerten rechte Strukturen unterstützt. In vielen europäischen Ländern ist die subkulturelle rechtsextreme Szene bedeutender und zahlenmäßig größer als die Anhängerschaft entsprechender Parteien. Dessen ungeachtet haben die kulturellen Aspekte, die durch Musik und der damit verbundenen Ideologie transportiert werden, einen langfristigen Effekt auf die Einstellungsmuster junger Menschen.⁸ In einigen Ländern ist darüber hinaus auch eine bedeutende Radikalisierung mit einhergehender Gewaltanwendung rechtsextremer Gruppen festzustellen. Vor allem in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und den Niederlanden treten die Rechtsextremen zunehmend gewaltbereit auf. Ungarn geriet seit einiger Zeit immer wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit, seitdem dort Rechtsextremisten vermehrt öffentlich in Erscheinung treten und Roma angreifen. Die rechtsextremistische Partei Jobbik, der politische Arm der rechtsextremen paramilitärischen „Ungarischen Garde“ von der viele dieser Angriffe ausgehen, ist seit den nationalen Wahlen in Ungarn 2010 mit 17 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft im ungarischen Parlament. Interessant ist die Beobachtung, dass subkulturelle Bewegungen umso kleiner sind, je erfolgreicher Parteien agieren und umgekehrt. Aber auch in Ländern, in denen rechtsextreme Parteien auf nationaler und europäischer Ebene keine Rolle spielen, verzeichnen diese doch stetige Stimmenzuwächse auf regionaler und lokaler Ebene. Beispiel hierfür sind Deutschland, Schweden und Großbritannien.

Bei den Europawahlen 2009 konnten rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in mehreren Staaten deutlich zulegen. 37 extrem rechte Abgeordnete aus 14 europäischen Ländern sind im Europaparlament vertreten. Einer der größten rechtspopulistischen Gewinner dieser Wahl ist die „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders, die aus dem Stand 17 Prozent der niederländischen Stimmen erreichte. Der ungarischen rechtsextremen Partei Jobbik gelang ebenfalls aus dem Stand ein Ergebnis von 14 Prozent, womit sie zusammen mit dem nationalkonservativen Fidesz (56,4 Prozent) auf rund 70 Prozent der ungarischen Stimmen kommt. Der BNP gelang zum ersten Mal mit zwei Mandaten (6,5 Prozent) der Einzug ins Europaparlament, unter

⁶ Vgl. Grumke, Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten, 2006, S. 155

⁷ Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 541f.

⁸ Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 542

ihnen auch Nick Griffin, der schon mehrfach auf Einladung der NPD in Deutschland gesprochen hat. Aber auch die FPÖ (13,1 Prozent), die „Dänische Volkspartei“ (14,8 Prozent), die italienische „Lega Nord“ (10,2 Prozent), die griechische Partei „Volks-tümlich-Orthodoxe Sammlung“ (LAOS; 7,2 Prozent), die FN (6,3 Prozent), die VB (9,9 Prozent) und die finnische „Wahre Finnen“ (7,2 Prozent) entsenden Abgeordnete ins Europaparlament. Aus Ost-Europa waren neben der ungarischen Jobbik die „Slovakische Nationalpartei“ (5,3 Prozent), die lettische „Für Vaterland und Freiheit“ (7,4 Prozent), die bulgarische „Nationale Union Ataka“ (11,9 Prozent) und die „Großrumänische Partei“ (8,7 Prozent) erfolgreich.⁹ Damit kommen zehn der 37 Abgeordneten der extremen Rechten aus osteuropäischen Staaten. Nachdem die rechtsextremen Parteien 2007 nach nur ein paar Monaten mit ihrem Versuch einer eigenen Fraktion im Europaparlament „Identität, Tradition, Souveränität“ scheiterte, bildete sich im Dezember 2009, sechs Monate nach den Wahlen, eine extrem rechte Gruppe. Die BNP, der französische FN, Jobbik, die italienische „Fiamma Tricolore“, die SD und der belgischen FN bildeten eine parlamentarische Allianz mit dem Ziel, finanzielle Zuwendungen zu erhalten und in Zukunft mit einer vereinten Stimme im Parlament aufzutreten.¹⁰ Etwa elf Millionen Euro werden sie für ihren Kampf gegen die weitere europäische Integration, Immigration und sog. „terroristischen, religiösen, politischen, ökonomischen oder finanziellen Imperialismus“ erhalten. Bruno Gollnisch, ein führender Abgeordneter des französischen „Front National“ im Europaparlament und Schlüsselfigur der neuen rechtsextremen Gruppe, fiel in der Vergangenheit mit Äußerungen, die die Existenz der Gaskammern und die Anzahl der Ermordeten in deutschen Konzentrationslagern in Frage stellte sowie Antirassismus als „geistiges AIDS“ bezeichneten, auf.¹¹

3. Ursachen für den Erfolg rechtsextremer und rechtspopulistischer Agitation

Rechtsextreme und -populistische Parteien und Bewegungen sind in Europa erfolgreich und knüpfen mit ihren Themen und ihrer Problemdarstellung an die Lebenswelt der Menschen an. Doch welche Themen sind es, die die Rechtsextremen besetzen (wollen) und die an Teile der Gesellschaft anschlussfähig sind? Mit Bezug auf Britta Schellenberg lassen sich drei große Bereiche benennen, mit denen die Rechtsextremen in ganz Europa versuchen, sich als Alternative zum bestehenden System zu präsentieren: Globalisierung, ethnische und religiöse Vielfalt der Gesellschaft und pluralistische Demokratie.¹²

Globalisierung und die gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Liberalisierung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Tätigkeit in den letzten Jahrzehnten einhergingen, sind der Schlüssel zum Verständnis der neuartigen rechtsextremen und rechtspopulistischen Ideologie. Der soziale Wandel, der alle westeuropäischen und – mit leichter zeitlicher Verzögerung – die osteuropäischen Staaten betraf, eröffnete den Rechtsextremen ein günstiges Moment („populistisches Moment“) für ihre Agitation. Eng verknüpft mit dem sozialen Wandel ist die rechtsextreme Kritik

⁹ Vgl. Breuer, Rechtsruck. Extrem rechte Parteien wieder im Europaparlament, 2009, S. 28 und Hübner, Europas Rechtspopulisten auf dem Vormarsch, 2009

¹⁰ Vgl. Meade, Griffin announces alliance of EU nationalist parties, 2009; vgl. auch Doward, BNP set to join European parliament far-right group, 2009

¹¹ Vgl. Rigault, Frankreich: Der Rechtsextremist Le Pen tritt ab. Junge Welt vom 15.04.2010

¹² Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 533

an Immigration und pluralistischer Gesellschaft als kulturelle Folgen der Globalisierung.¹³

Immigration ist europaweit eines der zentralen negativ besetzten Stichwörter der Rechtsextremen. MigrantInnen und vor allem die Präsenz von MuslimInnen innerhalb der (westeuropäischen) Gesellschaften werden dabei als das „Grundübel“ aller sozialen Probleme ausgemacht. Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnraumknappheit, „Sozialbetrug“ und „Überfremdung“ lassen sich im rechtsextremen Weltbild direkt auf Immigration zurückführen und sind Ursache aller materiellen und kulturellen Probleme. Einwanderung dient als ‚frame‘, also als inhaltlicher Rahmen der Probleme und Medium der Re-Artikulation.¹⁴ Gesamtgesellschaftliche Probleme werden durch die Rechtsextremisten re-artikuliert und mit Bezugnahme auf eine ethnisch-nationale Hegemonialität als Erklärungsmuster für gesellschaftliche Konflikte ethnisiert. Im Ergebnis bedroht Migration die als homogen gedachte „Nation“ und „zersetzt“ das „Volk“. Gesellschaftliche und individuelle Probleme entstehen nach rechtsextremem Weltbild dann, wenn Menschen nicht in „ihrer“ Kultur verwurzelt und zu Hause sind, sondern wenn es im Zuge von Migrationsbewegungen zu „Vermischungen“ der als homogen und statisch gedachten Kulturen kommt. Folgerichtig lösen sich die meisten Probleme, wenn die Immigration nicht nur gestoppt, sondern in den verschiedenen Staaten lebende „Ausländer“ zurückgeführt sind. Auffällig werden diese Forderungen, wenn die schweizerische SVP im Wahlkampf „Maria statt Scharia“ fordert, die deutsche NPD „Poleninvasion stoppen“ (mittlerweile wurde die Verwendung eines Wahlplakates mit dieser Forderung wegen Volksverhetzung gerichtlich verboten) oder die ungarischen Rechtsextremisten Sinti und Roma zum zentralen Feindbild erklären und zum Aufstand gegen die „Versklavung“ des ungarischen Volkes aufrufen. Die rechtsextreme Ideologie knüpft direkt an einen weit verbreiteten „Rassismus der Mitte“ an, der nicht (offen) biologisch-rassistisch determiniert ist, sondern durch eine kulturelle Differenz erklärt wird. Die „Fremden“ sind unvereinbar mit der eigenen Kultur. Dass es sich dabei im Endeffekt wiederum um eine rassistische Klassifizierung handelt, wird klar, wenn der meist unausgesprochene Zusatz der Minderwertigkeit der „anderen“ Kultur mitgedacht wird.¹⁵ Fragen nach der Identität eines „Volkes“ werden unter den Vorzeichen einer homogenen Gemeinschaft auf Basis eines biologisch „reinen Substrats“ gestellt, welches sich auf Blutsbande und nicht auf Staatsangehörigkeit gründet. In dieser ethnizistischen Orientierung ändert sich schließlich das Objekt des Rassismus im Vergleich zu den klassischen faschistischen Parteien. Der alte antisemitische Hintergrund verschwindet nicht gänzlich, tritt aber hinter einen virulenten anti-muslimischen Rassismus zurück.¹⁶ Offenkundig wird die Anschlussfähigkeit die-

¹³ Zu Recht weist Albert Scharenberg darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen jüngster Etappe der Globalisierung, internationaler Migration und ethnischer Pluralisierung der westlichen Gesellschaften nicht so eindeutig ist, wie oftmals unterstellt, da ethnische Pluralisierung durch Globalisierung ein bereits seit Jahrhunderten andauernder, dem jüngsten Schub der kapitalistischen Globalisierung vorgängiger Prozess ist. Bemerkenswert ist seine Feststellung, dass die Annahme, Rechtsextremismus sei Resultat der jüngeren, globalisierungsbedingten Einwanderung bereits Ausdruck einer rechtspopulistischen Diskursverschiebung ist. Vgl. hierzu Scharenberg, *Brücke zum Mainstream - Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung*, 2006, S. 71ff.

¹⁴ Vgl. Scharenberg, 2006, S. 76f.

¹⁵ Vgl. Scharenberg, 2006, S. 84ff.

¹⁶ Vgl. Camus, 2006, S. 42f. Vgl. hierzu auch: Bühl, *Islamophobie und Antisemitismus*, 2010

ser Ideologie an die „gesellschaftliche Mitte“ bspw. durch Untersuchungen, die zeigen, dass die Hälfte aller Deutschen MuslimInnen ablehnend gegenübersteht.¹⁷ Aufgrund der Tatsache, dass seriöse Medien und prominente PublizistInnen antimuslimische Diskurse offen führen und beflügelt durch das schweizerische Minarettverbot durch Volksabstimmung wird in Wahlkämpfen immer stärker auf die Gefahr einer „schleichenden Islamisierung“ Europas gesetzt. Anscheinend mit Erfolg: Die niederländische „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders konnte mit ihrem antimuslimischen Wahlkampf 2010 große Erfolge erzielen. Gleiches galt auch für die „Liste Pim Fortuyn“ und gilt u. a. für die „Dänische Volkspartei“, die „Schwedendemokraten“ oder die belgische „Vlaams Belang“. Während in den westeuropäischen Staaten vor allem Muslime im Fokus der Hetze stehen, sind es bspw. in Italien und Ungarn Roma, die sogar physisch attackiert werden. Die rechtsextreme Agitation gegen Immigration und ethnische und religiöse Vielfalt hat einen starken Einfluss auf die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse des politischen Mainstreams. Die öffentlichen Forderungen fast aller Parteien sind im Bezug auf die Themen Kriminalität, Immigration und Integration nach rechts gerückt.¹⁸ Die meisten Parteien, ob links oder rechts, versuchen die Angst vor dem Islam politisch zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Eng verknüpft mit dem Thema der ethnischen und religiösen Vielfalt der Gesellschaften ist die rechtsextreme Kritik an der pluralistischen Demokratie. Auch wenn Rechtspopulisten sich nicht als fundamentale Opposition zum bestehenden System verorten und nicht offen die Anwendung von Gewalt befürworten, ist ihnen mit extremistischen Rechten die Kritik an der Politik, den politischen Parteien und der Demokratie im Ganzen gemein.¹⁹ Die Politik wird als korrupt, elitär und machtvessens und nur auf den eigenen Vorteil fixiert dargestellt. Sich selbst stellen rechtsextreme Parteien gerne als „Anwalt des kleinen Mannes“ dar. Anschlussfähig ist diese Kritik in weiten Teilen der Gesellschaft: Zunehmende Politikverdrossenheit bzw. eine Distanz zwischen den BürgerInnen und dem politischen System/den Eliten ist ein gesamteuropäisches Phänomen. Darüber hinaus ist die Kritik am Abbau des Wohlfahrtsstaates, die Ausnutzung desselben durch ImmigrantInnen verbunden mit dem Bild der sich selbst bereichernden Politiker in den meisten europäischen Staaten gesellschaftlich anschlussfähig. Indem die Rechtsextremen den Wohlfahrtsstaat reorganisieren wollen – freilich unter den Bedingungen eines solidarischen Wohlfahrtsstaates nur für „Volkszugehörige“ – sprechen sie vor allem gering Qualifizierte, Arbeitslose und Menschen an, die sich von Wohlstandsverlust bedroht fühlen („subjektive Deprivation“). Oftmals wird die EU-Bürokratie als noch abgehobener wahrgenommen und so dargestellt, dass sie mit den „echten“ Bedürfnissen der Menschen nichts mehr zu tun hat. Einer der Gründe, warum so viele Menschen dieser Einschätzung zustimmen, liegt im fehlenden Wissen über europäische Strukturen, Abläufe und Verantwortlichkeiten begründet.

Während Immigration und pluralistische Demokratie als kulturelle Folgen der Globalisierung bezeichnet werden können, kann in Anlehnung an Thomas Greven noch zwischen der wirtschaftlichen Dimension in Form einer verschärften Konkurrenz

¹⁷ Vgl. Zeisser, „Islamkritik“ und rassistische Anfeindung von MuslimInnen, 2010

¹⁸ Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 537

¹⁹ Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 538

und der politischen Dimension in Form der Weichenstellung zu Liberalisierung und zur Re-Regulierung der Globalisierung unterschieden werden.²⁰ Aufschlussreich sind die von Rechtsextremen formulierten Antworten. Die Beschäftigung von Rechtsextremisten mit der Globalisierung ist kein absolut neues Phänomen, jedoch sind das Auftreten und die verwendeten Slogans, die sich an linken GlobalisierungskritikerInnen orientieren, auffällig.

Die Globalisierung wird allgemein als Gefahr für „Nation“ und „Volk“ dargestellt, sie führe zu Menschen ohne Kultur, zum Verschwinden staatlicher Grenzen und in letzter Konsequenz zur Zerstörung der Identitäten der „Völker“. „Die nationalistisch und/oder rassistisch-völkisch motivierte Ablehnung der Globalisierung vereint die Rechtsextremisten grenzüberschreitend und inspiriert grenzüberschreitende Kooperation.“²¹ Historisch erzeugte die Globalisierung die Situation einer verschärften Konkurrenz und eines gesellschaftlichen Strukturwandels. Nationalstaaten verloren an traditioneller Regierungskompetenz und neue internationale Akteure wie transnationale Unternehmen oder supranationale Institutionen wie die EU entstanden. Durch die Logik der Standortkonkurrenz gewannen Unternehmen gegenüber Nationalstaaten an Macht hinzu, während sich gleichzeitig ArbeiterInnen mit Lohn- und Gehaltsverzicht konfrontiert sahen. Dies betrifft vor allem gering Qualifizierte und FacharbeiterInnen, die von relativem oder sogar absolutem Wohlstandsverlust bedroht sind. Die Rechtsextremen reklamieren für sich, für die Interessen dieser Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer einzutreten. Mit der Denationalisierung ging die Schaffung von neuen globalen, regionalen und sektoralen Steuerungsnetzwerken zur Re-Regulierung wie EU und WHO einher, die neue Formen der Regulierung, Steuerung und Problembewältigung zur Verfügung stellten.²² Problematisch an diesen neuen Strukturen ist ein starkes Demokratiedefizit und zusätzlich im Falle Europas eine ungleichzeitige Integration. Wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung standen vor sozialpolitischer Integration. Rechtsextreme lehnen einerseits die Schaffung neuer Re-Regulierungsbemühungen im Zuge des Denationalisierungsprozesses ab und wenden sich andererseits den Globalisierungs- und Restrukturierungsverlierern zu. Dabei nutzen sie die Schattenseiten der Modernisierung und die daraus resultierenden Unsicherheiten der Menschen aus. Wer sich nicht an die neuen Erfordernisse und ökonomischen Sachzwänge bspw. der Arbeitswelt anpassen kann oder will, ist schnell überfordert, gestresst und anfälliger für Sündenbock-Theorien.

Als Gegenentwurf präsentiert die extreme Rechte eine re-nationalisierte, völkische Ordnung und das Angebot einer völkisch definierten kollektiven Identität. Eine nationale Volkswirtschaft wird dem Prozess der Globalisierung entgegengestellt – mit der für vordergründig gering Qualifizierte, Arbeitslose oder vom sozialen Abstieg bedrohte Menschen attraktiv wirkenden – „Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen.“²³ Zudem hat die durch die Globalisierung beförderte Denationalisierung bei den meisten Menschen nicht dazu geführt, dass sie ihren Bezugspunkt zum Nati-

²⁰ Vgl. Greven, *Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance*, 2006, S. 17

²¹ Greven, 2006, S. 16

²² Vgl. Greven, 2006, S.18f.

²³ NPD-Forderung, zit. n. Greven, 2006, S.23

onalstaat aufgegeben hätten. Die rechtsextreme Forderung nach Ethnopluralismus und einem „Europa der Vaterländer“ korreliert direkt mit diesem weit verbreiteten Nationalismus. Die von der extremen Rechten verfolgte Rekonstruktion einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft, die über eine Grenzziehung nach außen, also gegen Einwanderung, konstruiert wird, enthält weiterhin die klassischen Elemente eines Rassismus mit antisemitischen Elementen.²⁴ Explizit treten diese selten bei rechtspopulistischen Parteien, häufiger bei rechtsextremen Bewegungen zum Vorschein. Globalisierung sei ein Prozess der planvollen und gesteuerten Vernichtung von Kulturen und Nationen durch sog. (jüdische) Globalisten.²⁵ Die gemeinsame Identität wird zum einen im Sinne einer „Rassenzugehörigkeit“ (Weißer bzw. Arier) und zum anderen im Sinne einer (abendländischen) Kulturzugehörigkeit getragen. Resultat dieser pan-arischen Weltanschauung ist die apokalyptische Vorstellung eines nationalstaatliche Grenzen übersteigenden „Überlebenskampf“ der „weißen Rasse“ gegen die Globalisierung.

Greven begreift die in Teilen wirre und inkohärente Globalisierungskritik der Rechten als „insgesamt einzige fundamentale Alternative in einer von Anpassungs- und Gestaltungsvorschlägen dominierten Globalisierungsperspektive“²⁶, da reale Alternativen zur herrschenden Politik immer seltener seien. Dieser Vorstellung widerspricht beispielsweise Butterwegge, da es eben „nicht um eine Negation [geht], sondern gerade um die – bis zur letzten Konsequenz getriebenen – Realisation herrschender Normen [...] und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz“²⁷. Zumal es auch andere Alternativen zum kapitalistischen System als die rechtsextreme gibt. Christina Kaindl weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass rechtsextremes Denken ein widersprüchliches Bewegten in der neoliberalen Subjektanforderung ermöglicht: „Einerseits werden sie zurückgewiesen und im rechtsextremen Modell vom volksgemeinschaftlichen Sozialstaat aufgelöst. [...] Andererseits werden ihre Formen der Ausgrenzung, Brutalisierung und Mobilisierung des Subjekts aufgegriffen und gegen die gesellschaftlich Marginalisierten gewendet.“²⁸

Anzumerken bleibt, dass rechtsextremes Gedankengut die politische Kultur der meisten europäischen Länder prägte und dabei in den gesellschaftlichen Mainstream einsickerte. Im Kontext der europäischen Abschottungspolitik gegen Immigration oder, als exemplarisches Beispiel, Thilo Sarrazins (SPD) Äußerungen 2009 gegenüber Lettre International ist Thomas Grevens Einschätzung zur „Zukunftsfähigkeit“ des rechtsextremen Gesellschaftsangebots zuzustimmen:

„In dem Maße, in dem auch vom politischen Mainstream akzeptiert oder gar betrieben wird, dass nationale Identitäten gegen die Zukunftsangst der Menschen im globalisierungsbedingten Strukturwandel helfen und der Nationalismus ‚nationaler Wettbewerbsstaaten‘ soziale Brüche übertünchen soll, gewinnt diese Perspektive

²⁴ Vgl. Greven, 2006, S. 24f.

²⁵ Vgl. Grumke, 2006, S. 131. Nach Grumke sind Rechtsextreme daher auch nicht Globalisierungskritiker, sondern Anti-Globalisten.

²⁶ Greven, 2006, S. 16

²⁷ Butterwegge, Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, 2006, S. 16

²⁸ Kaindl, Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgsrezepte für die extreme Rechte?, 2006, S. 73

[einer völkischen Re-Nationalisierung] gegenüber einer beispielsweise sozialdemokratischen Gerechtigkeitsvision an Gewicht.“²⁹

4. Strategien gegen Rechtsextremismus

Der soziale Wandel innerhalb der europäischen Gesellschaften verunsichert die Menschen. Die neuen Anforderungen der Arbeitswelt, soziale Unsicherheiten und Wirtschaftskrise überfordern viele Menschen und lassen die Sündenbock-Theorien der Rechtsextremen und die Lösung einer völkisch definierten Solidarität attraktiv erscheinen. Die Rechten stellen sich als das Sprachrohr der schweigenden Mehrheit dar und als eine Reaktion auf die angebliche „politische Korrektheit“ der herrschenden politischen Eliten. Doch auch wenn zumeist die Wahlerfolge der rechtsextremen und -populistischen Parteien wieder nachlassen und es sich allgemein um eine wenig strukturierte Bewegung handelt, hinterlässt die extreme Rechte unauslöschbare Spuren im politischen Leben sowie der politischen Ausrichtung der anderen Parteien. Teils durch Nachahmung, teils durch Überbietung des rechtsextremen Programms versuchen die „Parteien der Mitte“ die verloren geglaubten WählerInnen zurückzuholen.

Die Erfolge der Rechtsextremen sind, neben anderen Gründen, sicherlich als eine Form des Protests gegen die Anpassung sowohl der traditionell konservativen wie der linken Parteien an die Anforderung des Neoliberalismus zu deuten.³⁰ Politische Strategien gegen Rechtsextremismus und -populismus können sich daher nicht nur auf eine moralische Entrüstung stützen, sondern müssen sich den sozialen und ökonomischen Herausforderungen des Wandels stellen und darauf Antworten formulieren.³¹ Thomas Greven ist in seiner Forderung zuzustimmen: „Es ist daher an der Zeit, die neoliberale Globalisierung nicht weiter schlicht zur Legitimation von angeblich alternativlosen „Reformmaßnahmen“ zu Lasten der ohnehin schon durch die Globalisierung negativ Betroffenen zu nutzen (Stichwort „Sachzwang Weltmarkt“), sondern diese sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten.“³² Dieser Auftrag der politischen Parteien, die Gestaltung der Gesellschaft in den größeren Rahmen des sozialen Wandels zu stellen, ohne Teile der Gesellschaft im Transformationsprozess der Globalisierung zu verlieren, ist und bleibt eine Daueraufgabe.

Neben dieser politischen Gesamtaufgabe muss der konkrete Kampf gegen Rechtsextremismus mit einer langfristigen und auf Kontinuität angelegten Perspektive geführt werden. Die klassischen repressiven Maßnahmen laufen bei einer extremen Rechten, die sich weitgehend an den demokratischen Raum angepasst hat und deren Rhetorik weicher geworden ist, ins Leere. Auch die bloße Fokussierung auf politische Parteien wird der heterogenen rechtsextremen Erscheinungsformen nicht gerecht. Vor allem subkulturelle Milieus und Bewegungen sind für junge Menschen attraktiv. Insgesamt ist eine für den gesamten europäischen Raum gültige Strategie gegen Rechtsextremismus nicht benennbar. Es können nur allgemeine Erfordernisse für eine erfolgreiche Arbeit abgesteckt werden, die konkrete Strategie hängt vom

²⁹ Greven, 2006, S. 27

³⁰ Vgl. Camus, 2006, S. 40 und 45f.

³¹ Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 531

³² Greven, 2006, S. 27

spezifischen politischen, historischen und sozialen Kontext ab.³³ Diese allgemeinen Erfordernisse umfassen u. a. eine sachliche Problemanalyse, Austausch und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren, konsequente Verurteilung von Diskriminierung, Präventions- und Deradikalisierungsarbeit, Betonung der liberalen Demokratie und ihrer Werte, der Ausbau einer institutionellen Gegenöffentlichkeit und Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure.³⁴ Es bedarf der möglichst breiten Vermittlung von politischer Bildung, des Aufzeigens, was sich hinter den rechtsextremen Ideen verbirgt und einer Bewusstwerdung der eigenen Werte wie Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit. Daneben ist auch die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rechtsextremismus maßgeblich. Statt Protest und bürgerschaftliches Engagement zu kriminalisieren oder – vor allem aktuell auf der deutschen Regierungsagenda – gar allgemein durch eine (versteckte) Extremismustheorie aktiv zu behindern, ist eine differenzierte Betrachtung nötig. Bürgererschaftliches und antifaschistisches Engagement leistet einen unverzichtbaren Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus, trägt nachhaltig dazu bei, Rechtsextremismus vor Ort zurückzudrängen und eine offene und pluralistische Gesellschaft aufzubauen. Auch in den eigenen Reihen von Justiz, Polizei und Politik muss immer wieder Rechtsextremismus und (strukturellem) Rassismus entgegengewirkt werden. Wünschenswert ist eine deutliche Positionierung der Politik gegen rechtsextreme Bestrebungen und der Schulterschluss mit zivilgesellschaftlichem Engagement. Dieses aktive Eintreten für eine offene und pluralistische Gesellschaft ist niemals „peinlich und unwürdig“.³⁵

Nur im aktiven Dialog und in Kooperation auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene kann ein weiteres Erstarken der Rechtsextremen in Europa verhindert werden.

³³ Vgl. Kösemen, *Strategies against the Radical Right*, 2009, S. 548ff. und Schellenberg, 2009b, S. 5ff.

³⁴ Vgl. Schellenberg, 2009b, S. 15

³⁵ Dr. Günter Krings (CDU) zur Sitzblockade von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten zum 01. Mai 2010 in Berlin

Literatur:

Bertelsmann Stiftung (ed.) (2009): *Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe*. Gütersloh.

Heinrich Böll Stiftung Sachsen (Weiterdenken) (2010): *Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen*. Schriften zur Demokratie. Dresden.

Breuer, Jens (2009): *Rechtsruck. Extrem rechte Parteien im Europaparlament*. In: *Der Rechte Rand*, Nr. 119 Juli/August. Hannover.

Butterwegge, Christoph (2006): *Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus*. In: Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hrsg.): *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien*. Berlin.

Bühl, Achim (2010): *Islamophobie und Antisemitismus*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 55. Jahrgang, Heft 3/2010. Berlin.

Camus, Jean-Yves (2006): *Die europäische extreme Rechte: ein populistisches und ultraliberales Projekt*. In: Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hrsg.): *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien*. Berlin.

Doward, Jamie (2009): *BNP set to join European parliament far-right group*. In: *The Observer* vom 01.11.2009 (siehe: <http://www.guardian.co.uk/politics/2009/nov/01/bnp-alliance-european-parliament-funding>)

Greven, Thomas (2006): *Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaerr Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance*. In: Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.): *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*. Wiesbaden.

Grumke, Thomas (2006): *Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten*. In: Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.): *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*. Wiesbaden.

Hübner, Carsten (2009): *Europas Rechtspopulisten auf dem Vormarsch*. (siehe <http://www.bpb.de/themen/NWJKT3.html>)

Kaindl, Christina (2006): *Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgsrezepte für die extreme Rechte?* In: Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hrsg.): *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien*. Berlin.

Kösemen, Orkan (2009): *Strategies against the Radical Right in Europe*. In: Bertelsmann Stiftung (ed.): *Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe*. Gütersloh.

Krings, Günter (2010): *Gewalt am 01. Mai bleibt besorgniserregend*. Pressemitteilung der CDU/CSU Fraktion im Bundestag (siehe http://www.cducsu.de/Titel_gewalt_am_1_mai_bleibt_besorgniserregend/TabID_6/SubTabID_7/InhaltTypID_1/InhaltID_15541/Inhalte.aspx)

Meade, Geoff (2009): Griffin announces alliance of EU nationalist parties. The Independent vom 12.11.2009 (siehe <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/griffin-announces-alliance-of-eu-nationalist-parties-1819266.html>)

Rigault, Raoul (2010): Frankreich: Der Rechtsextremist Le Pen tritt ab. Junge Welt vom 15.04.2010 (siehe <http://www.jungewelt.de/2010/04-15/015.php>)

Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden.

Schellenberg, Britta (2009a): Dispersion and Differentiation: The Structures and Trends of the Radical Right in Europe. In: Bertelsmann Stiftung (ed.) (2009): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh.

Schellenberg, Britta (2009b): Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa. Forschungsgruppe Zukunftsfragen Ausgabe 2 – August 2009 – CAP Analyse (siehe http://www.cap.lmu.de/download/2009/CAP-Analyse-2009_02.pdf)

Zeisser, Jan (2010): »Islamkritik« und rassistische Anfeindung von MuslimInnen. In: Der Rechte Rand, Nr. 123, März/April 2010 (siehe <http://www.der-rechte-rand.de/?p=247>)

Biographische Daten Tobias Peter:

Tobias Peter M.A. 2003-2009 Studium der Politik und Ethnologie in Heidelberg und Göttingen. Thematische Schwerpunkte: Migration, Rechtsextremismus und soziale Bewegungen.

Themenblock 2: Bundesprogramme auf dem Prüfstand

Was hat sich bewährt für die Anti-Nazi-Arbeit?

Dr. Stephan Bundschuh

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit (IDA) e. V.

Der vorliegende Text widmet sich in Stichpunkten der Beantwortung der Frage, was die bisherigen Bundesaktionsprogramme gegen Rechtsextremismus geleistet haben bzw. was sie leisten können.

Allgemein wird davon ausgegangen, „dass Rechtsextremismus ein modernen Gesellschaften inhärentes Problem darstellt, das wechselnde Konjunkturen hat, aber nicht beseitigt werden kann. Allenfalls lässt sich sein Ausmaß begrenzen: Gefährdete können dem Einfluss der politischen Organisationen entzogen, die Ressourcen politischer Gegenkräfte gestärkt werden; es lässt sich verhindern, dass rechtsextreme Thematisierungen gesellschaftlicher Problemlagen Meinungsführerschaft erhalten.“ (Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007, 339) Wenn es sich beim Rechtsextremismus also nicht einfach um irreführende vereinzelt Individuen, sondern um ein strukturelles Problem unserer Gesellschaft handelt, kann sich seine gesellschaftlich umfassende Bekämpfung selbstverständlich nicht in einigen Programmen erschöpfen.

Es lassen sich mit Roland Roth drei Ebenen der Intervention bezüglich Rechtsextremismus unterscheiden:

- „Kontexte. Auf einer primären Ebene geht es um die politische Beeinflussung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur Ausbreitung oder Eindämmung von Rechtsextremismus beitragen.“ (Roth 2010, 3) Dazu zählen z. B. Fragen der Bildungsgerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit, aber auch grundsätzliche Sozialisationsformen, die zur Ausbildung autoritärer oder emanzipatorischer Charakterstrukturen beitragen.
- „Gelegenheitsstrukturen. Auf der sekundären Ebene geht es um die Auseinandersetzung mit Einstellungen und Handlungsformen, die in besonderer Weise zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Rechtsextremismus und als begünstigende Gelegenheitsstrukturen zu seiner Ausbreitung beitragen.“ (Roth 2010, 3) Dazu gehören z. B. die politischen Diskussionen über die Asylrechtsänderung, das Zuwanderungsgesetz oder die Einführung einer Green Card, die jeweils von rassistischen Äußerungen und Taten massiv begleitet wurden.
- „Direkte Auseinandersetzung. Auf tertiärer Ebene geht es um die unmittelbare Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien, Erlebniswelten und Handlungsstrategien durch zielgerichtete Programme und veränderte Routinen und Regelangebote.“ (Roth 2010, 3) Hier setzen die Bundesprogramme wie „VIELFALT TUT GUT“ oder „kompetent.für Demokratie“ vor allem an.

Sowohl die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie Bildung und soziale Stabilität als auch die Beeinflussung von Handlungsformen und Einstellungen z.B. durch eine geschlossene Positionierung anerkannter politischer Kräfte gegen Rechts oder die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch Gesetze wie das Antidiskriminierungsgesetz haben nachhaltigere Wirkung als die finanziell doch sehr bescheiden ausgestatteten Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Zugleich entziehen sich die genannten grundsätzlichen Bereiche aber auch weitgehend der Einflussnahme durch die Programme. Die Programme aber sind notwendig, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus als Thema zu fokussieren, zu pointieren, symbolisch hervorzuheben und in spezifischen Bereichen wie beispielsweise der Bildung konzeptionelle Weiterentwicklungen anzuregen.

Die allgemeine Leistung der Programme

Die Bundesaktionsprogramme haben erheblichen Anteil an der Entwicklung des politischen Diskurses zum Thema Rechtsextremismus und sind deshalb in ihrer **symbolischen Wirkung** im Bereich der Gelegenheitsstrukturen anzusiedeln. Die Selbstverständlichkeit, mit der heute Rechtsextremismus und Rassismus als Problem thematisiert werden, hat u. a. mit der langjährigen Diskussion über die Programme und ihre Projekte zu tun. Diese Programme, die sich ja keineswegs alleine gegen Rechtsextremismus, sondern in gleicher Weise gegen Rassismus und Diskriminierung wenden und positiv formuliert für Respekt, Diversity und Demokratiepädagogik eintreten, entfalten ihre besondere Bedeutung aber nur, wenn sie in ihrer Zielbestimmung nicht auf Extremismus oder Gewalt allgemein erweitert werden. Eine wichtige politische und gemeinwesenorientierte soziale Bedeutung der Programme liegt in der Spezifität und Genauigkeit ihrer Zielbestimmung. Damit setzen sie ein öffentliches Zeichen gegen den Rechtsextremismus als eine grundsätzlich jedes Verständnis entbehrende, spezifisch gewaltförmige politische Ideologie. Ein klares politisches Bekenntnis der demokratischen Parteien zu den Programmen und ihrer deutlichen Orientierung gegen Rechts hilft gegen Nazis, da es diesen zeigt, dass sie öffentlich nicht akzeptiert werden.

Zu Recht wurde bei den Bundesprogrammen bei ihrer Neuauflage 2007 darauf geachtet, dass sie stärker mit den Ländern abgestimmt wurden. Und dies aus zwei Gründen: aufgrund der finanziellen Kofinanzierung und der politischen Stützung der Projekte. So sind die Lokalen Aktionspläne in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern und mit der Mitwirkung der Länder bei ihrer Auswahl entstanden. Diese **Koordination zwischen Bund und Ländern** ist mit Sicherheit eine wichtige Errungenschaft der Programme, wenngleich sie mit dem Zurückdrängen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus der Programmkonzeption und -durchführung erkauft wurde. Da aber der Kampf gegen Rechtsextremismus bei uns sich vor allem im zivilgesellschaftlichen Bereich abspielt, muss die Zivilgesellschaft künftig wieder in besonderer Weise in die Programme mit einbezogen werden, indem die in diesem Feld Aktiven in die Programme als Durchführende wie Programmbegleitende und Programmkonzipierende verstärkt eingebunden werden.

Die Bundesprogramme haben auch erheblichen Anteil an der **Professionalisierung** der Arbeit in diesem Bereich. In den letzten zehn Jahren sind durch die Projekte viele Mitarbeitende geschleust worden, die sich ein reiches Wissen und umfangreiche Fähigkeiten der praktischen Umsetzung erworben haben. Anstelle der gegen Rechtsextremismus engagierten Zeitgenossen, die vor 15 Jahren ihr Hobby eventuell zum Beruf machen konnten, sind nun akademisch ausgebildete und im praktischen

Feld erfahrene Professionelle getreten, die ehrenamtliches Engagement gezielt unterstützen. Bedauerlich an dieser Entwicklung aber ist, dass die meisten professionellen AkteurInnen keine verlässliche berufliche Perspektive besitzen.

Eine besondere Errungenschaft der Programme scheinen mir auch die – wenngleich in ihrer Qualität sehr unterschiedlichen und oft von der Spannung zwischen politischem Nutzen und wissenschaftlicher Redlichkeit gekennzeichneten – umfangreichen und kontinuierlichen **Evaluationsmaßnahmen** der wissenschaftlichen Begleitungen sowie die Qualifizierungsangebote und Coaching-Prozesse zu sein, die von den Service-Stellen umgesetzt werden. Dieser Standard der Auswertung und Begleitung darf in künftigen Programmen nicht verloren gehen.

Die besonderen Leistungen der Programme

Die Programme selbst treten dem Rechtsextremismus auf drei Ebenen entgegen: dem Rechtsextremismus als Herrschaftsform, Gesellschaftsform und Lebensform.

	Demokratie als...	Rechtsextremismus als...
Herrschaftsform (1)	Menschenrechte/Rechtsstaat, Wahlen/Volkssouveränität, Parlamentarismus/Parteienwettbewerb, Gewaltenteilung, Soziale Sicherung	Diktatur, d.h.: Recht unterliegt dem politischen Interesse, Führerstruktur, Ein-Parteien-System
Gesellschaftsform (2)	Pluralismus, Soziale Differenzierung, Friedliche Konfliktregulierung, Konkurrenz/Marktwirtschaft, Offenheit/Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft	Faschismus, d.h. kriegerische Konfliktregelung, staatsmonopolistische Marktwirtschaft, Volksgemeinschaft, d.h. staatliche Regulierung aller Lebensbereiche der Bürger, Zivilgesellschaft kolonisiert von Partei- und Staatsinteressen, d.h. Bevölkerung unterstützt repressive Maßnahmen. Ein autoritäres Gesellschaftssystem, das von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird.
Lebensform (3)	Zivilität/Fairness, Toleranz, Vielfalt der Lebensstile (pursuit of happiness), Chancenvielfalt, Solidarität, Selbstorganisation	Nationale Identitätspolitik, Ausgrenzung, Chauvinismus, Autoritarismus, Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, kombiniert mit Gewaltakzeptanz

(Modifizierte Fassung des Schaubilds von Bundschuh/Khan/Müller 2010, trotz Kritik des Verfassers an Himmelmanns Kurzschluss von Demokratie und Marktwirtschaft erfolgt die Gliederung des Demokratiebegriffs nach Himmelmann 2006, 79)

Die Bundesaktionsprogramme gegen Rechtsextremismus setzen auf allen drei Ebenen in unterschiedlicher Weise an:

1.) Herrschaftsform

Hier liegt die Aufgabe der Programme in der **Delegitimierung der Vorstellung einer Diktatur** als wünschenswerter Staatsform. Das ist in besonderer Weise die Arbeit der politischen Bildung. Im Rahmen der Bundesprogramme gibt es insbesondere im Bereich der historisch-politischen Bildung Versuche, neue Wege insbesondere durch die Vermittlung aktueller Bezüge und methodischer Alternativen (lebendige Bibliothek, Planspiele etc.) zu beschreiten. Damit wird darauf reagiert, dass die bisherige Pädagogik zur Vermittlung von Nationalsozialismus und Holocaust offensichtlich viele Menschen nicht erreicht hat oder nicht mehr erreicht. In diesem Bereich haben die Programme durchaus mit innovativen demokratiepädagogischen Maßnahmen und Ansätzen einer Revision und Erneuerung historisch-politischer Bildung neue Wege eröffnet.

2.) Gesellschaftsform

In diesem Bereich sind aus den Programmen insbesondere die Lokalen Aktionspläne aus dem Vielfalt-Programm und die Beratungsstrukturen aus dem kompetent-Programm zu nennen.

Lokale Aktionspläne reagieren auf die Feststellung, dass Arbeit gegen Rechtsextremismus nicht in einem isolierten Projekt, sondern nur in einem kommunalen Netz erfolgreich umsetzbar ist. Sie nehmen Erkenntnisse auf, dass breit aufgestellte lokale Netzwerke am effektivsten rechte Strukturen vor Ort eindämmen können. Sie sind dort erfolgreich, wo sie als ernste Aktionseinheiten entwickelt werden und nicht einfach in verdeckter Form die gewöhnliche Jugendarbeit fortführen.

Die **Mobilen Beratungsteams**, die anfangs über das Programm CIVITAS in den neuen Bundesländern eingerichtet wurden, sind ein Erfolgsmodell geworden, das mit dem Programm „kompetent.für Demokratie“ mehr oder minder erfolgreich in die westlichen Bundesländern importiert wurde. Die Mobilen Beratungsteams sind aus unterschiedlichen Gründen ein voller Erfolg: Es hat sich dort personell ein äußerst qualifiziertes Personal herausgebildet, das in der Lage ist, tatsächlich mit den unterschiedlichsten Gesprächspartnern – von Bürgerinitiativen bis zu BürgermeisterInnen und WirtschaftsvertreterInnen sachlich und angemessen über Probleme vor Ort zu sprechen. Auch hat sich das Modell der gezielten Intervention auf Anfrage bewährt, wenngleich hier eine formale Vorgabe über den Zeitraum der Intervention kontraproduktiv erscheint.

Mit der **Opferberatung** wurde der „Paradigmenwechsel durch CIVITAS am konsequentesten beschritten. Erstmals wurde ein flächendeckendes Beratungsangebot für Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt eingerichtet und marginalisierten Opfern somit ein niedrigschwelliges Beratungsangebot zur Verfügung gestellt.“ (Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007, 330f.) In diesem Bereich gibt es in den westlichen Bundesländern dringenden Nachholbedarf.

3.) Lebensform

Hier greifen insbesondere die Modellprojekte wie Trainings- und Sensibilisierungsprogramme aus dem Vielfalt-Programm ein. Ich möchte exemplarisch das Themencenter **Pädagogik gegen Antisemitismus** herausstellen, da sich mir dort ein besonderer Fortschritt abzeichnen scheint. Neben der Holocaust-Erziehung und Seminaren der politischen Bildung zur Geschichte des Antisemitismus gab es vor den Bundesprogrammen kaum relevantes pädagogisches Material zur Bearbeitung von aktuellem Antisemitismus. Hier haben die Programme sowohl im Rahmen von spezifischer Projektförderung als auch von Publikationen Erstaunliches geleistet.

Dies ist darüber hinaus am Beispiel des **Fachmaterials** aus den Bundesprogrammen, das in der von IDA betriebenen Vielfalt-Mediathek (www.vielfalt-mediathek.de) gesammelt wird, zu studieren. In dieser Mediathek stehen mittlerweile knapp eintausend Informations- und Lehrmedien, die im Rahmen der Bundesprogramme gegen Rechts entstanden sind, zur bundesweiten Ausleihe zur Verfügung. Im Verlaufe der Jahre sind viele fachlich hochwertige Publikationen entstanden. Insbesondere konkret beratende Publikationen zum Versammlungsrecht und zu Vereinssatzungen sowie hervorragende fachliche Trainingshandbücher für spezifische Zielgruppen wie Grundschulen oder Kindergärten zeugen von einer hohen Qualität der Projektarbeit.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Programme gegen Rechts wichtige Impulse in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gegeben haben und weiter geben, wenngleich deutlich ist, dass sie nur einen kleinen Ausschnitt im Kampf gegen den Rechtsextremismus darstellen. Außerdem können die Impulse aus den Programmen nur in einem intakten Umfeld funktionierender sozialraumorientierter öffentlicher Strukturen wirksam und nachhaltig aufgegriffen werden. Diese funktionierenden Strukturen müssen erhalten oder – wo nicht vorhanden – aufgebaut werden und sind nicht durch zeitlich befristete Projekte ersetzbar.

Literatur

Bundschuh, Stephan / Khan, Elizaveta / Müller, Christine (2010): Rechtsextremismus im ländlichen Raum im Fokus der Analyse einer Seminarreihe für die Jugend(sozial)arbeit, in: deutsche Jugend 6/2010 (erscheint im Juni)

Himmelmann, Gerhard (2006): Leitbild Demokratieerziehung. Vorläufer, Begleitstudien und internationale Ansätze zum Demokratie-Lernen, Schwalbach/Ts. 2006

Lynen von Berg, Heinz / Palloks, Kerstin / Steil, Armin (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim/München

Roth, Roland (2010): Bundespolitische Rahmenbedingungen für erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus, Vortrag für das Fachgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung „Quo vadis Rechtsextremismusbekämpfung?“ am 25.02.2010, http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/03/nl7_roth.pdf (Abruf am 15.07.2010)

Biographische Daten Dr. Stephan Bundschuh:

Dr. Stephan Bundschuh ist Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit (IDÄ) und Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Düsseldorf.

Was behindert die Anti-Nazi-Arbeit?

Grit Hanneforth Kulturbüro Sachsen e. V.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. ist seit zehn Jahren der Träger Mobiler Beratungsarbeit in Sachsen. Auf diesem Erfahrungshintergrund habe ich mich mit der Fragestellung „Was behindert die Anti- Nazi Arbeit?“ auseinandergesetzt. Ein einfacher Blick auf die Programme, die der Bund seit knapp zehn Jahren zur Arbeit gegen Rechtsextremismus mit unterschiedlichen Zielstellungen auflegt, reicht aus meiner Sicht nicht, um diese Frage zu beantworten.

Vielmehr scheint mir, dass die Frage lauten sollte: „ Was erleichtert Rechtsextremen die Ausbreitung in unserer Gesellschaft?“. Sind Verhinderungsfaktoren der Arbeit gegen Rechtsextremismus deckungsgleich mit Rahmenbedingungen, die Rechtsextremen die Ausbreitung in unserer Gesellschaft erleichtern?

Stellt man die Frage so herum, dann richtet sich der Fokus auf die Verfasstheit unserer Demokratie und ihrer Institutionen.

Insofern sehe ich zwei Hinderungsfaktoren für eine gelingende Arbeit zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus: die gesellschaftlichen Debatten und die Qualität, in der sie geführt werden; den programmatischen Rahmen für zivilgesellschaftliche Arbeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Das Folgende ist ein Auszug aus dem Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Was ist uns die Demokratie wert?“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 10. Mai. Ich beziehe mich an dieser Stelle nur auf den programmatischen Rahmen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus – konkret auf das Bundesprogramm *kompetent. für Demokratie*.

Was behindert die Anti-Nazi Arbeit?

Programmatischer Rahmen – das Bundesprogramm „Kompetent. für Demokratie“

Kritikpunkte:

- **Ausrichtung des Programm auf staatliche Steuerung**

Den wohl weitreichendsten Einschnitt markiert bei der Neuausrichtung des Programms *kompetent. für Demokratie* als Nachfolger von CIVITAS und ENTIMON die Verlagerung der inhaltlichen Steuerung von der Zivilgesellschaft auf staatliches Handeln. Während die Programme CIVITAS und ENTIMON direkt von zivilgesellschaftlichen Trägern umgesetzt wurden (unter der Programmsteuerung des BMFSFJ), wurde das Programm *kompetent. für Demokratie* in die Hände der Länder gelegt.

Das war aus Sicht des Bundes in zweierlei Hinsicht konsequent:

Zum einen sollten die Länder an der Finanzierung beteiligt werden und bekamen damit Einfluss, zum anderen wurde damit die Lobbyarbeit der Projekte gegenüber

dem Bund (MBTs – Mobile Beratungsteams und OBTs – Opferberatungsteams) verteilt und damit geschwächt.

Auf der Ebene der Projekte erweist sich diese für den Bund positive Umstellung in der Steuerung als hinderlich für die Arbeit. Mit der Etablierung von Beratungsnetzwerken – deren zentrale Elemente die MBTs und OBTs (zumindest in Ostdeutschland) sind – auf Landesebene, wurde vom Bund Netzwerkarbeit im Top-Down-Modus vorgeschrieben. In den seltensten Fällen sind diese Netzwerkgründungen agil und sachorientiert. Sie beziehen sich meist nicht auf ein ausgehandeltes Thema oder einen Bedarf, sondern sind Struktur um der Struktur Willen.

Die neuen Rahmenbedingungen waren für die MBTs und OBTs mit einem hohen Aufwand an inhaltlicher Anpassung verbunden. In Sachsen arbeiteten die Regionalstellen der MBTs und OBTs als dezentrale Erstkontaktstellen im neuen Programm. Das war sinnvoll, da Problemanzeigen dort eingehen. Fallmeldungen beim Landeskoordinator, die nicht bereits schon vorher bei den MBTs oder OBTs eingegangen waren, gab es nicht. Das Beratungsnetzwerk auf Landesebene, wo staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Träger zusammenarbeiten, wurde erst 2009 unter dem Dach des Landespräventionsrates etabliert.

- **Ausrichtung des Programms kompetent für Demokratie auf „Krise, kurzfristig, zeitlich begrenzt“**

Die neue Rahmung der Arbeit als kurzfristiges, zeitlich begrenztes Kriseninterventionsteam war hinderlich, da nicht kompatibel mit den vorgefundenen Problemlagen. Die Vorstellungen des Bundes, mit ad hoc zusammengestellten Teams Krisen vor Ort bearbeitet zu können, wurde recht schnell aufgegeben, da man damit der – zumindest in den ostdeutschen Bundesländern – mit professionell arbeitenden MBTs und OBTs bereits bestehenden, professionellen Beratungsstruktur nicht gerecht wurde. In den alten Bundesländern, die nicht über diese Beratungsstruktur verfügten, wurden verschiedene Modelle – mal näher und mal weniger nah an den Vorstellungen des Bundes – erprobt. Unter den Rahmenbedingungen von *kompetent. für Demokratie* konnte der Professionalitätsvorsprung der Ostländer nicht aufgeholt werden, sodass sich dort andere Beratungssettings entwickelten.

Weder können kurzfristig zusammengestellte Teams dauerhafte Krisensituationen (wie Mügeln, Limbach, Mittweida, etc.) lösen, noch sind nicht aufeinander eingespielte Teams und BeraterInnen, die lokal nicht anerkannt sind, da unbekannt, erste AnsprechpartnerInnen für Kommunen mit Problemen bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Oft erschien das neue Programm eher von dem Glauben inspiriert, mediale Krisen bewältigen zu helfen, als langfristige Lösungsansätze hervorzubringen.

- **Landemitfinanzierung (Pro und Contra)**

Das Programm *kompetent. für Demokratie* setzte auf die Mitfinanzierung der Länder und war auf Bundesebene degressiv angelegt. Der Vorteil ist, dass dadurch das Bewusstsein der Länder für diese Aufgabe gestärkt wurde und politische Aussagen zum Stellenwert der Arbeit in den Ländern auch über die Mitfinanzierung getroffen werden mussten. Der Nachteil dabei ist, dass die Antragsteller gezwungen wurden, sich selbst um ihr Geld zu kümmern. Damit ist der Träger, der die Leistung vor Ort

anbietet, im permanenten Rechtfertigungszwang für seine Arbeit und als Antragsteller in einer vergleichsweise schwachen Verhandlungsposition mit dem Land.

Der vom Bund angestrebten Einbeziehung der Länder in das Programm *kompetent. für Demokratie* mangelte es an Vermittlung auf der staatlichen Ebene. Soweit bekannt, hat der Bund punktuell über sein Ziel, die Programme in den Ländern zu verankern, berichtet, hat es aber versäumt, bei den Ländern um eine Beteiligung zu werben, die von diesen ernst genommen wurde und mit finanzieller Absicherung verbunden war.

- **Modellcharakter**

Hinlänglich bekannt ist, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ein dauerhaftes Thema in der bundesdeutschen Gesellschaft ist. Die Strukturen, die dafür vorgehalten werden, sind es nicht. Nach CIVITAS und ENTIMON und deren zweijähriger Verlängerung ist mit dem Programm *kompetent. für Demokratie* wieder ein Modellprojekt aufgelegt worden.

Die immer wieder zitierte Bundeshaushaltsordnung wird hier als Begründung für die Wahl des Modellcharakters zitiert. Der Bund darf mit Bezug auf den Föderalismus nur modellhaft in die Länder und Kommunen fördern.

Wenn die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als kurzfristig zu lösendes Problem auf politischer Ebene angesehen wird, dann kann es nur mit Modellprojekten bearbeitet werden. Insofern stimmt die Begründung.

Die weit spannendere Frage ist: Welche Möglichkeit gibt es darüber hinaus, von der modellhaften Förderung zu einer Verstetigung zu kommen?

Eine Möglichkeit wäre „Demokratieentwicklung“ als Gemeinschaftsaufgabe des Bundes festzuschreiben und ähnlich wie beim Denkmalschutz oder beim Programm „Soziale Stadt“ Bund-Länder-Vereinbarungen zu treffen. Damit wäre eine längerfristige und vor allem klar definierte Förderung zwischen Bund und Ländern für längere Zeiträume verabredet.

Das Bedarf einer politischen Entscheidung: Ist Demokratieentwicklung ein Thema, das Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen angeht? Wird das bejaht, ist die haushalterische Abwicklung nachrangig und eröffnet neue Förderszenarien.

- **Keine Lageanalysen auf Bundesebene (nur BfV und Kriminalitätsstatistik);**

Weiterhin hinderlich für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Deutschland ist, dass es keine qualifizierten Situationsbeschreibungen zur Situation des Rechtsextremismus gibt. Natürlich kann man den Berichten der Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern und der Kriminalitätsstatistik zur politisch motivierten Kriminalität einiges entnehmen, eine qualitative Situationsbeschreibung in den Ländern ergibt sich daraus aber nicht.

Ohne eine qualitative Beschreibung der Problemlagen in den Gemeinden und Kommunen ist zivilgesellschaftliche Arbeit nicht zu vermitteln.

- **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist kein Querschnittsthema in den Politikressorts der Bundesregierung**

Ein wesentlicher Verhinderungsfaktor für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist die fehlende Verankerung des Themas im zuständigen Fachressort und als Querschnitt in der Bundesregierung. Das Programm *kompetent. für Demokratie* liegt im Bundesministerium für Familie, Frauen Senioren und Jugend. Thematisiert wird die zivilgesellschaftliche Arbeit zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als Jugendproblem im Ministerium. In den vergangenen zehn Jahren ist es innerhalb des BMF SFJ nicht gelungen, Fragen und Lösungsansätze zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch innerhalb der anderen Fachressorts des BMF SFJ zu entwickeln – beispielsweise der Frage nachzugehen, vor welchen speziellen Problem Familien stehen bei der Thematisierung von rechtsextremem oder rechtsaffinem Verhalten ihrer Kinder, wo Familien Unterstützung brauchen und wie sich Impulse setzen lassen für die Sensibilisierung zu diesem Thema.³⁶ Gleiches gilt für die gezielte Arbeit mit SeniorInnen. Wie Studien belegen, sind vor allen die älteren Träger von rechtsaffinen Stereotypen, die an die jüngere Generation weitergegeben werden.

Auch in anderen Bundesministerien ist die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht hinreichend als Demokratiegefährdung wahrgenommen worden. Das Wirtschaftsministerium z.B. hat sich – obwohl es dazu Untersuchungen gibt – nie mit der Frage des Rechtsextremismus als nachteiliger Standortfaktor in einer globalisierten Wirtschaft beschäftigt.

Das ließe sich auf andere Ressorts beliebig ausdehnen.

- **Begleitende Evaluation wäre wünschenswert**

Und last but not Least ist hinderlich für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, dass die Bundesprogramme seit ihrem Bestehen keine begleitenden Evaluationen haben. Begleitende Evaluationen sind ein wichtiger Bestandteil von Qualitätsentwicklung der Arbeit der Träger. Sämtliche Qualitätsentwicklungen in der Arbeit wurden von den Trägern selbstständig geleistet.

Fazit

Jenseits von Fragen zu künftigen Programmen wäre der Anstoß zu demokratischen und menschenrechtsorientierten Diskursen in unserer Gesellschaft wichtig, die Wertschätzung der zivilgesellschaftlichen Akteure und eine Verstetigung der Förderung jenseits von Modellen. Wir brauchen eine **Demokratieoffensive**, die sich mit der Verfasstheit unserer demokratischen Gesellschaft auseinandersetzt.

³⁶ Es gab vereinzelte Modellprojekte im Rahmen des Kompetent Programms.

Biographische Daten Grit Hanneforth:

Grit Hanneforth, 46, Kulturwissenschaften & Kulturmanagement M.A. Seit 2001 Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V. und Projektleiterin der Mobilen Beratungsteams.

Was tun bei kommunaler Blindheit?

Jörg Wanke

Sprecher der Bürgerinitiative "Zossen zeigt Gesicht"

Die Situation in Zossen um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus ist kompliziert, da sich die Demokratinnen und Demokraten in der Stadt nicht auf einen gemeinsamen Weg einigen können. Durch die permanente Überforderung in dieser Auseinandersetzung versucht man sich vor allem in der Taktik des Wegschauens und des Ignorierens. Man hofft, dass die „braune Welle“ an der Stadt vorübergeht. Diese „kommunale Blindheit“ gegenüber dem Rechtsradikalismus hat verschiedene Ursachen:

1. Immer wieder wurde und wird die Haltung vertreten, dass die offensive und öffentliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus das Image der Stadt oder der Gemeinde beschädige. Es wird suggeriert, dass durch die Offenlegung dieses Problems Investoren verschreckt würden und Touristen wegbleiben. Schnell wird man so als engagierter Bürger gegen Rechtsextremismus als „Nestbeschmutzer“ behandelt, nur weil man auf ein Problem aufmerksam macht.
2. Es gibt zudem eine große Unsicherheit bei der Auseinandersetzung mit dem konkreten Rechtsradikalismus vor Ort. Oft werden seine Ideologieansätze und ihre politische Wirkung nicht erkannt. Insbesondere die vermeintliche Gesellschafts- und Demokratiekritik der Rechten werden in ihrer radikalisierenden Wirkung vor allem unter jungen Leuten unterschätzt.
3. Die politische Mitverantwortung für die Bewältigung des Problems wird abgelehnt. Entweder wird die „große Politik“ auf Bundes- oder Landesebene dafür zuständig erklärt oder aber die Staatsmacht in Form der Staatsschutzes oder des Verfassungsschutzes. In unserer Großgemeinde wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die Verwaltung dem Neutralitätsgebot z.B. gegenüber der NPD als nicht verbotene Partei unterliegt. Die Bürgermeisterin der Stadt vermeidet jede eindeutige Positionierung und verbucht das Auftreten von rechtsextremistischen Positionen vor allem unter jungen Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt als Meinungsfreiheit. Hier hätte die Stadt sich nicht einzumischen.
4. Der Rechtsradikalismus wird regional begrenzt betrachtet. Man hofft, dass der Kelch an einem vorbei geht. So haben wir ein Aufatmen erlebt, als bekannt wurde, dass der Brandstifter des Hauses der Demokratie aus der Nachbargemeinde kam. Gleich wurde wieder der Öffentlichkeit suggeriert, dass die Nazis nicht aus Zossen sind und sie nach Zossen nur kommen, weil die Bürgerinitiative sie mit Aktivitäten provoziert hätte.

In Zossen hatte sich die Bürgerinitiative seit Beginn ihres Wirkens mit dieser Ignoranz auseinanderzusetzen. Am Anfang wurde dabei von uns der Fehler gemacht, uns auf diesen Diskurs zu konzentrieren. Das hat uns Kraft und auch den einen oder anderen potentiellen Verbündeten gekostet.

Mitte des Jahres 2009 – die Bürgerinitiative selber entstand im Januar 2009 – ist es uns dann aber mehr und mehr gelungen, uns von diesem Streit zu lösen und wir haben uns selbstbewusst allein in Verbindung mit den Akteuren, z.B. der SPD, den Linken und anderen, auf den Weg gemacht. Dieses Wachsen von unten, dieses Besinnen auf unsere eigenen Fähigkeiten, ohne ständig die Verantwortung anderer, ins-

besondere der Verwaltung und der Bürgermeisterin einzufordern, ist wohl auch das Geheimnis dieser inzwischen sehr aktiven Bürgerinitiative.

Dabei haben wir die Verantwortung der Verwaltung für die Demokratie nicht aus dem Blick gelassen. Vielmehr ist eine Wechselwirkung entstanden zwischen selbst entwickelten und teilweise umgesetzten Handlungsstrategien und dem permanenten Angebot an die Stadt, dort mitzuwirken oder sich einzubringen. Das ist ein widersprüchlicher Prozess, es gibt aber die ersten Erfolge.

Welchen Ansatz verfolgt unsere Bürgerinitiative dabei konkret?

Am Anfang der Entwicklung stand nur die Idee, eine größere Veranstaltung zu organisieren, um zu sehen, wer sich in der Stadt Zossen zu mehr Aktivitäten bewegen lässt. Beteiligt waren und sind Bürgerinnen und Bürger aus allen Lebensbereichen, unterschiedlichen Alters und Bildung. Das ist die zweite Stärke unserer Bürgerinitiative: die Vielfalt und die daraus resultierenden unterschiedlichen Beiträge in die Entwicklung der politischen Arbeit. Derzeit arbeiten ca. 35 Bürgerinnen und Bürger aktiv mit. Aktiv heißt z.B., dass sich die Bürgerinitiative einmal in der Woche trifft, um sich auszutauschen und die Projekte zu planen.

Nach der Veranstaltung im März 2009, die ein großer Erfolg nicht nur wegen der 600 Besucherinnen und Besucher war, entstand der Wunsch, nicht wieder auseinanderzulaufen, nicht weiter nur in Aktionen verhaftet zu bleiben, sondern sich nachhaltig und strukturell dem Problem Rechtsextremismus zu nähern. Das war der entscheidende Schritt in Richtung einer politisch starken und wirksamen Bürgerinitiative gegen den Rechtsradikalismus. Immer wieder erleben wir zurzeit in Brandenburg, dass sich Bündnisse nur auf Zeit gründen, z.B. vor Aufmärschen der Nazis, die häufig zu festen Terminen stattfinden, aber dann wieder aufgelöst werden. Wir kennen das aus Neuruppin, Königs Wusterhausen und Oranienburg. Diese Aktionen sind sicher erfolgreich in der Außenwirkung, verhindern aber nicht die Weiterentwicklung der rechtsradikalen Strukturen und verhindern offensichtlich nicht die Aufmärsche. Das zeigt das Beispiel Königs Wusterhausen, hier findet in diesem Jahr der fünfte Aufmarsch statt. Irgendwie erinnert das an das Katz- und Maus-Spiel.

Natürlich haben auch wir keine Patentlösungen, sondern wir suchen nach unserem Weg, der zu mehr Erfolg führt. Was ist dabei bisher entstanden?

Das wichtigste Projekt ist das Haus der Demokratie in Zossen. Hier sollen Projekte zur Belebung der politischen, kulturellen und demokratischen Atmosphäre unserer Großgemeinde und darüber hinaus entstehen. Grundgedanke ist dabei, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Wir wollen nichts für andere machen, sondern mit anderen. Projekte sind z.B. Probenräume für Jugendbands, ein offener Jugendraum, ein Café als Treffpunkt, Geschichtswerkstatt, Demokratieschule u. a.

Es gibt für diese konkreten Projekte ein relativ großes Interesse. Über die Projektarbeit hoffen wir, eine noch größere Erdung in der Stadt zu erreichen. Letztlich ist ein solches Haus für die Bürgerinnen und Bürger nur interessant, wenn es einen Nutzen für das Gemeinwohl gibt.

Interessant ist auch, dass der Aufbau des Hauses, der bei uns möglichst aus eigener Kraft erfolgt, einen zentralen Platz einnimmt. Nur wenn sich die Bürgerinnen und Bürger selbst einbringen können, gibt es ein hohes Maß an Identifikation.

Eine zentrale Rolle spielt bei uns die politische Bildung und Aufklärung. Es gibt bei den Bürgerinnen und Bürgern ein großes Informationsbedürfnis, z.B. über die Frage, was denn ein rechtsradikales Weltbild ausmacht, wie sich die Rechtsradikalen organisieren, welche Symbole sie verwenden usw. Über diese Informationen kommt man oft miteinander ins Gespräch. Wir haben hier auch den Eindruck bekommen, dass man den Bürgerinnen und Bürgern hier oft zu wenig zutraut. Man glaubt oft, dass der „normale Bürger“ daran nicht interessiert ist und verpasst dabei die Chance, sie zu aktivieren. Wir haben eine ganze Reihe von politischen Bildungsveranstaltungen durchgeführt und dabei sehr gute Erfahrungen mit der Heinrich-Böll-Stiftung gemacht. Hier gelingt es immer wieder, die Situation bei uns vor Ort auf einem hohen Niveau aufzugreifen. Wir fühlen uns gut aufgehoben. Organisiert werden aber auch andere politische Bildungsveranstaltungen. So fand im Herbst 2009 eine Veranstaltung zu den Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen statt. Wir versuchen, unseren Ansatz, sich mit dem Rechtsradikalismus auseinanderzusetzen zunehmend weiter zu fassen. Es geht uns dabei darum, die Atmosphäre in der Stadt so zu ändern, dass den Rechten der Boden für ihre Aktivitäten entzogen wird. Das geht über politische Bildung, das geht über mehr Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung der Kommune und über die Stärkung der demokratischen Strukturen. Dabei haben wir keine Rezepte, aber eben eine ganze Reihe von Ideen, die wir ausprobieren wollen.

Wir sind Netzwerker. Gerade weil wir bei der Bürgermeisterin und anderen Politikerinnen und Politikern auf Ablehnung gestoßen sind, haben wir zunehmend versucht, innerhalb und außerhalb der Kommune ein Netzwerk aufzubauen, in dem wir Unterstützung finden. Dazu gehört aus unserer Sicht, dass man sich auch selbst aktiv in dieses Netzwerk einbringt. Dazu möchte ich einige Beispiele nennen: Kontakte gesucht und gefunden haben wir in dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Das ist genau unsere Ebene der Bürgerbündnisse, hier finden bereits ein reger Austausch und eine gegenseitige überregionale Unterstützung statt. Das Aktionsbündnis sorgt z.B. dafür, dass Aktionen in den einzelnen Orten auch von außen unterstützt werden.

Wichtig sind uns auch die Kontakte innerhalb des Netzwerkes für Demokratie im Landkreis Teltow-Fläming. Das Netzwerk bündelt die unterschiedlichsten Kompetenzen und Ressourcen im Landkreis im Sinne einer Kontaktbörse. Der Kontakt zur Polizei ist hier genauso möglich wie der Kontakt zum Bürgermeister der Nachbargemeinde. Wichtig ist für uns dabei, dass hier keine Sonntagsreden gehalten werden, sondern dass man sich gemeinsam stark macht für konkrete Vorhaben. So hat sich das Netzwerk gemeinsam mit einem Bürgermeister dafür eingesetzt, dass in seiner flächenmäßig sehr großen Gemeinde ein zusätzlicher Sozialarbeiter eingesetzt wird, um auch Jugendliche auf den Dörfern zu erreichen. Das ist ein echtes Problem, hier gibt es auf dem Land Herausforderungen für die Politik, die noch zu wenig angegangen werden. In den kommenden Wochen wird sich das Netzwerk für Demokratie um den LAP für das Jahr 2011 bemühen. Wir sehen darin eine Chance, dass tatsächlich über drei Jahre hinweg nachhaltig etwas getan werden kann. Natürlich ist uns auch die Vernetzung in der Kommune wichtig. Zu den Parteien funktioniert das gut. Durch eine Veranstaltung mit der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit einigen Sozialarbeitern im Jugendbereich entwickelt sich auch hier etwas. Aber mit einem Bürgernetzwerk, in dem man gemeinsam an nachhaltigen und strukturellen Veränderungen arbeitet, stehen wir noch ganz am Anfang. Der erste Schritt dazu ist der Kennlernprozess: In einer Gemeinde, in die sehr viele Leute zu-

gezogen sind, schlummert ein großes Potential an kreativen Bürgerinnen und Bürgern. Sie auf verschiedenen Wegen zu aktivieren, ist eine spannende Aufgabe.

Immer wieder werden wir von der Politik gefragt, was denn sie dazu beitragen könne, damit sich eine Bürgerinitiative wie die unsere entwickeln kann. Eine schwierige Frage. Einerseits findet diese Unterstützung natürlich statt. Andererseits wissen wir, dass die Demokratie nicht konfliktfrei ist und nicht alle Probleme der Menschen lösen kann. Was aber getan werden könnte, ist aus unserer Sicht Folgendes:

Wir brauchen keine Kampagnen gegen Rechtsradikalismus, sondern mehr Basisarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern. Das könnte sich z.B. in dem Auftreten der Politik vor Ort niederschlagen. Den Bürgerinnen und Bürgern, die sich oft bewusst außerhalb von Parteistrukturen bewegen, muss mehr zugetraut werden.

Die Politik könnte entscheidender zu der Vernetzung der Initiativen beitragen. Sie verfügt über ein landesweites Netzwerk, das den Bürgern vor Ort mehr zur Verfügung gestellt werden könnte.

In Bezug auf junge Leute werden vor allem in den ländlichen Gebieten mehr qualifizierte Sozialarbeiter benötigt. Gerade weil es hier Defizite gibt, „braut“ sich unter den jungen Leuten was zusammen. Ich denke, dass es kein Zufall ist, dass in einer Flächengemeinde wie der Großgemeinde Zossen, sich rechtsradikale Jugendgruppen bilden. Es gibt hier keinerlei Identifikationsmöglichkeiten, wenig Freizeitangebote und eine gewisse Perspektivlosigkeit. Insgesamt sollte die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus kein separates Politikfeld sein, sondern es muss versucht werden, den Zusammenhang zwischen der Stärkung der demokratischen Strukturen durch mehr Bürgerbeteiligung, ein höheres Maß an politischer Bildung und einer lebendigeren Jugendpolitik einerseits und der konsequenten Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus andererseits herzustellen.

Biographische Daten Jörg Wanke:

Geboren am 25.2.1966 in Königs Wusterhausen. Aufgewachsen in Zeuthen, 1988 Abitur an der Erweiterten Oberschule in Königs Wusterhausen. Nach dem Wehrdienst Studium an der Humboldt-Universität im Bereich Rehabilitationswissenschaft. Seit 1990 selbständiger Versicherungskaufmann in Zossen, seit 1995 auch wohnhaft dort. Mitbegründer der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ im Jahre 2009 und seit dem einer ihrer Sprecher.

Gleichmacherei bei den Extremismusformen und ihre Folgen

Miro Jennerjahn MdL
Sächsischer Landtag in Dresden

Gleichmacherei bei den Extremismusformen und ihre Folgen

In aller Regelmäßigkeit treten Diskussionen über die Ausrichtung von Förderprogrammen zur Demokratieförderung und zur Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen auf. Vordergründig könnte man meinen, es gehe dabei nur darum, welche Themenbereiche bearbeitet werden, etwa, ob die bestehenden Förderprogramme von ihrer Fokussierung auf Rechtsextremismus auch etwa auf die Bekämpfung von Linksextremismus und Islamismus ausgedehnt und deshalb als Extremismus-Bekämpfungsprogramme bezeichnet werden sollen.

Es geht aber aus meiner Sicht um deutlich mehr bei dieser Auseinandersetzung. Es geht auch um die Frage des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Ich werde im Folgenden drei Aspekte des Extremismusbegriffs bzw. genauer der Extremismus-Theorie in den Blick nehmen. Ich möchte zu Beginn kurz auf die Logik der Extremismus-Theorie eingehen und anschließend insbesondere noch einmal einen Blick auf das hinter der Extremismus-Theorie stehende Staatsverständnis sowie daraus resultierende tagespolitische Debatten werfen. Sie werden mir nachsehen, dass einige der Beispiele aus Sachsen stammen, das ist immerhin das Bundesland, in dem ich lebe und arbeite. Ich werde anschließend versuchen, einige Antworten auf die Problematik zu formulieren und zu guter letzt habe ich noch einen Nachtrag in eigener Sache.

Logik der Extremismustheorie

Der Extremismus-Theorie liegt ein sehr simples, um nicht zu sagen primitives formales Modell zu Grunde: Es gibt einen demokratischen Staat, und per Ansage eine „demokratische Mitte“, welche durch den übergroßen Teil der Bevölkerung gebildet werde. Und dann gibt es da noch die kleinen „extremistischen“ Ränder von links und rechts, die aber mit der Mehrheitsgesellschaft angeblich nichts zu tun haben.

Eine solche Lesart unterschätzt die Verbreitung gruppenbezogener menschenfeindlicher Einstellungen in der Gesellschaft. Wenn Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie zu Erscheinungsformen eines extremistischen „Randes“, mithin also zur bloßen „Randerscheinung“ erklärt werden, wird die notwendige Problematisierung ihrer Verbreitung in der „Mitte der Gesellschaft“ vernachlässigt. Ein formalistisch-politischer Ansatz, der gesellschaftliche Bedrohungen nur anhand der formalen Abweichung von einer gedachten Verfassungstreue der „Mitte“ zu erfassen sucht, hat der gesellschaftlichen Wirklichkeit von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie nichts entgegensetzen.

Staatsverständnis

Neben dem Umstand, dass ich das Extremismus-Modell für fachlich nicht tragfähig halte, ist der Blick auf die politische Dimension und mithin das hinter diesem Ansatz stehende Staatsverständnis wichtig. Dieses ist durch und durch etatistisch angelegt. Überspitzt formuliert: Weil dem Staat eine demokratische Verfassung zugrunde liegt, ist in dieser Logik auch jedwedes staatliche Handeln gut. Kritik am

Handeln des Staates gerät dann schnell unter den Generalverdacht, extremistisch zu sein, weil die Differenzierung zwischen konkretem staatlichen Handeln, das nicht zwingend demokratisch sein muss, und der zugrunde liegenden Verfassung nicht mehr vorgenommen wird.

Vor diesem Hintergrund interpretiere ich übrigens auch die Entwicklung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Das CIVITAS-Programm setzte vor dem Hintergrund der realen Situation, dass viele Kommunen in Ostdeutschland die Existenz von Rechtsextremismus schlichtweg leugneten und verharmlosten, auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Diese wurde damit vom kommunalen Wohlwollen unabhängig gemacht und damit gegenüber den Kommunen auf Augenhöhe gebracht. Das Nachfolge-Programm „VIELFALT TUT GUT“, verabschiedete sich von diesem Ansatz, überwies die Verteilung der Fördermittel in die Hoheit der Kommunen und machte so die geförderten Projekte abhängig vom kommunalen Wohlwollen. Auch wenn sich die CDU 2005 noch nicht damit durchsetzte, das Vielfalt-Programm auch auf den Themenbereich Linksextremismus auszudehnen, erzielte sie damit einen Teilerfolg. Es war der erste Schritt, um eine selbstbewusst gewordene Zivilgesellschaft wieder den staatlichen Strukturen unterzuordnen.

Derzeit wird dieser Prozess konsequent fortgesetzt. Die Äußerungen von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im Haushaltsausschuss des Bundestages Anfang des Jahres, Initiativen gegen Rechtsextremismus, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, durch Regelanfragen beim Verfassungsschutz überprüfen zu lassen, sind da bezeichnend. Daraus resultiert zweierlei:

Erstens ist die dahinter stehende Logik gefährlich. Wer sich gegen Rechtsextremismus engagiert ist links, höchstwahrscheinlich sogar linksextrem und muss überwacht werden. Damit wird aber ein fundamentales Prinzip von Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt: die Unschuldsvermutung.

Zweitens wird das Verständnis, die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen zur Stärkung der Demokratie als obrigkeitstaatlicher Gnadenakt zu begreifen, deutlich verstärkt.

Tagespolitische Debatten

Das Beispiel Kristina Schröder stellt den Übergang vom Teil „Staatsverständnis“ zum Teil „tagespolitische Debatten“ dar. Es lässt sich in beide Dimensionen einordnen. Die tagespolitischen Debatten folgen meist dem simplen Schwarz-Weiß-Schema der Extremismus-Theorie, das ich eingangs grob skizziert habe. Hier die gute Mehrheitsbevölkerung, dort die gefährlichen Ränder. Phänomene wie Alltagsrassismus, die oftmals in weiten Teilen der Bevölkerung verankert sind, geraten dabei völlig aus dem Blick oder werden schlichtweg geleugnet. Mehr noch, es wird so getan als sei mit dem Begriff Extremismus alles gesagt. Dann werden in einem Atemzug Links- und Rechtsextremismus genannt, meist wird auch noch Islamismus mit eingearbeitet, so als sei alles das gleiche und alle Probleme gleich groß, ohne nach den Ursachen und ideologischen Unterschieden der einzelnen „Extremismen“ zu fragen, deren genaue Betrachtung aber für die Entwicklung tragfähiger Gegenstrategien enorm wichtig wäre.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist der Fall Limbach-Oberfrohna. Die Stadt liegt in der Nähe von Chemnitz und hat rund 25.000 Einwohner. Dort hat sich der

CDU-Landtagsabgeordnete und Stadtrat Jan Hippold jüngst hochgradig lächerlich gemacht. Unter dessen Federführung gründete sich Anfang März ein Bündnis für Demokratie und gegen Extremismus in Limbach-Oberfrohna. Zum Gründungstreffen erschien auch ein NPD-Stadtrat, dem die Teilnahme nicht verwehrt wurde. Einen Ausschluss der NPD lehnte Jan Hippold zunächst mit der Begründung ab, das sei nicht möglich, da die NPD keine verbotene Partei sei. Auf den massiven öffentlichen Druck kündigte er dann an, darüber beim zweiten Treffen befinden zu lassen. Und da wird die Geschichte dann richtig bunt. Auf dem Treffen wird dann nämlich nicht nur der Ausschluss der NPD beschlossen, sondern auch der der LINKEN, weil beide extremistische Parteien seien. Krönung des Ganzen: Einem ehemaligen SPD-Stadtrat wurde die Teilnahme mit der Begründung verwehrt, er habe keine Einladung erhalten.

Die genannte Gleichsetzung von NPD und LINKE verkennt die Realität. Die NPD ist eine Partei, die die Würde aller Menschen in Frage stellt und die Demokratie beseitigen will. Niemand muss die Partei DIE LINKE mögen, genauso wenig wie man je nach politischem Standpunkt CDU, FDP, SPD oder DIE GRÜNEN mögen muss, aber die genannte Gleichsetzung ist schlicht falsch. Die Linke stellt nicht die Gleichwertigkeit der Menschen in Frage.

Eine solche Lesart hat selbstverständlich auch Konsequenzen darauf, wie die Antworten auf das Problem „Extremismus“ ausfallen. Die folgende Aussage aus dem Landtagswahlprogramm der CDU aus dem Jahr 2009 ist da idealtypisch: *„Die Bedrohung Deutschlands und damit auch Sachsens durch den weltweit operierenden islamistischen Terrorismus ist ernst zu nehmen. Deswegen sind die eingeleiteten Maßnahmen, wie die Einrichtung eines Mobilen Einsatzkommandos „Staatsschutz“, fortzuführen.“*

Wir sagen dem Rechts- wie dem Linksextremismus den Kampf an.“

Ich persönlich finde schon allein die Reihenfolge der Nennungen bizarr. Natürlich ist es wichtig auch über das Thema internationaler Terrorismus zu diskutieren und dessen Konsequenzen für Sachsen. Bislang war Islamismus in Sachsen jedoch kein sehr großes Problem, Rechtsextremismus hingegen ist in manchen Regionen durchaus zu einer beinahe alltäglichen Bedrohung geworden.

Ich hatte zum Punkt Staatsverständnis darauf verwiesen, dass ich den Extremismusbegriff für autoritär-obrigkeitsstaatlich aufgeladen halte. Und genauso fallen in der Regel die Antworten aus. Das Zitat aus dem Landtagswahlprogramm hat auch das schon angedeutet. Meist wird mit einem autoritären Reflex geantwortet. Auch da war Sachsen typisch. Als Antwort auf den jährlichen Nazi-Aufmarsch in Dresden wurde versucht, mit einer Einschränkung der Versammlungsfreiheit zu antworten, die im konkreten Fall nicht nur höchstwahrscheinlich verfassungswidrig ist, sondern auch keinen einzigen Nazi-Aufmarsch verhindern wird. Zugunsten reiner Symbolpolitik werden zentrale Freiheitsrechte, die selbstverständlich – und so schwer das in der konkreten Situation zu ertragen ist – auch den Feinden der Demokratie zustehen, beschnitten. Das Bewusstsein dafür, dass man dem nicht juristisch beikommen kann, sondern vor allem indem der Unmut möglichst vieler Menschen gegen das braune Treiben zum Ausdruck gebracht wird, ist unterentwickelt. Die scheinheiligen Angriffe einer Reihe konservativer Politiker auf Wolfgang Thierse wegen seiner Blockade der Nazi-Demo am 1. Mai in Berlin ist da bezeichnend.

Antworten

Nachdem ich nun recht ausführlich versucht habe, die Problematik des Extremismus-Ansatzes heraus zu arbeiten, stellt sich nun natürlich die Frage, was daraus resultiert.

Zuallererst wäre eine Abkehr von der fatalen Logik, das Gegenteil von Rechtsextremismus sei Linksextremismus, notwendig. Rechtsextremes Denken besteht im Kern aus einer Ideologie menschlicher Ungleichwertigkeit, die biologisch begründet wird. Daraus abgeleitet werden die allgemeinen Menschenrechte in Frage gestellt. Der Gegenpart rechtsextremer Ideologie besteht somit in einer Betonung und Stärkung von Menschenrechten und der Stärkung des Gedankens, dass alle Menschen gleich an Rechten sind. Das sind Werte, die konstitutiv für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind. Das Gegenteil von Rechtsextremismus lautet somit nicht Linksextremismus, sondern Demokratie. Wir wären ein großes Stück weiter, wenn Debatten künftig unter dieser Prämisse geführt würden.

Daraus resultiert auch, die Debatte insgesamt in eine andere Richtung zu lenken. Die gegenwärtige Stärke vor allem der extremen Rechten beruht auf einer Schwäche der Demokratie.

Eine ernsthafte Debatte darf also nicht dabei stehen bleiben, politische Ränder zu markieren, sondern sie muss die Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung der Demokratie und deren zentraler Werte stellen, und sie muss tatsächliche oder vermeintliche Demokratiedefizite thematisieren. Das betrifft auf der einen Seite die Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungsmuster, auf der anderen Seite aber auch die Frage, wie weit die Bürgerinnen und Bürger von Seiten des Staates ernst genommen und im politischen Prozess mitgenommen werden.

Nachtrag

Mit der Kritik des Extremismusbegriffs wird oft – naheliegenderweise – die Forderung verbunden, auch auf den Begriff des „Rechtsextremismus“ zu verzichten. Gleichwohl verwenden auch ich alltagssprachlich dieses Wort, ohne im gleichen Atemzug die „Extremisten von links“ nennen zu müssen. „Rechtsextremismus“ fungiert dann als Sammelbegriff für

a) autoritäre, antidemokratische Einstellungen

b) einen völkischen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus

c) weitere menschenfeindliche Einstellungen, die auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruhen, wie Sexismus und Homophobie

d) Antiindividualismus und Ablehnung des gesellschaftlichen und politischen Pluralismus.

Nicht alle, die diesen Einstellungen ganz oder teilweise anhängen, sind Nazis. Der Begriff „Nazismus“ ist als Sammelbegriff also ungeeignet. Der Begriff „Faschismus“ erst recht!

Insofern spiegelt die unbefriedigende Alltagssprachliche Praxis auch den Umstand, dass es auch den KritikerInnen des Extremismusbegriffs bislang noch nicht gelungen ist, einen adäquaten Ersatz zu schaffen.

Biographische Daten Miro Jennerjahn:

1998 – 2005 Studium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Abschluss mit Diplom; Mai 2006 bis August 2009 Tätigkeit als Projektkoordinator beim Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen; daneben Tätigkeit als Referent in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, u. a. Friedrich-Ebert-Stiftung; Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Lehraufträge an der FU Berlin; seit August 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Publikationen:

„Neue Rechte und Heidentum. Zur Funktionalität eines ideologischen Konstrukts“; Frankfurt am Main u. a. 2006;

Kreistagswahlergebnisse der NPD in Sachsen 2004 und 2008: Verfestigung oder Schwächung der Partei?; in: NiP (Nazis in Parlamenten)/Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen/Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): Die NPD im Sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008, Dresden 2008, S. 9 – 19.

Die NPD in Sachsen nach den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009, Dresden Juli 2009

Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus vor Ort – Das Fallbeispiel Wurzen; in: Stephan Braun u. a., Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 549 – 563.

Themenblock 3: Wie weiter mit der Bundesförderung?

Förderung aktuell: Fakten und Zahlen

Sven-Christian Kindler MdB Mitglied im Haushaltsausschuss

Im Bundeshaushalt gibt es verschiedene Fördertöpfe für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Im Haushalt des Familienministeriums (BMFSFJ) werden seit 2007 insgesamt 24 Mio. Euro jährlich bereitgestellt, davon 19 Mio. Euro für das Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und fünf Mio. Euro für das Programm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Weitere sechs Mio. Euro stehen seit diesem Jahr erstmalig im Innenministerium (BMI) für die „Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland“ zur Verfügung. Zudem läuft im Arbeits- und Sozialministerium (BMAS) noch das über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierte Programm „XENOS – Integration und Vielfalt“ und die beiden Sonderprogramme „XENOS – Arbeitsmarktrechtliche Unterstützung für Bleiberechtigte und Flüchtlinge“ sowie „XENOS – Ausstieg zum Einstieg“, für die über den Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt 391 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Nominell steht damit seit einigen Jahren konstant Geld für die Förderung von Projekten im Kampf gegen Nazis, Rassismus und Antisemitismus zur Verfügung, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Die Aufgaben wurden allerdings während der gleichen Zeit ausgeweitet. Beispielsweise wurden auch in den westdeutschen Bundesländern Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen aufgebaut. Dies führt dazu, dass die Förderung in den Ostländern und Berlin seit 2008 wieder sinkt. Zudem endet die erste Förderperiode für die Programme VIELFALT und KOMPETENT am 31.12.2010. Für die zweite Förderperiode sind größere Umstrukturierungen zu erwarten, die sich teilweise auch schon im Haushalt 2010 ankündigen. So will das BMFSFJ bereits 2010 für zwei Modellprojekte gegen Linksextremismus und Islamismus, die sich aktuell allerdings noch in der Planungsphase befinden, zwei Mio. Euro bereitstellen. Diese sollen über Ausgabenreste aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) finanziert werden. Des Weiteren wurden die Gelder, die dieses Jahr erstmalig im BMI zur Verfügung stehen, im laufenden Haushaltsverfahren von der schwarz-gelben Koalition umgewidmet. Ursprünglich sollten sie vollständig für den Kampf gegen Rechtsextremismus verwendet werden, jetzt sollen mit ihnen „jegliche Formen von Extremismus“ abgewehrt werden.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat sich in den Haushaltsverhandlungen entschieden gegen jede Form von Vergleichen oder gar die Gleichsetzung vom so genannten „Linksextremismus“ und Rechtsextremismus gestellt und sowohl die Modellprojekte als auch die Umwidmung der Mittel aus dem BMI abgelehnt. Die vorgebrachte pseudowissenschaftliche Untermauerung durch die so genannte „Extremismustheorie“ lehnen wir entschieden ab, u. a. da hiermit die Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen – wie Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Sexismus, Homophobie etc. – in der Mehrheitsgesellschaft verharmlost wird und auf einem problematischen und gefährlichen Staats- und Demokratieverständnis beruht (vgl. hierzu

auch Miro Jennerjahn (2010): Der Fächer des Bösen, in: Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen, Hrsg: Kulturbüro Sachsen e.V. et al.).

Mit den aktuellen Programmen wurden die von Rot-Grün initiierten Aktionsprogramme „CIVITAS“, „ENTIMON“ und „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“ neu strukturiert und abgelöst. Durch die Neuordnung, neue Förderrichtlinien und die Umstrukturierung konnten viele erfolgreiche Programme nicht ausgewertet, verbessert und in eine Dauerförderung überführt werden. Wertvolle Erfahrungen und Zeit im Kampf gegen Nazis, Rassismus und Antisemitismus gingen so verloren. Mit den neuen Programmen begann eine weitere, von Unsicherheit geprägte Modellphase.

Die Ausweitung des Einsatzes von Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen auf die westlichen Bundesländer durch das Programm KOMPETENT (Nachfolger von CIVITAS) führte zu einem Rückgang der Fördermittel für die Ostländer. Wir fordern Beratungs- und Unterstützungskompetenz im gesamten Bundesgebiet auf einem Niveau, das eine dauerhafte und langfristige Arbeit ermöglicht. Deshalb haben wir in den Haushaltsverhandlungen die Erhöhung der Mittel von fünf Mio. Euro auf 7,6 Mio. Euro beantragt.

Auch die geforderte Kofinanzierung bei VIELFALT in Höhe von 50% über die gesamte Projektlaufzeit stellt gerade kleine Träger vor große Probleme. Insbesondere für Themen, die in der Regelarbeit der Kommunen außen vor bleiben, z.B. Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen, gegen Antisemitismus oder genderspezifische Angebote, lassen sich kaum Gelder mobilisieren. Wir fordern daher eine Umschichtung der Mittel im Programm VIELFALT, weg von der 3. Säule des Programms (Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung) hin zur 2. Säule (Modellprojekte), um die hohen Kofinanzierungsforderungen zu entschärfen.

Die Grüne Bundestagsfraktion kritisiert außerdem, dass Initiativen (von Modellprojekten abgesehen) kein eigenes Antragsrecht dem Bund gegenüber besitzen. Sie sind fördertechnisch von den politischen Vorlieben der lokalen Verwaltungen abhängig und können ihre Ideen und Konzepte nicht unabhängig entwickeln und umsetzen. Das führt zu staatlicher Kontrolle der Zivilgesellschaft, die durchaus auch Willkür befördern kann. Deshalb fordern wir einen eigenen Fördertopf in Höhe von jährlich 19 Mio. Euro, aus dem zivilgesellschaftliche Initiativen direkt Gelder beantragen können.

Biographische Daten Sven-Christian Kindler:

Sven-Christian Kindler wurde am 14. Februar 1985 in Hannover geboren und ist seit Oktober 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Als jüngster grüner und jüngster Oppositionsabgeordnete setzt er sich im Haushaltsausschuss vor allem für eine solidarische, ökologische und demokratische Zukunft ein. Er ist dort Berichterstatter für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Auswärtiges Amt (AA), Bundesrechnungshof (BRH) sowie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und ist unter anderem in dem Rahmen auch für die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus zuständig. Zudem ist er grüner Obmann im Rechnungsprüfungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss.

Seit 2003 ist Sven-Christian Kindler bei der GRÜNEN JUGEND und Bündnis 90/Die Grünen aktiv, unter anderem als Schatzmeister und Landessprecher der Grünen Jugend Niedersachsen sowie als Mitglied des Parteirats der Grünen Niedersachsen. Dort setzt er sich insbesondere für eine gerechte Zukunft für die Jugend und gegen Kinderarmut, Bildungsungerechtigkeit und Ausbildungsplatzmangel ein. Seit Jahren engagiert er sich gegen Nazis, Rassismus und Antisemitismus. Konsequenter Antifaschismus ist für ihn die Grundlage für eine solidarische und weltoffene Gesellschaft, in der alle Menschen frei und gemeinsam in Frieden leben können. Außerdem streitet der Bundestagsabgeordnete aus Hannover für eine soziale, ökologische und demokratische Transformation des Wirtschaftssystems.

Nach dem Abitur 2004 an der Käthe-Kollwitz-Schule in Hannover hat Sven-Christian Kindler bei der Bosch Rexroth Pneumatics GmbH in Kombination mit einer Ausbildung ein duales Studium zum Betriebswirt absolviert. Berufsbegleitend schloss er den Bachelor of Arts in BWL (B.A.) an. Von 2007 bis 2009 war er zwei Jahre im Unternehmenscontrolling in den Bereichen Wirtschaftsplanung, Jahresabschluss und Entwicklungs-/Fertigungscontrolling tätig.

Sven-Christian Kindler ist außerdem...

- ...Mitglied des Kuratoriums des Instituts Solidarische Moderne
- ...Mitglied bei PRO AYSL
- ...Mitglied bei der IG Metall
- ...Mitglied beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
- ...Mitglied beim Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder

Was kommt nach den LAPs?

Clara Herrmann MdA
Berliner Abgeordnetenhaus,
Sprecherin gegen Rechtsextremismus

Konkrete Pläne gibt es bisher nicht, daher kann ich hier heute nur meine persönliche Einschätzung abgeben. Generell finde ich es sehr problematisch, dass die Bundesprogramme Ende des Jahres auslaufen und zum aktuellen Zeitpunkt niemand weiß, wie die neuen Programme inhaltlich strukturiert sein werden, und dass über die finanzielle Ausstattung nur Vermutungen und Interviewbeiträge der Ministerin vorliegen. Die Ministerin scheint gar nicht zu wissen, wie viele unterschiedliche Projekte (z.B. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“) es gibt, wenn sie in der Presse davon spricht, dass mehr Pro-Demokratie Ansätze verfolgt werden müssen. Daher ist meine Einschätzung aus vergangenen Erfahrungen und den Unkenrufen aus dem Ministerium folgend eher pessimistisch.

LAPs – allgemein, Probleme bei Einführung, Umsetzung und ungewisse Zukunft

Die LAPs werden aus der ersten Säule von „VIELFALT TUT GUT“ finanziert. Die Finanzierung läuft Ende des Jahres aus. Was danach kommt, ist noch unklar. Insgesamt werden 90 Lokale Aktionspläne gefördert, davon 60 in den neuen Bundesländern und 30 in Westdeutschland. In Berlin haben wir es mit zehn LAPs in neun Bezirken sehr gut getroffen. Jeder Aktionsplan kann – bis zu drei Jahre lang – maximal 100.000 Euro pro Jahr an Bundesmitteln erhalten. Damit können Einzelprojekte bis maximal 20.000 Euro unterstützt werden, die zur Umsetzung der Ziele des Aktionsplanes dienen.

Die Probleme bei der Einführung der LAPs sind allen Beteiligten bekannt. Insbesondere die Anmeldung bei und Vergabe der Mittel durch die Kommunen haben wir immer sehr kritisiert. Die richtigen Ansätze von CIVITAS, die zivilgesellschaftlichen Akteure zu stärken, wurden damit ausgehebelt. In anderen Kommunen gibt es sicherlich mehr Probleme der kommunalen Verantwortlichen, das Problem Rechtsextremismus überhaupt anzuerkennen, aber in Berlin haben auch wir die Probleme mangelnder Sachkompetenz der lokalen Verwaltungen. Dennoch ist es richtig, die Kommunen stärker in den Fokus bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu nehmen, die Verantwortung bei Planung und Mittelvergabe auf sie zu schieben, halte ich für falsch.

Ich kann kein generelles Urteil über den Erfolg des gesamten Programms abgeben, da ich keinen Einblick in alle lokalen Aktionspläne habe. Aus Berliner Sicht – und ich denke das gilt für fast alle Aktionspläne – laufen über diese Förderschiene verschiedenste Projekte, die mal mehr oder weniger sinnvoll sind. Es handelt sich bei einigen geförderten Projekten, die bereits vor Einführung der LAPs stattgefunden haben, um eine Verschiebung der Fördertöpfe, andere sind neu entstanden.

Die Verantwortung liegt meist in den Jugendabteilungen, die sich vor allem durch Jugendhilfeplanung profilieren, aber nicht durch besondere fachliche Kompetenzen in der Bekämpfung des Rechtsextremismus auszeichnen. Dazu kommt, dass durch die Projektfördersumme von max. 20.000 € häufig nur punktuelle Ansätze verfolgt werden können. Das Auslaufen des Programms war den Akteuren auch in der Ver-

gangenheit nicht unbekannt und findet sich insbesondere bei den Programmen gegen Rechts immer wieder. Diese Tatsache verhindert aber eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Thema. So wird meiner Einschätzung nach die partizipative Entwicklung von Strategien/Konzeptionen in den einzelnen Kommunen blockiert. Somit werden der Förderung einer nachhaltigen, sich selbst tragenden, menschenrechtsorientierten demokratischen Kultur in der Kommune vom Ansatz her Steine in den Weg gelegt. Aus meiner Sicht ist diese konzeptionelle Auseinandersetzung bei uns in Berlin definitiv zu kurz gekommen.

Auf Landesebene haben wir eine eigene Landeskonzeption und ein eigenes Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Eine Evaluation des Landesprogramms wurde von Prof. Dr. Roland Roth, Dr. Frank Gesemann und Dr. Jutta Aumüller durchgeführt und ein Abschlussbericht vorgelegt. Die Bezirke haben sich damit nicht befasst und die Programme werden leider weiterhin zu wenig aufeinander abgestimmt.

Ein Beispiel:

Das Coachingverfahren ist auf Landesebene an das Jugendprogramm respectABel der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung angebunden. Es liegen bisher noch keine Analysen der LAPs vor.

In der Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden die vielfältigen Berliner Erfahrungen mit der Erstellung von Kommunalanalysen sowie mit der Entwicklung und Umsetzung von lokalen Aktionsplänen nicht reflektiert. Das Zentrum für Demokratische Kultur (ZDK) hat im Rahmen des Projektbereichs „Community Coaching“ inzwischen eine Reihe von Studien zu demokratiegefährdenden Prozessen und Möglichkeiten der kommunalpolitischen Intervention in Berliner Bezirken erstellt.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) hat darüber hinaus „Lokale Aktionspläne gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ entwickelt und begleitet. Vor diesem Hintergrund ist das „doppelte“ Coaching über respectABel unverständlich!

Landesprogramm gegen Rechtsextremismus in Berlin

Förderprogramm in Berlin

2003: 1,5 Mio. €

2004: 1,5 Mio. €

2005: 1,2 Mio. €

2006: 1,2 Mio. €

2007: 1,2 Mio. €

2008: 1,9 Mio. €

2009: 2,0 Mio. €

2010: 2,1 Mio. €

2011: 2,3 Mio. €

Jährlich werden mit diesem Geld etwa 30 Projekte gefördert. Alleine über die Kofinanzierung der vier Projekte „Anne Frank Zentrum“, „MBR“, „MBT Ostkreuz“ und „ReachOut“ durch Landesmittel konnten zwischen 2004 und 2009 2,2 Mio. € Bundesförderung gewonnen werden.

Darüber hinaus akquirieren einige geförderte Projekte Bundesmittel, zum Teil in erheblichem Umfang (z.B. „amira“ oder „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“). Ein Großteil der Projekte kann seine Projektaktivitäten nur aufrecht erhalten, da im erheblichen Umfang Drittmittel insbesondere auf Bundesebene, aber auch auf Landesebene oder anderweitiger öffentlicher oder privater Herkunft akquiriert werden.

Wer die Entwicklung der Bundesförderung kennt, wird schnell erkennen, dass im Bundesprogramm „Beratungsnetzwerke und Mobile Interventionsteams“ die Förderung für die neuen Bundesländer degressiv verläuft – eine Reduktion um 50 Prozent von 400.000 € auf 200.000 €. Den Opferberatungsstellen kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sie häufig fälschlicherweise auf kommunaler Ebene nicht besonders anerkannt sind. Das führt dazu, dass bei der Überführung in die Landeshaushalte deren Etat häufig übermäßig gekürzt wird. So geschehen in Mecklenburg-Vorpommern.

Berlin fängt diese Absenkung der Mittel, die für mobile Beratungsteams und Opferberatungen zur Verfügung stehen, auf. Aber mehr Spielraum ist nicht vorgesehen und es wird ihn wahrscheinlich auch nicht geben.

Das heißt, über eine gewisse Planungssicherheit im Landesprogramm verfügen die aus dem Bundesprogramm Civitas in die Landesförderung übernommenen Projekte (ReachOut, MBR, MBT Ostkreuz), andere nicht! Leitprojekte wie das „Anne Frank Zentrum“, das „apabiz“, das „Archiv der Jugendkulturen“, die „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „RAA Berlin“, „ADNB“, sie alle sind auf Kofinanzierung angewiesen.

Modellprojekte z.B. „amira“ laufen jetzt aus und werden abgewickelt. Was danach folgt, weiß keiner. Eine weitere Finanzierung über Landesmittel ist nicht vorgesehen und eine Übernahme in die Regelstrukturen (z.B. Schule) erfolgt nicht!

Fazit:

- Nach dem, was ich aus den laufenden Gesprächen über die Umstrukturierung der Bundesprogramme gehört habe, sollen die Lokalen Aktionspläne weitergeführt werden.

Das sollte aus meiner Sicht dazu genutzt werden, den Charakter des Programms zu verändern. Erstens sollten wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass den zivilgesellschaftlichen Akteuren wieder mehr Kompetenzen zugeschrieben werden – auch wenn das wahrscheinlich ein aussichtsloser Kampf ist.

Und zweitens sollte die Struktur dahingehend verändert werden, dass die Entwicklung lokaler Strategien und die Förderung einer nachhaltigen, sich selbst tragenden, menschenrechtsorientierten demokratischen Kultur in der Kommune im Vordergrund stehen.

Fraglich ist, was mit den bisherigen Lokalen Aktionsplänen passiert, ob diese weiterfinanziert werden, oder ob neue Kommunen die Zuschläge erhalten. Wenn alte LAPs wegfallen besteht die Gefahr, dass dort gute Projekte nicht weiter gefördert werden können. Eine konzeptionelle Auseinandersetzung ist bisher nicht ausreichend erfolgt – wie es dann mit den einzelnen Projekten weitergeht, ist unklar. Eventuell können einige Projekte über andere Töpfe weiter finanziert werden, aber sicherlich nicht alle!

- Es besteht erneut die Gefahr, insbesondere in ländlichen Regionen, dass die einzig aktiven zivilgesellschaftlichen Akteure ohne Finanzierung dastehen. Eventuell werden über andere Töpfe (oder über die Neuausrichtung der Programme zur Linksextremismusbekämpfung) andere Projekte von anderen Akteuren, die nicht das Know-how und die Erfahrung besitzen, finanziert. Die Gefahr besteht, dass erneut vorhandene Strukturen kaputt gemacht werden.

- Der degressive Verlauf im Bundesprogramm „Beratungsnetzwerke und Mobile Interventionsteams“ wird insbesondere in den neuen Bundesländern zu Problemen der Finanzierung von Mobilien Beratungsteams und Opferberatungsstellen führen.

- Weiterhin bleibt offen, was mit den Modellprojekten zu „VIELFALT TUT GUT“ passiert. Können die bisherigen Ergebnisse überhaupt gesichert werden und wie sollen die erfolgreichen Modellprojekte weitergeführt bzw. in die Regelstruktur überführt werden?

Am Ende bleibt die Frage, ob den Projekten auch weiterhin genügend Mittel zur Verfügung stehen. Die Länder werden den angedrohten Verlust der Bundesfinanzierung keinesfalls eins zu eins auffangen. Eine Reduktion der Projekte wäre wahrscheinlich.

So besteht die berechtigte Angst, dass die wichtigen zivilgesellschaftlichen Ansätze weiter zurückgedrängt werden.

Das Grundproblem bleibt also weiter die nicht gesicherte Finanzierung für kontinuierliche Arbeit gegen Rechts. Die Mobilien Beratungsteams konnten sich mit der Rechtsextremismusbekämpfung bereits relativ gut etablieren. Hingegen haben (Modell-)Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus oder Antiziganismus weiterhin große Probleme, da sie kaum Chancen auf Kofinanzierung haben. Gerade Organisationen im dritten Sektor – NGOs – sind von der Wirtschaftskrise besonders betroffen.

Aus ganz Deutschland unterstützen 45 Initiativen den „Forderungskatalog der Zivilgesellschaft“ aus dem Jahr 2009. Auch hier heißt es:

„Um die Kontinuität der langjährigen Arbeit auf fachlich hohem Niveau fortzuführen, bedarf es auch in Zukunft der Bereitstellung ausreichender Mittel durch die Bundesebene in gemeinsamer Verantwortung und Strategie mit den Ländern.“

Die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss gesamtstaatliche Aufgabe werden, die sich nicht hinter Bund-/Länder-Zuständigkeiten verstecken darf! Das Beispiel „Exit“ zeigt, dass es auch die Verantwortung und Zuständigkeit der Bundesebene gibt, Strukturprojekte dauerhaft zu fördern. Hier zu einer anderen Förderpraxis und rechtlichen Grundlage zu kommen, muss dringend weiter verfolgt werden (z.B. die Idee der Überführung/Neugründung von Stiftungen zur Arbeit in diesem Bereich). Angesichts der aktuellen Arbeit der schwarz-gelben Bundesregierung und einer sehr schwierigen Haushaltslage sehe ich dafür in naher Zukunft leider keine konkreten Umsetzungsmöglichkeiten.

Biographische Daten Clara Herrmann MdB:

- geboren 1985 in Berlin, seit 2004 Studium der Geografie und der Betriebswirtschaft an der Humboldt Universität zu Berlin
- seit 2002 Mitglied der GRÜNEN JUGEND und von Bündnis 90/Die Grünen
- von 2003 bis 2006 Mitglied im Landesvorstand der Grüne Jugend Berlin, verschiedene Ämter auf Landes- und Bundesebene
- seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, jugendpolitische Sprecherin und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, Mitglied des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie
- seit 2009 zusätzlich haushaltspolitische Sprecherin und Mitglied des Hauptausschusses

Gemeinsame Pressemitteilung nach dem Fachgespräch

Pressemitteilung vom 11.05.2010

Monika Lazar, Bündnis 90/Die Grünen
Sönke Rix, SPD-Fraktion
Ulla Jelpke, Fraktion DIE LINKE

Für Demokratie heißt: gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Anlässlich ihres Zusammenwirkens beim Fachgespräch „Was ist die Demokratie dem Staat wert? Zukunft der Bundesförderung gegen Rechtsextremismus“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklären die Bundestagsabgeordneten Monika Lazar, Sönke Rix und Ulla Jelpke:

Rechtsextremismus ist ein frontaler Angriff auf unsere Demokratie. Nazis sprechen bestimmten Menschengruppen das universale Recht auf Freiheit, Sicherheit und persönliche Entfaltung ab. Dabei richten sie sich nicht nur gegen Migrantinnen und Migranten, sondern auch gegen Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose oder Linke. Diese werden beleidigt, angegriffen, manche sogar getötet.

Doch die Gefahr geht nicht nur von einem extrem rechten Rand aus. Rassistisches Denken hat sich in der Mehrheitsgesellschaft festgesetzt. Menschengruppenfeindliche Vorurteile werden in der bürgerlichen Mitte vielfach stillschweigend gebilligt oder aktiv vertreten. Diese Tatsachen dürfen niemals ignoriert oder verharmlost werden. Deshalb gehen wir gemeinsam in die Offensive für eine konsequente Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Bundesfamilienministerin Schröder hingegen hängt dem veralteten Weltbild an, das Problem beschränke sich auf einige Extremisten, die von links wie rechts unsere Demokratie angreifen wollen. Besonders leidenschaftlich wettet sie gegen einen angeblich höchst bedrohlichen Linksextremismus, während sie Rechtsextremismus nur in Halbsätzen erwähnt. Dies zeugt von Realitätsferne und fehlendem Gespür für die Entwicklung der Demokratie.

Frau Schröders Bestreben, mit der Bundesförderung mehr gegen Linksextremismus vorzugehen, hat drei entscheidende Nachteile:

Ihre Position erzeugt in der Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild von der Gefahrenlage durch extrem Rechte, aber auch menschengruppenfeindliche rassistische Positionen in der Mitte der Gesellschaft.

Engagierte zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus werden von ihr tendenziell als linksextrem diffamiert.

Die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus birgt die Gefahr einer Verharmlosung von Rechtsextremismus und damit einer Verunsicherung im zivilgesellschaftlichen Anti-Nazi-Engagement.

Die Bekämpfung extrem rechter Tendenzen muss als politische Querschnittsaufgabe ernst genommen werden. Erfolgreiche zivilgesellschaftliche Strukturen sind mit staatlicher Unterstützung in Regelförderung zu überführen. Dabei muss die Unabhängigkeit der Projekte gewahrt bleiben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bundesförderung gegen Rechtsextremismus zu verstetigen und keine Vermischung mit anderen Extremismusformen vorzunehmen. Ministerin Schröders Scheindebatten lenken in unverantwortlicher Weise davon ab, dass beim Thema Extremismus die Nazis das Problem in Deutschland sind. Der Bund ist aufgerufen, dem Rechtsextremismus eine unmissverständliche Absage zu erteilen und mehr in die Demokratie zu investieren – qualitativ wie finanziell.

Zudem brauchen wir eine Debatte, die jenseits der extremen Ränder thematisiert, wie unsere Demokratie im Alltag erfahrbar wird und gelebt werden kann. Die Einheit gegen Rechtsextremismus innerhalb der demokratischen Parteien ist dabei ein wichtiger Baustein. Unser gemeinsames Fachgespräch soll ein Signal dazu sein.

Antrag Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wurde von der grünen Bundestagsfraktion am 06.07.2010 (17. Wahlperiode) beschlossen.

Antrag

Daueraufgabe Demokratiestärkung – Die Auseinandersetzung mit rassistischen, antisemitischen und menschenfeindlichen Haltungen gesamtgesellschaftlich angehen und die Förderprogramme des Bundes danach ausrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind in Deutschland Probleme von großer Brisanz. Rechtsextreme verneinen die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. Menschenwürde, körperliche Unversehrtheit und eine freie Entfaltung der Persönlichkeit gestehen sie nur jenen zu, die in ihr rassistisches und hasserfülltes Weltbild passen. Seit 1990 töteten Neonazis mindestens 149 Menschen. Übergriffe finden täglich statt. Zeuginnen und Zeugen bleiben aus Angst häufig untätig und sagen auch im Nachhinein nicht aus.

Rassistisches Denken, antisemitische Ressentiments und eine abwertende Haltung gegenüber anders Denkenden, Lebenden und Liebenden haben sich in Deutschland festgesetzt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet sich nicht nur bei Neonazis, sondern auch in der „Mitte“ der Gesellschaft. Dies bestätigt auch der UN-Sonderberichterstatter über Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundener Intoleranz, Githu Muigai, in seinem Bericht über Deutschland, den er am 16. Juni 2010 im Menschenrechtsrat vorstellte. Demnach sei das Rassismusverständnis in Deutschland zu eng auf rechtsextremistische Handlungen beschränkt. Daher müssen Bund, Länder und Kommunen ein erweitertes Verständnis von Rassismus anwenden.

Die Sympathien mit rechtsextremen Ideologieelementen werden durch bundesweit zu verzeichnende kommunale Wahlerfolge von Neonazis und rechtspopulistische Listen wie Pro Köln sichtbar. In Sachsen schaffte die NPD sogar zum zweiten Mal in Folge den Einzug in den Landtag. Immer wieder verdeutlichen Umfragen hohe Zustimmungswerte zu rassistischen und antisemitischen Vorurteilen. Diese richten sich häufig gegen Menschen mit Migrationshintergrund.

Antisemitismus ist nicht nur ein Problem rechter Ränder. Das gleiche gilt für demokratiefeindliche Einstellungen sowie weitere Ausprägungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt wie z.B. Homophobie oder Islamfeindlichkeit. Jeder Form von Menschenfeindlichkeit und ideologisch motivierter Gewalt muss entschieden entgegengetreten werden, selbstverständlich auch dann, wenn sie aus dem linken politischen Spektrum kommt oder islamistisch motiviert ist. Die großen Unterschiede in Ausmaß, Bedrohungspotential, Erscheinungsformen und Anschlussfähigkeit in die Mitte der Gesellschaft verlangen aber differenzierte Strategien. Plumpe Gleichsetzungen behindern dagegen effektive Maßnahmen zur Demokratiestärkung. Sie verharmlosen überdies die besonderen Bedrohungen, die von

Rechtsextremisten ausgehen – für Leib und Leben vieler Menschen und in vielen Regionen für die Freiheit, sich im öffentlichen Raum ohne Angst bewegen zu können.

Wer allerdings darauf setzt, nur „extremistische“ Ränder zu bekämpfen, blendet menschenfeindliche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft aus. Die diesem Denkansatz zugrunde liegende „Extremismustheorie“ geht von einem Problem an den „äußeren Rändern“ der Gesellschaft aus. Als positives Gegenstück wird eine „gesellschaftliche Mitte“ angenommen, welche vor den „Extremisten“ zu schützen sei. Es wird unterstellt, dass „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“ zwei sich grundsätzlich ähnelnde politische Bewegungen seien. Diese „Extremismustheorie“ ist höchst umstritten. Viele Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus werden als angeblich „linksextrem“ diskreditiert. Menschenfeindlichkeit in der „Mitte“ der Gesellschaft wird mit den undifferenzierten Begrifflichkeiten der „Extremismustheorie“ dagegen verharmlost und verdrängt. Dabei muss diese ebenfalls durch Strategien der Demokratiestärkung – einschließlich einer finanziell und personell guten Ausstattung von Projekten und Initiativen – angegangen werden.

II Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe klar zu benennen und anzugehen,
2. anzuerkennen, dass der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie leistet und aktiv dazu beizutragen, ein Klima der Toleranz, der Anerkennung und Fairness in unserer Gesellschaft zu schaffen,
3. anzuerkennen, dass Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit weit bis in die „Mitte“ der Gesellschaft verbreitete Phänomene und kein Problem „am rechten Rand“ sind und die Förderprogramme entsprechend auszurichten,
4. Maßnahmen für eine Demokratieoffensive, die sich gegen alle Formen von Demokratiefindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit richtet, zu starten und zivilgesellschaftliche Ansätze, die dazu beitragen können, zu unterstützen,
5. die politische Bildung zur Vermittlung demokratischer Kultur, Zivilcourage und Partizipation (insbesondere für bildungsferne Schichten und Menschen mit Migrationshintergrund) auszubauen und präventive Ansätze zu stärken,
6. insbesondere bewährte Projekte gegen Rechtsextremismus durch eine langfristige und verlässliche Bundesförderung zu verstetigen,
7. diese Förderprogramme spezifisch auf den Kampf gegen Rechtsextremismus auszurichten und keine Verteilung der verfügbaren Mittel auf andere Extremismusformen vorzunehmen,
8. darüber hinaus darauf hinzuwirken, dass sich die Bundesländer stärker an der Kofinanzierung beteiligen,
9. die Förderprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie“ in der Umsetzung praxisorientierter zu gestalten,

α) innerhalb des Programms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ durch intelligente Mittelumschichtung eine Reduzie-

rung der hohen Kofinanzierungsforderungen für kleine Träger zu ermöglichen,

b) ein Konzept zur nachhaltigen Weiterführung von gelungenen Lokalen Aktionsplänen, die durch das Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ entstanden, zu entwickeln und umzusetzen,

10. das Programm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ finanziell besser auszustatten, damit ein sukzessiver Aufbau neuer Strukturen in Westdeutschland nicht zu Lasten der vorhandenen Strukturen in Ostdeutschland erfolgt,
11. ein neues, ergänzendes Förderprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus aufzulegen, welches lokalen Initiativen ein direktes Antragsrecht beim Bund gewährt und so Projekte auch dort ermöglicht, wo die Kommunalverwaltungen sich nicht mit Rechtsextremismus auseinandersetzen oder entsprechendes Engagement sogar aktiv ablehnen,
 - a) für dieses neue Programm 19 Millionen jährlich zur Verfügung zu stellen,
 - b) für dieses Programm moderate und flexible Kofinanzierungsforderungen zu erheben, so dass auch kleine, ehrenamtliche und finanzschwache Initiativen eine Chance auf Förderung haben,
 - c) mit diesem Programm schwerpunktmäßig Projekte zu fördern, die sich intensiv mit dem Opferschutz, der Opferperspektive, genderspezifischen Fragen im Rechtsextremismus, Antisemitismus, Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen und rassistischen Haltungen und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Mehrheitsgesellschaft beschäftigen,
12. das Programm „Förderung von Projekten gegen Extremismus in den neuen Bundesländern“ (im Etat des Bundesministerium des Inneren) ab 2011 auf die alten Bundesländer auszuweiten und dafür entsprechend mehr Mittel zur Verfügung zu stellen,
 - a) dieses Programm, wie ursprünglich im Entwurf zum Bundeshaushalt 2010 geplant, auf die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus (nicht „Extremismus“) auszurichten,
 - b) einen Teil dieser Mittel für Austausch, Qualitätstransfer und Vernetzung zwischen Initiativen in Ost- und Westdeutschland zu verwenden,
13. von einer Regelüberprüfung engagierter Initiativen gegen Rechtsextremismus durch den Verfassungsschutz abzusehen und in einer wertschätzenden und solidarischen Haltung mit ihnen zusammenzuarbeiten,
14. dafür zu sorgen, dass beim „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ das Personal zu einem größeren Anteil als bisher aus Fachleuten mit praktischer Erfahrungen in der zivilgesellschaftlichen Arbeit rekrutiert wird,
15. darüber hinaus sicherzustellen, dass die Verträge dieser externen Fachleute beim Bündnis nicht wie bisher auf zwei Jahre befristet werden und es so immer wieder zum Verlust gewachsener Sachkompetenz kommt.

Begründung

Nationalistisches, antisemitisches und menschenfeindliches Denken und Handeln ist ein gravierendes Problem in Deutschland. Deshalb müssen die Bundesprogramme gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gestärkt und der Zugang für Initiativen erleichtert werden. Gleichzeitig wäre eine Ausdehnung der Programmmittel auf den Kampf gegen „Linksextremismus“ und „Islamismus“ inhaltlich falsch und befördert die Gefahr, dass mittelfristig die Mittel für den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gekürzt werden.

Das Ziel bekennender Rechtsextremer ist ein völkisch-rassistischer Führerstaat. Es gibt Gebiete, in denen neonazistische Organisationen systematisch versuchen, eine ideologisch-kulturelle Vorherrschaft zu erreichen. In einigen Regionen mit hoher politischer Aktivität rechtsextremer Gruppierungen und Parteien gelingt dies auch. Dort werden Opfer ausgegrenzt, Anti-Nazi-Aktive stigmatisiert und in die Defensive gedrängt. Auch in den Schulen und im Freizeitbereich ist in diesen Gebieten der Einfluss der extrem Rechten so dominant, dass demokratisch gesinnte Jugendliche keinen Raum zur freien Meinungsäußerung oder für gemeinsame Treffen finden. Nazis feiern solche Regionen als „nationalbefreite Zonen“.

Kleinster gemeinsamer Nenner aller Neonazi-Organisationen ist der Antisemitismus. Nicht nur national, sondern sogar auf internationaler Ebene finden gemeinsame Aktivitäten statt; Holocaustleugnung und Hetze gegen Jüdinnen und Juden sind an der Tagesordnung. Durch die Dynamik in dem Einwanderungsland Deutschland gerät zunehmend auch der Islam in den rechtsextremen Fokus. Es werden diffuse Ängste in der Bevölkerung geschürt und Bedrohungsszenarien entworfen. Eine entsetzliche Folge solchen Hasses war der Mord an der schwangeren, ägyptischen Muslimin Marwa El-Sherbini in einem Dresdner Gerichtssaal im Jahr 2009.

Rassistische Gewalt beginnt allerdings nicht erst beim Zuschlagen, sondern im Denken. Auch die unter „bürgerlichem“ Deckmantel operierende NPD trägt mit ihrem „Kampf um die Köpfe“ dazu bei. Besonders problematisch ist es, wenn öffentliche Personen aus demokratischen Parteien neurechte Ressentiments schüren und somit Nazi-Parolen eine scheinbare Normalität verleihen. Die Grenze zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wird dadurch zunehmend verwischt. Die Diffamierung von Projekten gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit als „linksextrem“ fördert ein undifferenziertes Denken und Urteilen und leistet der Demokratie letztlich einen Bärendienst.

Angesichts dieser Probleme – Wahlerfolge, Nationalbefreite Zonen, Verwischung der Grenzen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie und der häufig latent vorhandenen rassistischen Haltungen in Deutschland – brauchen wir eine breite Debatte gegen alle Arten von Menschenrechtsbedrohungen. Politik muss jenseits aktueller Vorfälle rassistische, antisemitische, gewaltbereite Haltungen ächten. Von ihr sind Strategien gefordert, wenn Neonazis soziale Probleme, Ängste, fehlende demokratische Angebote und Vertrauensverluste in den Staat missbrauchen, um für ihre Ideologie zu werben.

Von großer Bedeutung sind vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen vor Ort. Sie bilden die Basis einer nachhaltigen lokalen Arbeit gegen Rechtsextremismus, indem sie demokratische Ansätze fördern, bürgerschaftliches Engagement bündeln, Opfern helfen und Neonazis Paroli bieten. Solche Entwicklungen muss der Bund

vielfältig politisch und finanziell unterstützen. Praxisorientierte Bundesprogramme mit einer eindeutigen Ausrichtung gegen Rechtsextremismus spielen dabei eine wesentliche Rolle. Diese Programme müssen angesichts des rassistischen Gefahrenpotenzials in Deutschland auch finanziell besser als bisher ausgestattet werden.

Die Bundesregierung plant jedoch eine Zusammenlegung der bisherigen Programme und eine Vermischung mit der Förderung gegen „Linksextremismus“ und „Islamismus“ in einem „Sammelprogramm“ für 2011. Dies wird dem Problem nicht gerecht, stattdessen führt die Zusammenlegung auf Basis der „Extremismustheorie“ zu einer Verharmlosung von Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der „Mitte“ der Gesellschaft.

Initiativen brauchen eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung, die vor willkürlichen Kürzungen durch die Politik geschützt ist. Regelmäßige Ein- und Umbrüche der Förderung aufgrund veränderter politischer Mehrheiten zerstören Strukturen und gefährden die Arbeit gegen Rechtsextremismus. Daher müssen die Programme umstrukturiert und erfolgreiche Konzepte in eine Regelförderung überführt werden. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen staatlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft muss auf allen Ebenen verstärkt werden, um Qualitätstransfer und Vernetzung zu sichern.

Die Mobilen Beratungsteams und die Opferberatungsstellen gehören zu den wirksamsten Bausteinen im lokalen Kampf gegen Rechtsextremismus. Sie werden derzeit durch sog. Beratungsnetzwerke über das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ gefördert. In den ostdeutschen Bundesländern und Berlin verläuft die Förderung degressiv, im Westen hingegen progressiv. Die Degression hat gravierende Folgen für die bestehenden Strukturen in den neuen Bundesländern, welche in manchen Regionen besonders stark von Nazi-Gewalt und rechtsextremen Wahlerfolgen betroffen sind. Die Länder können meist die Ausfälle nicht vollständig kompensieren, allenfalls durch Kürzungen in anderen wichtigen Bereichen, wie z.B. Jugendarbeit oder Kultur. Im Westen gibt es häufig noch gar keine Ländermittel zur Kofinanzierung der Beratungsnetzwerke, ihre Existenz ist ohne eine weitere Bundesförderung ebenfalls völlig ungesichert. Wir wollen die Beratungs- und Unterstützungskompetenz im Osten und im Westen auf einem Niveau erhalten, das eine dauerhafte und langfristige Arbeit ermöglicht. Dabei sollen auch die während der Bundesmodellprogramme entwickelten Fachstandards in Ost und West erhalten bzw. ausgebaut werden.

Problematisch ist, dass für eine Förderung von Beratungsnetzwerken eine „akute Krise“ nachgewiesen werden muss. Was genau darunter zu verstehen ist, bleibt Auslegungssache. Doch selbst eine klare Definition des Krisenbegriffs würde das Grundproblem nicht lösen. Dieser Förderansatz bedeutet, auf rechtsextreme Aktivitäten nur zu reagieren, nicht aber präventiv und kontinuierlich zu agieren. In manchen Bundesländern werden sog. Mobile Interventionsteams (MIT) ad hoc zur Krisenbewältigung zusammengestellt, was einer konstruktiven und kontinuierlichen Auseinandersetzung zuwider läuft. Vertrauensvolle, auf nachhaltige Wirkungen zielende Beratung erfordert ausgebildete Fachkräfte und feste Teamstrukturen. Nur so kann Beratungsarbeit mit den Beratungsnehmenden als Beziehungsarbeit entwickelt werden. Wir fordern eine prozessorientierte Auseinandersetzung statt nicht nachhaltiger „Feuerwehreinsätze“.

Über das Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ werden 90 Lokale Aktionspläne gefördert, davon 60 in Ost- und 30 in Westdeutschland. So konnten Strukturen auf- und ausgebaut und Vernetzungen vorangebracht werden. Es ist nun wichtig, die Weiterführung der begonnenen Arbeit zu sichern. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam Verantwortung dafür übernehmen. Zudem gibt es mehr als diese 90 Regionen, in denen ebenfalls Lokale Aktionspläne nötig wären. Allerdings müssen hier künftig auch die Qualität und eine zielorientierte Mittelverwendung gesichert werden, was bislang nicht überall der Fall ist. Auch kleine Projekte müssen mehr Chancen zur Mitwirkung erhalten. Dazu ist es erforderlich, die Kofinanzierungsforderungen zu verringern. Gute Ideen dürfen nicht am Geld scheitern.

Ein zentraler Konstruktionsfehler des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ ist die Beschränkung des Antragsrechts im Wesentlichen auf Kommunen. Diese reichen es an Projekte vor Ort aus. Die stärkere Einbeziehung der kommunalen Verwaltungen ist prinzipiell positiv zu bewerten. Oft erhalten Träger jedoch von der Kommune nur dann Geld, wenn sie sich dieser gegenüber „politisch genehm“ und unkritisch verhalten. Wo Demokratiedefizite herrschen oder Kommunalverwaltungen nicht an einer aktiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus mitwirken wollen, brauchen Initiativen eine andere Chance, sich erfolgreich um Mittel zu bewerben. Außerdem muss es gerade für kleine Projekte, die mitunter nur geringe Summen benötigen, einen schnellen, unbürokratischen Förderzugang geben. Dazu fordern wir ein neues, ergänzendes Programm mit direktem Antragsrecht für freie Träger. Um modellhaft Konzepte und Methoden zu erproben, braucht es längere Zeiträume als die bisherige dreijährige Laufzeit für Modellprojekte. Zudem sind die Träger allein mit dem Anspruch überfordert, die Erfahrungen anschließend in eine Regelförderung zu überführen. Da für die Stärkung demokratischer Handlungskonzepte langfristige Veränderungsprozesse angestoßen werden müssen, benötigt diese Bildungsarbeit Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Arbeit ermöglichen. Dazu gehören langfristige Finanzierungen und Vernetzungsstrukturen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene. Die Mittel sollen nicht von einer staatlichen Stelle, sondern einem freien Träger, einer Stiftung oder evtl. einem Gremium aus mehreren Trägern mit entsprechenden fachlichen Kompetenzen verwaltet werden. Trotz des unabhängigen Förderansatzes sollen sich die finanzierten Projekte auch eine lokale Anbindung erarbeiten. Die Bundesförderung kann ihnen helfen, ihre Arbeit zu professionalisieren und vor Ort, z.B. in der kommunalen Verwaltung, Bevölkerung oder Privatwirtschaft, wachsende Akzeptanz und Kofinanzierungspartner zu finden.